

# FORSCHUNGSZENTRUM DEMOGRAFISCHER WANDEL (FZDW)



Fachhochschule Frankfurt am Main  
University of Applied Sciences

FZDW-Bericht Nr. 1

## Demografiebericht Hessen

überarbeitete und ergänzte Auflage  
November 2009

Sven Stadtmüller

Fachhochschule Frankfurt am Main

## Vorwort zur Neuauflage

Seit nunmehr gut zwei Jahren beschäftigt sich das Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW) an der Fachhochschule Frankfurt am Main in einem interdisziplinären Zugang mit den Implikationen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung. Unmittelbar nach seiner Gründung verfasste das FZDW als Arbeitsgrundlage den Bericht „Hessen im Zeichen des demografischen Wandels“, der eine sehr positive Resonanz erfuhr. In der Zwischenzeit bedürfen aber manche Daten einer Aktualisierung, da sich gewisse Trends verändert haben (z.B. die gegenwärtig beobachtbare Re-Urbanisierung). Auch ist mit der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom November 2009 eine sehr bedeutende Datengrundlage fortgeschrieben worden, was in diesem Bericht berücksichtigt wird.<sup>1</sup> Zudem erfahren jene Kapitel, die sich mit den Konsequenzen der demografischen Entwicklung für den Arbeitsmarkt, für die Kommunen und für die sozialen Sicherungssysteme beschäftigen, punktuell eine Überarbeitung.

Insgesamt aber ist die Neuauflage vor allem von zahlreichen Erweiterungen geprägt. Das Kapitel, das die Rahmendaten der demografischen Entwicklung referiert, wurde um einen Exkurs zum Thema Bevölkerungsvorausrechnungen und Prognosen ergänzt. Hinzu tritt der Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, ein Sektor, in dem zahlreiche Chancen und Potenziale des demografischen Wandels identifiziert werden. Schließlich möchte das FZDW im Rahmen dieses Berichts auch eigene Forschungsergebnisse vermitteln. Daher wird sich ein weiteres Kapitel mit der Frage beschäftigen, was die hessische Bevölkerung über den demografischen Wandel weiß, wie sie ihn wahrnimmt und wie sie diesen bewertet.

Wie Sie dem Deckblatt entnehmen können, haben wir den Titel der Neuauflage verändert. Dies hängt damit zusammen, dass wir diesen Bericht in unsere Reihe „FZDW-Berichte“ aufgenommen haben. Als weitere Ausgabe ist ebenso der FZDW-Bericht Nr. 2, Sozialbericht für die Stadt Frankfurt am Main, erschienen, der ebenfalls auf unserer Homepage zum Download abrufbar ist.

Wir wünschen Ihnen nun viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen!

---

<sup>1</sup> Die Daten der neuen regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für Hessen lagen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht vor. Sobald diese jedoch publiziert sind, werden sie in diese Auflage eingearbeitet.

## Inhaltsverzeichnis

1. Der demografische Wandel.....	5
2. Die demografische Lage der Nation.....	7
3. Die demografische Lage Hessens und seiner Regionen.....	12
4. Der Arbeitsmarkt der Zukunft.....	21
4.1 Der Arbeitsmarkt der Zukunft – Rahmendaten.....	21
4.2 Gründe für die geringe Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer.....	25
4.3 Handlungsoptionen.....	27
5. Kommunen im demografischen Wandel.....	29
5.1 Implikationen schrumpfender Kommunen.....	30
5.2 Das Problembewusstsein der Betroffenen.....	32
5.3 Handlungsoptionen.....	33
6. Soziale Sicherungssysteme und das Verhältnis der Generationen.....	34
6.1 Reformoptionen für die gesetzliche Rentenversicherung.....	35
6.2 Einstellungen der Bürger zu verschiedenen Reformmaßnahmen.....	36
6.3 Das Verhältnis der Generationen.....	38
7. Bürgerschaftliches Engagement.....	40
7.1 Begriffsbestimmung und Datenmaterial.....	41
7.2 Bürgerschaftliches Engagement der „Babyboomer“.....	43
7.3 Bürgerschaftliches Engagement für ältere Menschen.....	44
8. Der demografische Wandel aus der Sicht der Bevölkerung.....	47
8.1 Datengrundlage.....	48
8.2 Kenntnisse, Assoziationen und Bewertungen des demografischen Wandels.....	49
8.3 Die Rolle von Wissen und Problembewusstsein für Einstellungen zu Reformen.....	52
9. Fazit.....	55
Literatur:.....	58

## Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1:	Künftige Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland .....	8
Tabelle 2:	Die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung von 1990 bis 2050.....	11
Tabelle 3:	Die Entwicklung der Zahl der Kinder und der Hochbetagten in Hessen.....	14
Tabelle 4:	Bevölkerungsentwicklung, natürliche Bevölkerungsbewegung und kumulierter Wanderungssaldo in den hessischen Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten .....	17
Tabelle 5:	Entwicklung der Altersstruktur in den hessischen Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten .....	19
Tabelle 6:	Einstellungen zu älteren Menschen in Abhängigkeit vom Lebensalter der Befragten .....	39
Tabelle 7:	Einstellungen zur Pflege von älteren Menschen in Abhängigkeit vom Lebensalter der Befragten.....	40
Tabelle 8:	Berücksichtigte Merkmale für die Analyse der Einflussgrößen hinsichtlich eines bürgerschaftlichen Engagements für ältere Menschen .....	46
Tabelle 9:	Die Bewertung der Agenda 2010 in Abhängigkeit von Kenntnis und Problemwahrnehmung bezüglich des demografischen Wandels .....	53
Tabelle 10:	Die Bewertung von Aussagen zur Zuwanderung in Abhängigkeit von Kenntnis und Problemwahrnehmung bezüglich des demografischen Wandels.....	54
Abbildung 1:	Die Bevölkerungsentwicklung in Hessen nach Altersgruppen .....	14
Abbildung 2:	Die Entwicklung des Wanderungssaldos in Hessen 1980-2008 .....	15
Abbildung 3:	Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Hessen bis 2020 und 2050.....	23
Abbildung 4:	Struktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Hessen von 1990 bis 2050.....	24
Abbildung 5:	Altersspezifische Erwerbsquoten in Hessen im Jahr 2008.....	24
Abbildung 6:	Vergleich der Eigenschaften von jüngeren und älteren Arbeitnehmer/innen 2002 .....	25
Abbildung 7:	Der Anteil der bürgerschaftlich Aktiven in einzelnen Geburtskohorten.....	43
Abbildung 8:	Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements der Babyboomer im Vergleich zu den übrigen Geburtskohorten .....	44
Abbildung 9:	Bürgerschaftliches Engagement für Senioren in Abhängigkeit von der Generationenzugehörigkeit .....	45
Abbildung 10:	Die 10 häufigsten Assoziationen der Befragten mit dem demografischen Wandel.....	50
Abbildung 11:	Die Bewertung demografischer Trends in der Vergangenheit .....	51
Abbildung 12:	Die Bewertung von künftigen demografischen Trends in Deutschland.....	52
Abbildung 13:	Die Bewertung von Reformoptionen des Rentensystems in Abhängigkeit von Kenntnis und Problemwahrnehmung bezüglich des demografischen Wandels.....	54

## 1. Der demografische Wandel

Der demografische Wandel ist mittlerweile in aller Munde. Vielfach wird jedoch übersehen, dass der Begriff eine Vereinfachung darstellt. Denn beim demografischen Wandel handelt es sich nicht um eine isolierte Entwicklung, sondern vielmehr um ein ganzes Bündel von Veränderungsprozessen, die darüber hinaus miteinander in Verbindung stehen. Setzt man sich folglich zum Ziel, *den* demografischen Wandel zu erforschen, so ist es wichtig zu benennen, auf *welche* Entwicklungen man sich bezieht und wie diese mit weiteren Prozessen zusammenspielen.

Greift man auf die Herkunft des Begriffs demografischer Wandel zurück und widmet sich dem Gegenstand der Demografie, so hat man es zunächst mit Veränderungen im Bevölkerungsvolumen zu tun. In der Folge ist es nötig, das interessierende Gebiet zu konkretisieren: Geht es um das Bevölkerungsvolumen Deutschlands, Hessens, des Regierungsbezirks Gießen oder um das Bevölkerungsvolumen der Stadt Oberursel?

Geht man über diese deskriptive Betrachtung hinaus, so kann man fragen, welche Größen für das Volumen „einer“ Bevölkerung verantwortlich sind. Auf globaler Ebene kommen hierbei die Geburtenziffer und die Lebenserwartung bzw. die Sterbefälle in Betracht. Bewegt man sich aber auf einer der unteren Ebenen, kommen die so genannten Wanderungssalden aus Ab- und Zuwanderungen hinzu. Konkret für Deutschland stellt sich dann die Frage, wie viele Personen sich aus anderen Ländern im Bundesgebiet niederlassen oder aber aus Deutschland „abwandern“. Auf der Ebene der Bundesländer und Kommunen spielen zudem Binnenwanderungen (z.B. Wanderungen von Thüringen nach Hessen, von Wiesbaden nach Frankfurt u.ä.) eine Rolle. Hierbei gilt: Je kleiner sich das interessierende Untersuchungsgebiet gestaltet, desto größer ist der Einfluss der Wanderungen auf das Bevölkerungsvolumen. Schließlich können auch die Geburtenziffern und die Lebenserwartung in einzelnen Regionen teils beträchtlich variieren. Besonders massiv unterscheiden sich beispielsweise die Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland unmittelbar nach der Wiedervereinigung.

Neben dem Bevölkerungsvolumen beschäftigt sich die Demografie und somit auch die Erforschung des demografischen Wandels mit der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur. Mäding (2006: 29) nennt hier drei Entwicklungen, die der demografische Wandel verursacht: Die Alterung, die Heterogenisierung und die Vereinzelung der Bevölkerung. Während die Alterung sowohl dem Geburtenrückgang als auch der steigenden Lebenserwartung geschuldet ist, bezieht sich die Heterogenisierung auf das Verhältnis von Einheimischen und Migranten in „einer“ Bevölkerung. Schließlich zielt die Vereinzelung der Bevölkerung auf die Entwicklung der Haushaltsstruktur ab: So waren noch im Jahr 1950 etwa ein Fünftel (19,4 Prozent) aller Haushalte Einpersonenhaushalte. Bis zum Jahr 2008 stieg dieser Anteil deutlich auf 39,4 Prozent an. Somit stellen Einpersonenhaushalte mittlerweile die häufigste Haushaltsform in Deutschland dar.<sup>2</sup> Umgekehrt lag der Anteil der Haushalte mit vier oder mehr Personen 1950 noch bei 32,3 Prozent. Im Jahr 2008 beträgt der entsprechende Wert nur noch 13,5 Prozent (Statistisches Bundesamt 2009: 46 sowie Statistisches Bundesamt 2007). Mit Blick auf Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wird jedoch die Alterung ungleich häufiger als die Heterogenisierung oder die Vereinzelung im Kontext des Begriffs demografischer Wandel benutzt.

---

<sup>2</sup> Dies heißt jedoch nicht, dass die Mehrzahl der Bevölkerung in Einpersonenhaushalten lebt. Dies gilt im Jahr 2007 für 18,5 Prozent. Der größte Bevölkerungsanteil, nämlich 32,4 Prozent, lebt in Zweipersonenhaushalten. Die Werte unterscheiden sich je nachdem, ob die Haushalte oder die Bevölkerung als Prozentierungsbasis verwendet werden.

Die Analyse und Darstellung der Rahmendaten des demografischen Wandels stellt einen Aspekt der Beschäftigung mit diesem komplexen Themenfeld dar. Einen Schritt weiter geht man, sofern sich der Blick auf die Implikationen, die mit diesen Veränderungen verbunden sind, richtet. So ist z.B. eine längere Lebenserwartung für den Einzelnen fraglos ein Zugewinn. Jedoch sind damit auf gesellschaftlicher Ebene erhebliche Probleme verbunden (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung / Robert Bosch Stiftung 2005: 2). Hier war und ist die öffentliche Debatte über die Konsequenzen des demografischen Wandels noch immer geprägt von den aus ihm erwachsenden Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme. Eine steigende Lebenserwartung führt nämlich zu einer wachsenden Zahl an Leistungsempfängern sowohl mit Blick auf die Rente als auch hinsichtlich der Bereiche Gesundheit und Pflege. Das seit den 1970er Jahren existierende Geburtendefizit verschärft die Situation, da immer weniger Erwerbstätige ihre Beiträge in die Sozialkassen entrichten.

Mittlerweile ist aber auch Politikern und Journalisten ins Bewusstsein getreten, dass längst nicht nur die sozialen Sicherungssysteme vom demografischen Wandel betroffen sind. Die vorliegende Publikation soll das Problembewusstsein schärfen und widmet sich daher auch dem Arbeitsmarkt und den Kommunen, die allesamt die Konsequenzen der demografischen Entwicklung zu spüren bekommen (werden). Denn der demografische Wandel bewirkt nicht nur ein ungünstiges Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern. Er führt auch zu einem schrumpfenden und alternden Erwerbspersonenpotenzial, zu schrumpfenden und sich verschiebenden Märkten, zu partiell entvölkerten Landstrichen (Barrenstein 2006: 59) und leer stehenden Wohnungen und zum Rückzug privater und öffentlicher Dienstleistungen aus der Fläche (Appel 2006: 39). All das sollte bedacht werden, wenn man sich mit den Konsequenzen des demografischen Wandels befasst.

Konnte man die Diskussion um den demografischen Wandel in der Vergangenheit getrost als Paradebeispiel für einen Negativdiskurs charakterisieren, so ist in den letzten Jahren eine Veränderung in der medialen Berichterstattung über die demografische Entwicklung erkennbar. Immer häufiger kommen hierbei die Chancen und Potenziale einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung zur Sprache. Diese neue Akzentuierung wurde besonders im Zuge der ARD-Themenwoche „Mehr Zeit zu leben“ im Jahre 2008 deutlich. Und es ist in der Tat sinnvoll, sich in der Debatte um die demografische Entwicklung nicht nur auf die zu erwartenden Herausforderungen zu beschränken, sondern sich ebenfalls den Chancen dieser Entwicklung zu widmen – auch wenn die Probleme, bilanzierend betrachtet, sicherlich dominieren. Im Rahmen dieser Broschüre wird folglich näher auf das bürgerschaftliche Engagement eingegangen, also auf einen Bereich, in dem die demografische Entwicklung auch zahlreiche Potenziale bereithält.

Insgesamt stellt der demografische Wandel gewiss kein neuartiges Phänomen dar. Schmid (2006: 31) betont zu Recht, dass uns das, was uns heute aufschreckt oder verblüfft, eigentlich schon seit 30 Jahren bekannt sein dürfte. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die politischen Entscheidungsträger. Doch warum rührt die Politik, wie Meinhard Miegel (2007: 2) feststellt, immer erst dann die Hände, wenn die Kinder bereits im Brunnen liegen? Die mit Abgeordneten aller Fraktionen besetzte Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ des Hessischen Landtages formuliert, die Politik hätte das Phänomen demografischer Wandel „lange Zeit verdrängt und nahezu kollektiv ignoriert ... Dies war selten böser Wille, sondern hing mit dem schleichenden Charakter des Wandels zusammen.“ Zudem stellt sie fest:

„Für die Politik ist der demografische Wandel ein unbequemes Thema. Zum einen, weil Zeiträume betroffen sind, die jenseits einer nächsten oder gar übernächsten Wahlperiode liegen, zum anderen weil einige Entscheidungen mit schmerzhaften Veränderungen verbunden sein.“ (Hessischer Landtag 2007: 12)

Kaufmann (2005: 160) schlägt in dieselbe Kerbe: „Politiker neigen dazu, nur das als Problem anzuerkennen, was sie als politisch handhabbar einschätzen.“

Dennoch verbleibt, da wir auch gegenwärtig noch in einer vergleichsweise günstigen demografischen Phase leben, ein wenig Zeit, die Weichen zu stellen, um den demografischen Wandel positiv zu gestalten. Denn eines ist sicher: aufzuhalten ist er nicht mehr. Selbst eine Steigerung der Geburtenrate in der kurzen Frist oder eine extensive Zuwanderungspolitik könnten heute nicht mehr ausmerzen, was in der Vergangenheit versäumt wurde. Diese Publikation soll einige Anhaltspunkte für eine positive Gestaltung des demografischen Wandels liefern.

## 2. Die demografische Lage der Nation

Die Bevölkerung Deutschlands wird in den nächsten Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit schrumpfen. Der Grund hierfür ist in einem Geburtendefizit zu sehen. Seit den 1970er Jahren bringen 100 Frauen nur etwa 140 Kinder zur Welt oder – wie Schmid (2006: 35) es formuliert – 100 Elternteile bekommen lediglich 65 Kinder. Für eine vollständige Reproduktion der Bevölkerung fehlt somit rund ein Drittel Kinder. Warum aber beginnt die Bevölkerung erst jetzt zu schrumpfen, obwohl das Geburtendefizit doch schon seit mehr als drei Jahrzehnten existiert? Dies hängt damit zusammen, dass neben der Geburtenrate noch ein zweiter Faktor für die Fertilität eine Rolle spielt – nämlich die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter. Da die Geburtenziffer zwischen dem Ende der 1950er und 1960er Jahre mit 2,3 bis 2,5 Kindern je Frau die zur Bestandhaltung der Bevölkerung notwendige Ziffer von 2,1 deutlich übertraf, wuchsen mehr potenzielle Mütter heran. Dieser „Mütterüberschuss“ glich das veränderte Fertilitätsniveau lange Zeit aus. Doch schon seit 1991 ist die natürliche Bevölkerungsbilanz Deutschlands negativ, d.h. die Zahl der Geburten unterschreitet Jahr für Jahr die Zahl der Sterbefälle (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007: 15). Im Jahr 2008 standen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 682.514 Geburten deutschlandweit 844.439 Sterbefälle gegenüber, so dass die natürliche Bevölkerungsbilanz einen Wert von -161.925 Personen aufweist (Quelle: [www.destatis.de](http://www.destatis.de) vom 21.10.2009). Lange Zeit jedoch sorgte Zuwanderung noch immer für ein moderates Bevölkerungswachstum. Seit dem Jahr 2003 aber schrumpft die Bevölkerung Deutschlands – zwar langsam, aber sie schrumpft.<sup>3</sup> Dieser Prozess wird sich beschleunigen, sofern die mittlerweile schmale Basis an Frauen im gebärfähigen Alter die gleiche geringe Kinderzahl aufweist. „Dann unterliegt die Gesamtbevölkerung einem Schrumpfungsprozess im Generationentakt.“ (Schmid 2006: 35)

Tabelle 1 gibt einen Überblick hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland auf der Grundlage der neuen, 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom November 2009:

---

<sup>3</sup> Für die alten Bundesländer gilt dieser Befund erst seit dem Jahr 2005, für die neuen Bundesländer dagegen schon seit der Wiedervereinigung.

**Tabelle 1: Künftige Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland**

Jahr	Bevölkerungsstand in Millionen	Entwicklung gegenüber 2008
2008	82,00	
2010	81,55	-0,5 %
2015	80,77	-1,5 %
2020	79,91	-2,5 %
2025	78,79	-3,9 %
2030	77,35	-5,7 %
2035	75,69	-7,7 %
2040	73,83	-10,0 %
2045	71,73	-12,5 %
2050	69,41	-15,4 %
2055	66,99	-18,3%
2060	64,65	-21,2%

Quelle: Statistisches Bundesamt (2009b); eigene Darstellung auf der Grundlage der Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung

In der kurzen Frist wird die Bevölkerungszahl vergleichsweise moderat schrumpfen: Im Jahr 2020 würde sich demnach die Bevölkerungszahl um rund 2 Millionen Menschen verringern, was gegenüber dem Jahr 2008 einem Rückgang um 2,5 Prozent entspricht. Doch schon in 2030 beläuft sich der Rückgang auf knapp 5 Millionen Menschen. Im Jahr 2050 würden dieser Projektion zufolge weniger als 70 Millionen Menschen in Deutschland leben. Betrachtet man den Endpunkt der Vorausberechnung, so ergibt sich für das Jahr 2060 ein Bevölkerungsstand von 64,7 Millionen Menschen. Trifft dies zu, so läge die Bevölkerungszahl Deutschlands nur noch um rund eine Million Menschen über derjenigen des früheren Bundesgebietes unmittelbar vor der Wiedervereinigung. Allerdings gilt zu beachten, dass derartige Bevölkerungsvorausberechnungen insbesondere für die lange Frist durchaus kritisch betrachtet werden sollten. Der folgende Exkurs widmet sich der Methode der Bevölkerungsvorausberechnung und erläutert diese am Beispiel der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Häufig wird darüber diskutiert, ob es sich bei den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes um Prognosen handelt. Das Statistische Bundesamt selbst verneint dies in seinen Publikationen explizit, obgleich Vorgehensweise und Zielsetzung der Vorausberechnungen durchaus prognostischen Charakter aufweisen. Dennoch wird im Rahmen dieser Publikation der Terminus Prognose vermieden.

### **Exkurs: Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes**

*Was sind und was leisten Bevölkerungsvorausberechnungen?*

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden führt in regelmäßigen Abständen so genannte „Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen“ durch – die 12. ist gegenwärtig die jüngste und stammt vom November 2009. In Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern (daher: „koordiniert“) wird auf der Grundlage bestimmter Annahmen die Entwicklung des Bevölkerungsvolumens und die künftige Bevölkerungs- bzw. Altersstruktur in Deutschland modelliert und vorausberechnet.

*Was bedeutet „modelliert“ und was sind und leisten Modelle?*

Modelle dienen dazu, Komplexität zu reduzieren und somit die Realität „handhabbar“ zu machen. Sie versuchen, Interdependenzen zwischen verschiedenen Prozessen aufzudecken. Will man folglich die Bevölkerungszahl und -struktur modellieren, sollte man sich zunächst fragen, welche Faktoren einen Einfluss hierauf ausüben. In diesem Fall fällt die Antwort recht leicht: Die Bevölkerungszahl und die Altersstruktur werden bestimmt durch Geburten, Sterbefälle bzw. die Lebenserwartung und durch Wanderungen. Auf der Grundlage der vorliegenden Daten zur Bevölkerungszahl und -struktur kann man die Entwicklung dieser beiden Größen vorausberechnen, wenn man für die drei Faktoren Geburten, Sterbefälle und Wanderungen bestimmte Annahmen trifft.

*Welche Bedeutung haben die (Modell-) Annahmen und welche Annahmen trifft das Statistische Bundesamt?*

Die Annahmen, die über die Geburtenrate, die Lebenserwartung und die Wanderungsbilanz getroffen werden, bilden die wichtigsten Stellschrauben einer Bevölkerungsvorausberechnung. In der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung arbeitete das Statistische Bundesamt mit 12 verschiedenen Annahmen, die sich aus der Kombination von drei verschiedenen Annahmen zur Entwicklung der Geburtenziffer (langfristiger Rückgang auf 1,2 Kinder je Frau; annähernd konstant bei 1,4 Kindern je Frau; leichter Anstieg ab 2025 auf 1,6 Kinder je Frau), zwei Annahmen zur Entwicklung der Lebenserwartung (Basisannahme: Lebenserwartung steigt bis zum Jahr 2060 für neugeborene Jungen auf 85,0 Jahre und für neugeborene Mädchen auf 89,2 Jahre; hoher Anstieg der Lebenserwartung bis 2060 auf 87,7 Jahre für neugeborene Jungen und auf 91,2 Jahre für neugeborene Mädchen) sowie zwei Annahmen zum künftigen Wanderungssaldo (allmählicher Anstieg auf einen positiven Wanderungssaldo von 100.000 Menschen ab 2014; allmählicher Anstieg auf einen positiven Wanderungssaldo von 200.000 Menschen ab 2020) zusammensetzen (3x2x2=12).

*Worauf gründen sich die Annahmen und wann können diese als gut bezeichnet werden?*

Die Annahmen zur Entwicklung der Geburtenzahl, der Lebenserwartung und der Wanderungsbewegungen basieren auf Erfahrungswerten der Vergangenheit. So ist es beispielsweise realistisch, von einer auch in den nächsten Jahren annähernd konstanten Geburtenziffer auszugehen, da sich diese nun schon seit rund 30 Jahren auf dem Niveau von ca. 1,4 Kindern je Frau bewegt. Doch ist eine realistische Annahme gleichbedeutend mit einer guten Annahme? Sicherlich nicht zwingend, denn die Realitätsnähe oder Realitätsferne einer Annahme wird stets vor dem Hintergrund der *gegenwärtigen Situation* getroffen. Um ein Beispiel zu nennen: Hätte man sich Mitte der 1960er-Jahre zum Ziel gesetzt, eine Bevölkerungsvorausberechnung für die nächsten 20 Jahre zu erstellen, wäre einer Annahme der Geburtenziffer von 2,2 Kindern je Frau sicherlich eine hohe Realitätsnähe attestiert worden, da die Geburtenziffer zu dieser Zeit in etwa jenen Wert annahm. Allerdings wäre eben diese Annahme schon wenige

*Warum greift das Statistische Bundesamt auf so viele (12) Varianten zurück?*

Dies liegt einerseits darin begründet, dass mit der Kombination der verschiedenen Annahmen ein Korridor aufgespannt werden soll, innerhalb dessen sich die künftige Bevölkerungszahl- und Bevölkerungsstruktur bewegt. Zieht man z.B. für eine Vorausberechnung der Bevölkerungszahl für das Jahr 2030 die „skeptischen“ Annahmen zur Entwicklung der Geburtenzahl (leicht fallend), zur Lebenserwartung (Basisannahme) und zum Wanderungssaldo (100.000 Menschen pro Jahr ab 2014) heran, so würde die Bevölkerungszahl im Jahre 2030 76,6 Millionen Menschen betragen. Greift man dagegen auf die „optimistischen Annahmen“ (leicht steigende Geburtenziffer, hoher Anstieg der Lebenserwartung, Wanderungsbilanz von 200.000 Menschen im Jahr) zurück, läge die Bevölkerungszahl 2030 bei 81 Millionen Menschen. Andererseits ermöglicht der Rückgriff auf derart viele Varianten auch einen Einblick in die Bedeutung der einzelnen Einflussfaktoren für die Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur. So hat das Statistische Bundesamt zusätzlich zu diesen 12 Varianten drei weitere Varianten zur Vorausberechnung eingesetzt, die es als „Modellrechnungen“ bezeichnet. Um Modellrechnungen handelt es sich deshalb, weil hier Annahmen getroffen wurden, die bereits im Vorfeld als wenig realistisch angesehen wurden. So geht die erste Modellrechnung (LO) von einem nur langsamen Anstieg der Lebenserwartung aus, während bei der zweiten Modellrechnung (W0) eine ausgeglichene Wanderungsbilanz angenommen wurde. Die dritte Modellrechnung (GR) bezieht sich schließlich auf die Geburtenziffer: Für sie wird ab dem Jahr 2015 ein starker Anstieg auf das Niveau von 2,1 Kinder je Frau angenommen. Während z.B. die Bevölkerungszahl im Jahre 2030 auf der Basis der Modellrechnung L0 76,5 Millionen Menschen betragen würde, sind es auf der Basis von W0 nur 75 Millionen Menschen. Ein Anstieg der Geburtenrate auf 2,1 Kinder je Frau hätte (bei einem Wanderungssaldo von 100.000 Menschen pro Jahr ab 2014 und einem Anstieg der Lebenserwartung im Sinne der Basisannahme) sogar einen Anstieg der Bevölkerungszahl auf knapp 83 Millionen Menschen bis zum Jahr 2030 zur Folge.

*Welche Faktoren haben denn nun den größten Einfluss auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl?*

Die Ergebnisse der Varianten verdeutlichen: Im Vergleich zur Lebenserwartung sind für die Entwicklung des Bevölkerungsvolumens vor allem die Geburtenrate und die Zuwanderung relevant. Um also der Schrumpfung der Bevölkerung entgegen zu wirken, bietet es sich an, für eine hohe Geburtenrate und/oder einen hohen Wanderungsüberschuss zu sorgen. Ersteres gestaltet sich jedoch als schwierig, da der Einfluss familienpolitischer Maßnahmen begrenzt ist. Letzteres ist politisch nur in Maßen gewünscht. Somit spricht aktuell nur sehr wenig dafür, dass der Schrumpfungstrend der Bevölkerung in den nächsten Jahren zum Erliegen kommt.

*Wie bedeutsam ist der zeitliche Horizont einer Bevölkerungsvorausberechnung?*

Sehr bedeutsam. Es ist intuitiv einleuchtend, dass Vorausberechnungen für die kommenden fünf oder zehn Jahre mit hoher Wahrscheinlichkeit die künftige Bevölkerungszahl und Bevölkerungsstruktur besser abbilden, als es Vorausberechnungen z.B. bis zum Jahre 2060 leisten können. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass eine Abweichung von den Annahmen wahrscheinlicher wird, je weiter der zeitliche Horizont der Vorausberechnung in der Zukunft liegt. In diesem Zusammenhang ist auch an Periodeneffekte zu denken (z.B. an Kriege oder Epidemien). Zum anderen werden Abweichungen in der Vorausberechnung „mitgeschleppt“, d.h. Abweichungen, die bereits in der kurzen Frist auftreten, verstärken sich in der langen Frist. Allerdings ist auch der günstige Fall möglich, dass z.B. eine Vorausberechnung bis zum

Im Vergleich zur Schrumpfung stellt die Alterung der Bevölkerung diejenige Entwicklung dar, die im Zuge der Diskussion um den demografischen Wandel besonders häufig zur Sprache kommt. Abzulesen ist die Alterung der Gesellschaft insbesondere an drei Ziffern: Zum einen am Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung, zum zweiten am steigenden Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung und zum Dritten am Verhältnis zwischen älteren und jungen Menschen in der Bevölkerung. Aus Tabelle 2 ist die Entwicklung der ersten beiden Kennziffern seit 1990 abzulesen, wobei sich die Daten für den Zeitraum ab 2010 auf die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung beziehen (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung):

**Tabelle 2: Die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung von 1990 bis 2060**

Jahr	Anteil der unter 18-Jährigen	Anteil der über 65-Jährigen	Durchschnittsalter der Bevölkerung
1990	19,3 %	14,9 %	39,2 Jahre
1995	19,4 %	15,6 %	40,1 Jahre
2000	18,8 %	16,6 %	41,0 Jahre
2005	17,7 %	19,3 %	42,7 Jahre
2010	16,3 %	20,6 %	44,2 Jahre
2015	15,6 %	21,7 %	45,4 Jahre
2020	15,2 %	23,3 %	46,4 Jahre
2025	15,1 %	25,6 %	47,3 Jahre
2030	15,0 %	28,8 %	48,2 Jahre
2035	14,6 %	31,4 %	49,0 Jahre
2040	14,2 %	32,1 %	49,8 Jahre
2045	13,8 %	32,6 %	50,4 Jahre
2050	13,7 %	33,1 %	50,8 Jahre
2055	13,8%	33,9%	50,9 Jahre
2060	13,9%	34,0%	50,9 Jahre

Quellen: Statistisches Bundesamt (2009b) und Statistisches Bundesamt (2007b); eigene Darstellung; die grau hinterlegten Zahlen beziehen sich auf die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Untergrenze der „mittleren Bevölkerung“)

Die Alterung der deutschen Bevölkerung ist, so wird aus diesen Zahlen ersichtlich, ein Prozess, der schon seit geraumer Zeit im Gange ist. Noch im Jahr 1990 lag der Anteil der unter 18-Jährigen recht deutlich über jenem der älteren Menschen ab 65 Jahren. Doch schon 15 Jahre später kehrte sich dieses Verhältnis erstmals um, zudem war das Durchschnittsalter der Bevölkerung in diesem Zeitraum bereits um 3,5 Jahre auf nunmehr 42,7 Jahre gestiegen. In den nächsten Jahren wird die Alterung weiter an Dynamik gewinnen: Während der Anteil an jüngeren Menschen kontinuierlich sinkt, steigt der Anteil der über 65-Jährigen sukzessive an: In rund 15 Jahren ist bereits jeder Vierte Deutsche über 65 Jahre alt, im Jahr 2050 könnte dies dann sogar für jeden dritten Bundesbürger gelten. Erst dann wird der Alterungsprozess langsam zum Erliegen kommen.

Verantwortlich für die Alterung der Bevölkerung ist nicht – wie man vielleicht vermuten könnte – in erster Linie die steigende Lebenserwartung, sondern vielmehr der „nicht mehr änderbare Rückgang der Geburtenrate in der Vergangenheit“ (Birg 2006: 21). Der Anstieg der Lebenserwartung von 36 (Geburtsjahrgänge 1870-1880) auf knapp 77 Jahre (2005-2007) bei Jungen und von 38 auf gut 82 Jahre bei Mädchen<sup>5</sup> trägt gleichwohl dazu bei, ist aber besonders für die ebenfalls rapide wachsende Zahl an Hochbetagten, also der Menschen über 80 Jahre, verantwortlich. Diese steigt nämlich von rund 4 Millionen Menschen im Jahre 2008 auf rund 6,4 Millionen in 2030 an – und dies bei einer insgesamt schrumpfenden Bevölkerung! Somit werden gemäß den Daten des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2030 8,3 Prozent aller Deutschen über 80 Jahre alt sein.

Schließlich wird mit Blick auf die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur auch die zunehmende Heterogenisierung als Folge der positiven Wanderungsbilanz diskutiert. Prognosen zur Heterogenisierung der Bevölkerung lassen sich jedoch nur schwer treffen, da die Annahmen zur Entwicklung des Wanderungssaldos mit den größten Unsicherheiten behaftet sind. Zwar erweist sich die Zahl der Fortzüge aus Deutschland als im Zeitverlauf relativ stabil. Jedoch unterliegt die Zahl der Zuzüge beträchtlichen Schwankungen (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007: 17). Allerdings ist in den letzten Jahren ein rückläufiger Trend der Zahl der Zuzüge unverkennbar: Während sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre stets mehr als eine Million Menschen in Deutschland niederließ, waren es in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts im Mittel nur noch rund 850.000. In der Folge reduzierte sich die Zahl der Zuwanderer bis zum Jahr 2005 auf rund 700.000 Menschen. Schließlich lag im Jahr 2007 die Zahl der Zugezogenen nur noch bei rund 680.000 und überstieg somit die Zahl der Fortgezogenen nur um rund 43.000 Menschen (vgl. Statistisches Bundesamt 2009: 64). Es dürfte interessant sein zu beobachten, wie sich die Wanderungsbilanz in den nächsten Jahren verhält und ob nicht vielleicht sogar die „skeptische“ Annahme des Statistischen Bundesamtes, die bis zum Jahr 2014 einen sukzessiven Anstieg der jährlichen Nettozuwanderung auf 100.000 Menschen unterstellt, der in der Folge fortgeschrieben wird, unterschritten wird. Dies wird auch von der Politik abhängen, die mit einer restriktiven oder liberalen Zuwanderungspolitik auf den Wanderungssaldo einwirken kann. Doch eines ist mit Blick auf die Heterogenisierung der Bevölkerung gewiss: Sie wird selbst im Falle einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz aus zwei Gründen zunehmen: Denn einerseits steigt der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund bei einer schrumpfenden Bevölkerung, da die Altersstruktur der Migranten jünger ist als die der Einheimischen. Und andererseits bekommen Menschen mit Migrationshintergrund signifikant mehr Kinder als Paare, die keine Migrationsgeschichte aufweisen.

### **3. Die demografische Lage Hessens und seiner Regionen**

Die bisherigen Ausführungen könnten zu der Vermutung verleiten, die Rahmendaten des demografischen Wandels entwickelten sich in allen Regionen Deutschlands gleichförmig. Dem ist jedoch nicht so, zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es vielmehr ganz erhebliche Unterschiede. Aber selbst innerhalb der Länder kann von einer einheitlichen Entwicklung nicht die Rede sein. Das Paradebeispiel einer heterogenen Entwicklung innerhalb eines Bundeslandes bildet

---

<sup>5</sup> Der immense Anstieg der Lebenserwartung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist vor allem dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit, der Kriegsoffer und der besseren medizinischen Versorgung zu verdanken. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts verläuft der Anstieg der Lebenserwartung wesentlich gemäßigter, aber gleichwohl kontinuierlich.

Hessen. Schmidt und Starmann (2006: 12) stellen fest: „So ist etwa Hessen mit einem tendenziell stark schrumpfenden Norden und einem eher wachsenden und wirtschaftlich prosperierenden Süden ein solches Land der Gegensätze.“ Richten wir aber zunächst den Blick nur auf die Ebene des Landes.

Hessen überschritt im Jahre 1995 die 6-Millionen-Einwohnermarke, die ihm, nebenbei bemerkt, eine zusätzliche Stimme im Bundesrat einbrachte. Das Statistische Landesamt Hessen (2008) geht jedoch davon aus, dass Hessen, je nach Modellvariante (siehe Exkurs), im Jahr 2018 bzw. 2026 wieder unterhalb dieser Grenze liegen wird.

#### **Exkurs: Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Hessen**

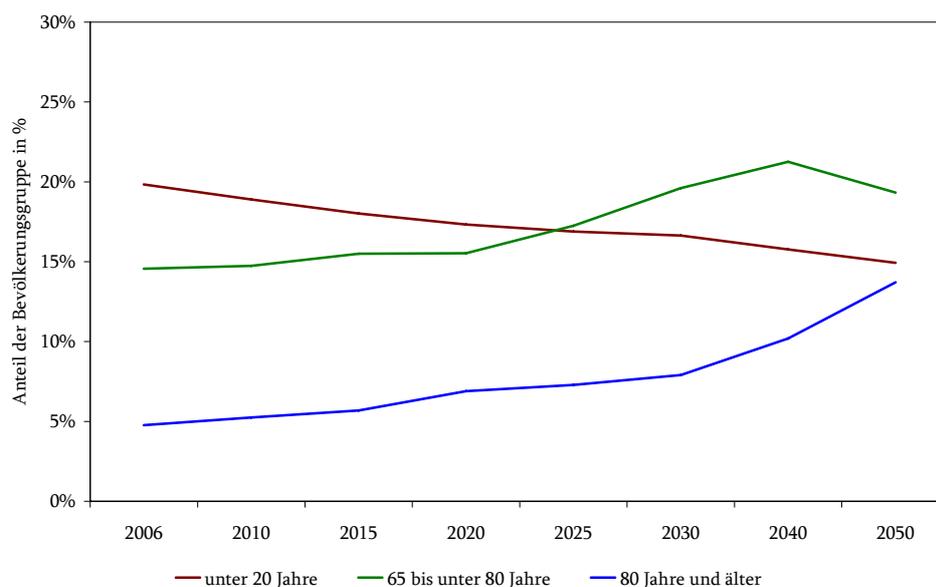
Die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Hessen unternimmt den Versuch, die Bevölkerungsentwicklung für das Land Hessen sowie für seine Regierungsbezirke, kreisfreien Städte und Landkreise zu berechnen. Mit Blick auf Gesamthessen wird hierbei nur auf zwei Varianten zurückgegriffen, die sich lediglich in den Annahmen zu den Wanderungssalden unterscheiden.

Dabei gehen beide Varianten bis zum Jahr 2020 von einem leicht positiven Wanderungssaldo Hessens gegenüber dem übrigen Bundesgebiet (Binnenwanderung) aus, der zunächst 2100 Personen beträgt, bis zum Jahr 2020 aber sukzessive abnimmt. Begründet wird dies damit, „dass sich die Besetzung der jüngeren, potenziell nach Hessen zuziehenden Altersgruppen in den neuen Ländern um das Jahr 2010 herum deutlich verringern wird.“ (Statistisches Landesamt Hessen 2008: 3). Für die Jahre nach 2020 entfallen die Annahmen zur Binnenwanderung, da diese zu vage ausfallen.

Der Unterschied zwischen den beiden Varianten findet sich in den Annahmen zur Nettozuwanderung aus dem Ausland. Während nämlich Variante 1 von einer Zuwanderung von jährlich 6.000 Personen ausgeht, kalkuliert Variante 2 mit einer Zuwanderung von 6.600 Menschen bis 2009 und 12.200 Personen ab 2010. Begründet wird letztere Annahme zu den Wanderungen aus dem Ausland mit der vollständigen Freizügigkeit für die Bürger der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (vgl. ebda.).

Werden Vorausberechnungen für kleinere regionale Einheiten angestrebt, so z.B. für die kreisfreien Städte oder die Landkreise, so werden zusätzlich regionale Besonderheiten, die sich vornehmlich auf Unterschiede in den Geburtenziffern beziehen, berücksichtigt.

Leben aktuell etwa 6,08 Millionen Menschen in Hessen, so sinkt dieser Wert auf der Grundlage der Variante 1 bis zum Jahr 2020 auf 5,96 Millionen. 2030 zählen schließlich noch 5,78 Millionen Menschen zur hessischen Bevölkerung. Somit unterscheidet sich Hessen mit Blick auf die Entwicklung des Bevölkerungsvolumens nicht von Gesamtdeutschland – der Trend weist auch hier langfristig in Richtung Schrumpfung. Auch hinsichtlich der Geburtenrate liegt Hessen mit durchschnittlich 1,35 Geburten pro Frau auf bundesdeutschem Niveau, ebenso sind keine nennenswerten Unterschiede in der Lebenserwartung zwischen der hessischen Bevölkerung und den übrigen Bundesbürgern zu erkennen. Die niedrige Geburtenrate und die künftig weiter steigende Lebenserwartung haben somit auch in Hessen eine Alterung der Bevölkerung zur Folge. Abbildung 1 verdeutlicht dies:

**Abbildung 1: Die Bevölkerungsentwicklung in Hessen nach Altersgruppen**

Quelle: Statistisches Landesamt Hessen (2008); eigene Darstellung

Schon in der kurzen Frist, darunter sei hier der Zeitraum bis zum Jahr 2020 verstanden, ist zu erkennen, dass der Anteil der jungen Bevölkerung (unter 20 Jahre) sukzessive schrumpft, während die Anteile der 65- bis unter 80-Jährigen und der 80-Jährigen und Älteren kontinuierlich ansteigen. Nach 2020 verschärft sich dieser Trend: So werden in 2025 erstmals mehr Menschen im Alter von 65 bis unter 80 Jahren in Hessen leben als Personen unter 20 Jahren. In rund 30 Jahren beläuft sich der Anteil der unter 20-Jährigen nur noch auf knapp 16 Prozent. Dagegen wird gut jeder fünfte Hesse (21,3 Prozent) zwischen 65 und unter 80 Jahren und jeder zehnte Hesse (10,2 Prozent) 80 Jahre und älter sein.

Besonders deutlich wird der Trend hin zu einer alternden Bevölkerung, wenn man sich das Verhältnis von Kindern (unter 6 Jahren) zu Hochbetagten (80 Jahre und älter) betrachtet: Lebten im Jahre 2006 noch 35.000 mehr Kinder als Hochbetagte in Hessen, so werden auf der Grundlage dieser Vorausberechnung im Jahr 2040 2,5 mal so viele Hochbetagte wie Kinder auf hessischem Boden leben. Tabelle 3 liefert hierzu die entsprechenden Zahlen:

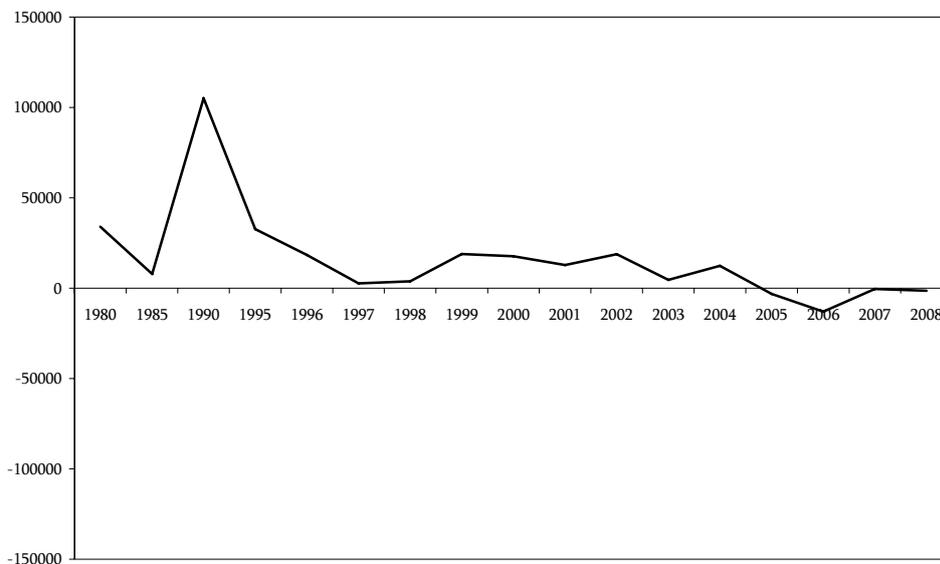
**Tabelle 3: Die Entwicklung der Zahl der Kinder und der Hochbetagten in Hessen**

Jahr	Zahl der Kinder (unter 6 Jahren) in der Bevölkerung	Zahl der Hochbetagten (80 Jahre und älter) in der Bevölkerung
2006	324.249	289.793
2010	305.086	318.667
2015	295.188	342.219
2020	294.248	411.362
2025	288.501	428.199
2030	270.691	456.888
2040	231.420	560.893
2050	215.642	705.028

Quellen: Statistisches Landesamt Hessen (2008); eigene Darstellung

Richtet man den Blick in der Folge auf Wanderungsbewegungen, so sind auf der Landesebene neben den Wanderungen aus bzw. ins Ausland auch die Binnenwanderungen von Interesse. Hier geht es um die Frage, wie viele Menschen jährlich aus Hessen in andere Bundesländer abwandern oder sich aus anderen Bundesländern in Hessen niederlassen. Fasst man beide Wanderungsformen zusammen und blickt auf die Entwicklung der Wanderungssalden (Differenz aus Zugezogenen und Fortgezogenen) für Hessen von 1980 bis zum Jahr 2008, so zeigt sich das folgende Bild:

**Abbildung 2: Die Entwicklung des Wanderungssaldos in Hessen 1980-2008**



Quelle: Internetportal des Statistischen Landesamtes Hessen; Tabelle: Zu- und Fortgezogene über die Landesgrenze Hessens; eigene Darstellung

Die Zahl der Zugezogenen aus dem Ausland und den anderen Bundesländern übertraf zwischen 1980 und 2004 stets die Zahl der Fortgezogenen. In den letzten vier Jahren hat sich dieser Sachverhalt jedoch umgekehrt: Im Jahre 2005 wies Hessen erstmals einen negativen Wanderungssaldo auf. Überstieg die Zahl der Fortgezogenen hier die Zahl der Zugezogenen aber nur um gut 3.000, so verlor Hessen ein Jahr später aufgrund von Wanderungen schon fast 13.000 Menschen. Die Ursache hierfür liegt jedoch nicht in Wanderungsverlusten in andere Bundesländer begründet, ganz im Gegenteil: Der Saldo der Binnenwanderung ist positiv, d.h. im Jahr 2006 sind 2.765 Menschen mehr aus anderen Bundesländern nach Hessen gezogen als umgekehrt. Dafür aber zogen mehr Menschen von Hessen ins Ausland als sich umgekehrt Menschen aus dem Ausland in Hessen niederließen.

Im Jahr 2007 fällt die Wanderungsbilanz Hessens dann fast wieder ausgeglichen aus, verbleibt aber mit einem Wanderungsverlust von 404 Personen weiter im negativen Bereich. Auch in 2008 weist Hessen einen negativen Wanderungssaldo von 1.409 Menschen auf; somit wandern nunmehr schon zum vierten Mal in Folge mehr Menschen aus Hessen ab als zu. Dabei ist der Binnenwanderungssaldo Hessens noch immer positiv (95.672 Zuwanderern aus anderen Bundesländern stehen 90.905 Abwanderer gegenüber<sup>6</sup>), während sich der Außenwanderungssaldo negativ

<sup>6</sup> Dabei wird ersichtlich, dass Hessen einen besonders hohen Nettozuwachs aus Thüringen (1.659 Personen), Nordrhein-Westfalen (1.875), Sachsen (1.270), Niedersachsen (1.012) und Sachsen-Anhalt (1.180) erfährt, während Wanderungsverluste insbesondere gegenüber den Stadtstaaten Hamburg und Berlin (635 bzw. 832 Personen) und Bayern (1.970) zu verzeichnen sind.

gestaltet und mit 69.569 Menschen mehr als 6.000 Personen mehr von Hessen ins Ausland zogen als umgekehrt (63.393 Personen) (Quelle: www.statistik-hessen.de vom 21.10.2009).

Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen, die für Hessen einen seit nunmehr vier Jahren negativen Wanderungssaldo aufweist, stellt sich die Frage, wie weit es um die Realitätsnähe der Annahmen des Statistischen Landesamtes in punkto Wanderungsbewegungen bestellt ist. Wie im Exkurs dargelegt, kalkuliert das Statistische Landesamt mit einem jährlichen Wanderungsgewinn Hessens aus Binnen- und Außenwanderungen von mindestens 8.000 Personen. Sollte dies jedoch, so wie in den letzten Jahren, nicht eintreten, wird die hessische Bevölkerung noch stärker schrumpfen als ohnehin angenommen. Hypothetischen Berechnungen zufolge bräuchte Hessen eine jährliche Nettozuwanderung von etwa 33.000 Personen, um keine Bevölkerungseinbußen zu verzeichnen. Um auch die Altersstruktur auf dem derzeitigen Niveau zu halten wäre gar ein Wanderungssaldo von 250.000 Personen vonnöten (Hessischer Landtag 2007: 54). Angesichts der jüngeren Entwicklungen, die einen negativen Wanderungssaldo ausweisen, erscheinen beide Zahlen, von der politischen Erwünschtheit dieser Maßnahme einmal ganz abgesehen, als nahezu utopisch.

Eingangs des Kapitels wurde bereits auf die Heterogenität der Bevölkerungsentwicklung innerhalb Hessens hingewiesen. Nimmt man eine kleinräumigere Perspektive ein und betrachtet Hessen nicht mehr als Ganzes, sondern blickt vielmehr zuerst auf die Ebene der Regierungsbezirke und in der Folge auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte, so werden beträchtliche Unterschiede deutlich. Tendenziell kann mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung von einem stark schrumpfenden Norden, einem leicht schrumpfenden Mittelhessen und einem zunächst wachsenden, später stagnierenden Süden gesprochen werden.

Die regionalen Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung sind auf Unterschiede in der Fertilität und Sterblichkeit, in der aktuellen Altersstruktur und in Wanderungsbewegungen zu sehen. Dabei korrelieren die Wanderungen sehr stark mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation der betreffenden Region. Schmidt und Starmann (2006: 13) bringen den Zusammenhang zwischen Demografie und Ökonomie auf die griffige Formel: „Die Menschen folgen den Arbeits- und Ausbildungsplätzen.“ Strukturschwache Regionen haben folglich im Wettbewerb um Zuwanderung keine allzu guten Karten.

Auch spielte lange Zeit der Trend zur Suburbanisierung für die regionale Bevölkerungsentwicklung eine wichtige Rolle: Menschen (insbesondere junge Familien mit Kindern), deren Arbeitsort in einer großen Stadt lag, zogen es häufig vor, ihren Wohnsitz nicht direkt ins Zentrum, sondern vielmehr ins nahe Umland zu verlegen, da sie dort eine höhere Lebensqualität vermuteten. Hiervon profitierten jene Regionen, die eine gewisse Nähe zu den urbanen Zentren aufwiesen. Mittlerweile scheinen die Zentren wieder an Attraktivität gewonnen zu haben. Am Beispiel der Stadt Frankfurt ist zu erkennen, dass dort in den Jahren von 1994 bis 1998 ein Wanderungsverlust von mehr als 15.000 Menschen zu verzeichnen war. Zwischen 2003 und 2007 wies Frankfurt dagegen einen positiven Wanderungssaldo von knapp 9.000 Personen auf (vgl. Statistisches Landesamt Hessen 1995-2008).

Mit Blick auf die Fertilität sind ebenfalls regionale Unterschiede zu erkennen: So erreicht die durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau, die hessenweit bei 1,35 liegt, besonders hohe Werte in den Städten Offenbach und Fulda (1,56 bzw. 1,48), den Landkreisen Limburg-Weilburg, Hersfeld-Rotenburg (je 1,45) und Waldeck-Frankenberg (1,44) sowie im Lahn-Dill-Kreis (1,42) und in der Stadt Wiesbaden (1,41). Sehr niedrige Werte finden sich dagegen im Landkreis Kassel (1,30), dem Rheingau-Taunus-Kreis (1,29), dem Landkreis Gießen (1,25) und in der Stadt Kassel (1,24). Der Landkreis Marburg-Biedenkopf weist schließlich mit durchschnittlich 1,21 Kindern je Frau hes-

senweit die niedrigste Geburtenziffer auf. Das Zusammenspiel von Fertilität und Sterblichkeit ist verantwortlich für die natürliche Bevölkerungsbewegung, die durch die Differenz der Geburten und Sterbefälle innerhalb eines Jahres bestimmt wird. Hierbei ist nun die Altersstruktur der betrachteten Region bedeutsam, denn in einer Region, die schon heute über eine vergleichsweise alte Bevölkerungsstruktur verfügt, ist eine hohe Zahl an Sterbefällen in den kommenden Jahren anzunehmen. Diese führt in Kombination mit einer niedrigen Fertilität (und im schlechtesten Falle einer hohen Abwanderung) schließlich zu Bevölkerungsverlusten in der Zukunft. Die folgende Tabelle 4 stellt nun für das Land Hessen, die drei Regierungsbezirke sowie für die Landkreise und kreisfreien Städte die Bevölkerungsentwicklung von 2006 bis 2025 auf der Basis der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 1) des Statistischen Landesamtes dar. Zudem ist der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung ebenso ausgewiesen wie der kumulierte Wanderungssaldo der einzelnen Regionen bis zum Jahr 2025. Dieser Wanderungssaldo basiert auf den Annahmen der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Hessen. Somit kann der Tabelle entnommen werden, welchen Beitrag die natürliche Bevölkerungsbewegung und der entsprechende Wanderungssaldo für die Bevölkerungsentwicklung der jeweiligen Region liefern.

**Tabelle 4: Bevölkerungsentwicklung, natürliche Bevölkerungsbewegung und kumulierter Wanderungssaldo in den hessischen Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Bevölkerung 2006	Bevölkerung 2025	Entwicklung der Bevölke- rungszahl	nat. Bevölke- rungsbewe- gung	angen. Wan- derungssaldo bis 2025
Darmstadt St.	141.257	145.163	+2,8 %	-3.004	+6.910
Frankfurt am Main, St.	652.610	661.281	+1,3 %	+1.625	+7.046
Offenbach, St.	117.564	122.768	+4,4 %	+3.405	+1.799
Wiesbaden, St.	275.562	282.272	+2,4 %	-6.260	+12.970
Bergstraße	264.985	257.478	-2,8 %	-20.393	+12.886
Darmstadt-Dieburg	289.635	285.759	-1,3 %	-14.595	+10.719
Groß-Gerau	252.133	249.836	-0,9 %	-8.489	+6.192
Hochtaunuskreis	226.552	222.183	-1,9 %	-18.069	+13.700
Main-Kinzig-Kreis	408.826	398.869	-2,4 %	-25.712	+15.755
Main-Taunus-Kreis	224.347	226.097	+0,8 %	-9.225	+10.975
Odenwaldkreis	99.640	95.756	-3,9 %	-9.292	+5.408
LK Offenbach	336.579	330.192	-1,9 %	-14.361	+7.974
Rheingau-Taunus-Kreis	184.288	173.797	-5,7 %	-14.246	+3.755
Wetteraukreis	298.928	298.102	-0,3 %	-18.912	+18.086
<b>Reg.-Bez. Darmstadt</b>	<b>3.772.906</b>	<b>3.749.551</b>	<b>-0,6 %</b>	<b>-157.528</b>	<b>+134.175</b>
Gießen	255.925	251.510	-1,7 %	-11.420	+7.005
Lahn-Dill-Kreis	259.359	240.146	-7,4 %	-17.422	-1.791
Limburg-Weilburg	174.541	167.219	-4,2 %	-9.979	+2.657

(Fortsetzung Tabelle 4)

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Bevölkerung 2006	Bevölkerung 2025	Entwicklung der Bevölke- rungszahl	nat. Bevölke- rungsbewe- gung	angen. Wan- derungssaldo bis 2025
Marburg-Biedenkopf	252.938	238.466	-5,7 %	-13.209	-1.263
Vogelsbergkreis	114.790	100.489	-12,5 %	-12.569	-1.732
<b>Reg.-Bez. Gießen</b>	1.057.553	997.830	-5,6 %	-64.599	+4.876
Kassel, St.	193.518	184.358	-4,7 %	-9.648	+488
LK Fulda	219.420	217.136	-1,0 %	-9.339	+7.055
Hersfeld-Rotenburg	126.100	107.849	-14,5 %	-12.888	-5.363
LK Kassel	242.117	220.016	-9,1 %	-26.245	+4.144
Schwalm-Eder-Kreis	188.335	167.923	-10,8 %	-17.325	-3.087
Waldeck-Frankenberg	167.121	151.769	-9,2 %	-14.233	-1.119
Werra-Meißner-Kreis	108.289	88.550	-18,2 %	-13.882	-5.857
<b>Reg.-Bez. Kassel</b>	1.244.900	1.137.601	-8,6 %	-103.560	-3.739
<b>Land Hessen</b>	6.075.359	5.884.982	-3,1 %	-325.687	+135.312

Quelle: Statistisches Landesamt Hessen (2008); eigene Darstellung

Für die kreisfreien Städte Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach und Wiesbaden wird deutlich, dass diese auch bis zum Jahr 2025 mit weiteren Bevölkerungszuwächsen rechnen können. Dies liegt insbesondere in den Wanderungsgewinnen begründet, die für diese Städte erwartet werden. Aber auch mit Blick auf die natürliche Bevölkerungsbewegung sind die Städte aufgrund ihrer vergleichsweise jungen Altersstruktur recht gut aufgestellt. So bilden Frankfurt und Offenbach hessenweit die einzigen Regionen, die bis zum Jahr 2025 mit einem kumulierten positiven Saldo aus Geburten und Sterbefällen rechnen können. Zudem trägt die natürliche Bevölkerungsbewegung in der Stadt Offenbach annähernd doppelt so viel zum künftigen Bevölkerungswachstum bei wie die Wanderungen.

Mit nur geringen Bevölkerungsverlusten müssen die zum Regierungsbezirk Darmstadt gehörenden Landkreise rechnen. Ausnahmen stellen hier der Main-Taunus-Kreis – für den ein leichtes Wachstum prognostiziert wird – sowie der Rheingau-Taunus-Kreis dar, der einen doch recht beträchtlichen Teil seiner Bevölkerung verliert. Grundsätzlich ähnelt sich aber das Bild in diesen Landkreisen sehr stark: Die natürliche Bevölkerungsbewegung führt zu einer Schrumpfung der Einwohnerzahl, die jedoch durch Wanderungen zumindest partiell aufgefangen werden kann.

Dagegen finden sich im Regierungsbezirk Gießen schon einige Landkreise, namentlich der Lahn-Dill-Kreis, der Kreis Marburg-Biedenkopf und der Vogelsbergkreis, die sowohl einen negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung als auch einen negativen Wanderungssaldo aufweisen. Dies führt insbesondere im Vogelsbergkreis zu beträchtlichen Einwohnerverlusten, die auf 12,5 Prozent bis zum Jahr 2025 beziffert werden. Eine vergleichsweise positive Entwicklung nimmt dagegen der Landkreis Gießen, der aufgrund von Wanderungsgewinnen nur wenige Einwohner verlieren wird.

Neben dem Vogelsbergkreis finden sich die hessischen Problemregionen mit Blick auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl im Regierungsbezirk Kassel. Für den Schwalm-Eder-Kreis, den Kreis Waldeck-Frankenberg, aber insbesondere für die Landkreise Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner führen Sterbeüberschüsse und Wanderungsverluste zu einer Schrumpfung der Bevölkerungszahl, die sich im Bereich von 14,5 bis 18,2 Prozent bewegt. Den einzigen Lichtblick stellt der Landkreis Fulda dar, der seine Bevölkerungszahl bis 2025 annähernd halten kann.

Im Folgenden wird abschließend untersucht, wie sich die Alterung der Bevölkerung in den hessischen Regionen entwickelt. Dazu werden in Tabelle 5 die Anteile der jungen Bevölkerung (unter 20 Jahre), der Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) und der älteren Menschen (65 Jahre und älter) für die Jahre 2006 und 2025 ausgewiesen.

**Tabelle 5: Entwicklung der Altersstruktur in den hessischen Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten**

<b>Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis</b>	<b>unter 20 (2006)</b>	<b>unter 20 (2025)</b>	<b>20 bis u. 65 (2006)</b>	<b>20 bis u. 65 (2025)</b>	<b>65 u. älter (2006)</b>	<b>65 u. älter (2025)</b>
Darmstadt St.	17,6 %	16,9 %	64,1 %	61,5 %	18,4 %	21,6 %
Frankfurt am Main, St.	17,0 %	16,8 %	65,7 %	63,1 %	17,3 %	20,1 %
Offenbach, St.	20,1 %	19,2 %	62,5 %	61,0 %	17,4 %	19,8 %
Wiesbaden, St.	18,7 %	17,4 %	62,2 %	60,4 %	19,1 %	22,2 %
Bergstraße	20,1 %	16,2 %	60,1 %	57,7 %	19,8 %	26,1 %
Darmstadt-Dieburg	20,7 %	16,8 %	61,6 %	58,8 %	17,7 %	24,4 %
Groß-Gerau	20,4 %	17,5 %	61,5 %	59,2 %	18,1 %	23,3 %
Hochtaunuskreis	20,1 %	17,6 %	59,5 %	57,3 %	20,5 %	25,2 %
Main-Kinzig-Kreis	20,4 %	16,8 %	60,5 %	57,8 %	19,1 %	25,4 %
Main-Taunus-Kreis	19,8 %	17,7 %	60,7 %	59,0 %	19,5 %	23,3 %
Odenwaldkreis	21,1 %	16,7 %	58,4 %	55,4 %	20,4 %	27,9 %
LK Offenbach	19,7 %	17,2 %	61,4 %	58,5 %	18,9 %	24,3 %
Rheingau-Taunus-Kreis	20,0 %	16,2 %	60,8 %	57,4 %	19,3 %	26,4 %
Wetteraukreis	20,8 %	17,1 %	60,1 %	58,0 %	19,1 %	25,0 %
<b>Reg.-Bez. Darmstadt</b>	19,5 %	17,1 %	61,8 %	59,4 %	18,7 %	23,6 %
Gießen	19,8 %	16,6 %	61,8 %	59,6 %	18,4 %	23,8 %
Lahn-Dill-Kreis	21,3 %	17,2 %	58,6 %	56,7 %	20,1 %	26,1 %
Limburg-Weilburg	21,9 %	17,8 %	58,9 %	56,8 %	19,3 %	25,3 %
Marburg-Biedenkopf	19,9 %	16,3 %	62,1 %	59,4 %	18,0 %	24,3 %
Vogelsbergkreis	19,8 %	15,5 %	57,9 %	55,7 %	22,3 %	28,8 %
<b>Reg.-Bez. Gießen</b>	20,5 %	16,8 %	60,2 %	58,0 %	19,3 %	25,2 %

(Fortsetzung Tabelle 5)

<b>Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis</b>	<b>unter 20 (2006)</b>	<b>unter 20 (2025)</b>	<b>20 bis u. 65 (2006)</b>	<b>20 bis u. 65 (2025)</b>	<b>65 u. älter (2006)</b>	<b>65 u. älter (2025)</b>
Kassel, St.	18,0 %	16,2 %	61,6 %	59,8 %	20,4 %	24,0 %
LK Fulda	22,4 %	18,4 %	57,9 %	57,6 %	19,6 %	24,0 %
Hersfeld-Rotenburg	19,7 %	15,9 %	57,4 %	55,1 %	22,9 %	29,0 %
LK Kassel	20,0 %	15,6 %	58,5 %	55,4 %	21,5 %	29,1 %
Schwalm-Eder-Kreis	20,6 %	16,2 %	58,4 %	55,9 %	21,0 %	27,9 %
Waldeck-Frankenberg	21,2 %	16,8 %	57,4 %	55,8 %	21,4 %	27,4 %
Werra-Meißner-Kreis	19,0 %	14,5 %	57,5 %	54,3 %	23,6 %	31,2 %
<b>Reg.-Bez. Kassel</b>	20,2 %	16,4 %	58,5 %	56,5 %	21,2 %	27,0 %
<b>Land Hessen</b>	19,8 %	16,9 %	60,8 %	58,6 %	19,3 %	24,5 %

Quelle: Statistisches Landesamt Hessen (2008); eigene Darstellung

Die Tabelle belegt, dass die einzelnen Regionen Hessens in unterschiedlicher Intensität von der Alterung der Bevölkerung betroffen sind. So ist in allen Untersuchungsgebieten ein rückläufiger Anteil der jungen Bevölkerung (unter 20 Jahren) zu erkennen, der jedoch in den zum Regierungsbezirk Darmstadt zugehörigen kreisfreien Städten sehr gering ausfällt. In einigen Landkreisen dagegen beläuft sich der Rückgang dieser Altersgruppe jedoch auf bisweilen knapp fünf Prozentpunkte, so dass z.B. im Werra-Meißner-Kreis im Jahr 2025 weniger als 15 Prozent der Bevölkerung unter 20 Jahre alt sein werden. Auch die Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre), die in den kreisfreien Städten das höchste Niveau annimmt, geht in allen Regionen zurück, so dass in einigen Gebieten künftig nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung dieser Altersgruppe zuzurechnen ist.

Schließlich ist überall ein Anstieg des Anteils der 65-Jährigen und Älteren zu verzeichnen. Während künftig in den kreisfreien Städten rund jeder fünfte Einwohner zu dieser Gruppe gehört, wird es in der Mehrzahl der Landkreise künftig jeder Vierte sein. Gerade in jenen Regionen, die bereits von einer starken Schrumpfung der Bevölkerungszahl betroffen sind, gestaltet sich die Alterung eindrücklicher. Im Vogelsbergkreis, dem Landkreis Kassel und dem Kreis Hersfeld-Rotenburg befinden sich künftig fast 30 Prozent im Alter von 65 Jahren und aufwärts. Am stärksten fällt die demografische Alterung jedoch im Werra-Meißner-Kreis aus: Hier gehört im Jahr 2025 fast jeder dritte Einwohner dieser Altersgruppe an.

Die Zusammenschau der Ergebnisse zeigt, dass die demografische Entwicklung in Hessen alles andere als einheitlich verläuft: Während die Zentren und auch einige Landkreise, insbesondere in Südhessen, auf mittlere Sicht nur eine gemäßigte Schrumpfung und Alterung erfahren, sind die Ausmaße in anderen Regionen, insbesondere in einigen nordhessischen Landkreisen und dem mittelhessischen Vogelsbergkreis gravierend. Diese frappierende Heterogenität verdeutlicht, dass mit Blick auf Hessen nur eine nach Regionen differenzierte Herangehensweise an die Konsequenzen des demografischen Wandels geboten ist. Mit der Frage, welche Probleme sich im Einzelnen ergeben könnten und welche Handlungsoptionen offen stehen, befassen sich nun die folgenden Kapitel.

#### 4. Der Arbeitsmarkt der Zukunft

Vom erwartbaren Rückgang im Bevölkerungsvolumen und den Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur bleibt der Arbeitsmarkt der Zukunft nicht unberührt. Die knappe Formel lautet: Die Zahl der Erwerbspersonen schrumpft und die Belegschaften altern. Welche Konsequenzen implizieren diese beiden Entwicklungen? Ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial mag angesichts einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zunächst einmal verlockend klingen: Das Problem der Arbeitslosigkeit könnte sich sozusagen auf natürlichem Wege lösen. Die Forschung indes widerspricht dieser Annahme vehement. So sei das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit auf strukturelle Probleme in Form eines „Mismatch“ zwischen Arbeitslosen und Jobs zurück zu führen (Werdning 2006: 50). Auch die Enquete-Kommission Demografischer Wandel glaubt nicht an eine demografische Entlastung des Arbeitsmarkts: „Die Schere zwischen den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie zwischen den Qualifikationsentwicklungen der Arbeitsuchenden wird voraussichtlich bestehen bleiben“ (Hessischer Landtag 2007: 107; siehe auch Schmid 2006: 44 sowie Allmendinger/Ebner 2006: 233).

Die Alterung des Erwerbspersonenpotenzials und der Belegschaften muss angesichts der Erfahrungen der zurückliegenden Jahre mit Skepsis betrachtet werden. „In den Betrieben“, so schreiben Bellmann et al. (2003: 29) „war und ist es allzu oft üblich, sich der alternden Belegschaften durch verschiedene Maßnahmen zu entledigen“ und nennen als Beispiele verschiedene Formen der Frühverrentung und die Präferenzierung Jüngerer bei Einstellungen. Zwar ist der Anteil der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland, die einer Beschäftigung nachgehen, nach Auskunft des aktuellen Jahrbuchs des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat-Jahrbuch 2009: 272) von 38,9 Prozent (2002) auf 51,5 Prozent (2007) deutlich gestiegen. Im internationalen Vergleich jedoch stehen einige Länder, insbesondere die skandinavischen Staaten, aber auch Großbritannien, die Schweiz, Japan oder die USA deutlich besser dar. Welche Gründe gibt es hierfür? Und mit welchen Mitteln kann gerade vor dem Hintergrund der massiven Alterung der Belegschaften Abhilfe geschaffen werden? Dieses Kapitel wird sich diesen Fragen widmen, zunächst aber in gebotener Kürze die Rahmendaten des Arbeitsmarkts der Zukunft darstellen.

##### 4.1 Der Arbeitsmarkt der Zukunft – Rahmendaten

Die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl<sup>7</sup> in Deutschland verlief stets nahezu parallel zur Entwicklung der Bevölkerungszahl und war somit geprägt von Wachstum. Betrug sie unmittelbar nach der Wiedervereinigung noch ca. 40,8 Millionen, so stieg sie bis zum Jahr 2008 auf knapp 43,4 Millionen Menschen an. Dabei ist noch nicht die so genannten „Stille Reserve“ eingerechnet, die die nicht in der Statistik enthaltenen, versteckten Erwerbslosen umfasst.

Richtet man den Blick auf die Entwicklung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 65 Jahren), so ist jedoch erkennbar, dass es hier zu quantitativen Einbrüchen kommen wird: Zählten im Jahr 2006 noch rund 54,6 Millionen Menschen zu dieser Altersgruppe, so wird sich, ausgehend von der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Untergrenze der „mittleren Bevölkerung“), deren Zahl auf 45,5 Millionen (in 2030) bzw. auf 38,6 Millionen (in 2050) reduzieren. Das Erwerbspersonenpotenzial wird zwar nicht kurzfristig, spätestens aber ab 2015 spürbar sinken, wenn die „Babyboomer“ sukzessive in Rente gehen (vgl. Allmendinger/Ebner 2006: 230). Fuchs et al. (2004: 127) präsentieren folgendes Ergebnis einer Modellrech-

---

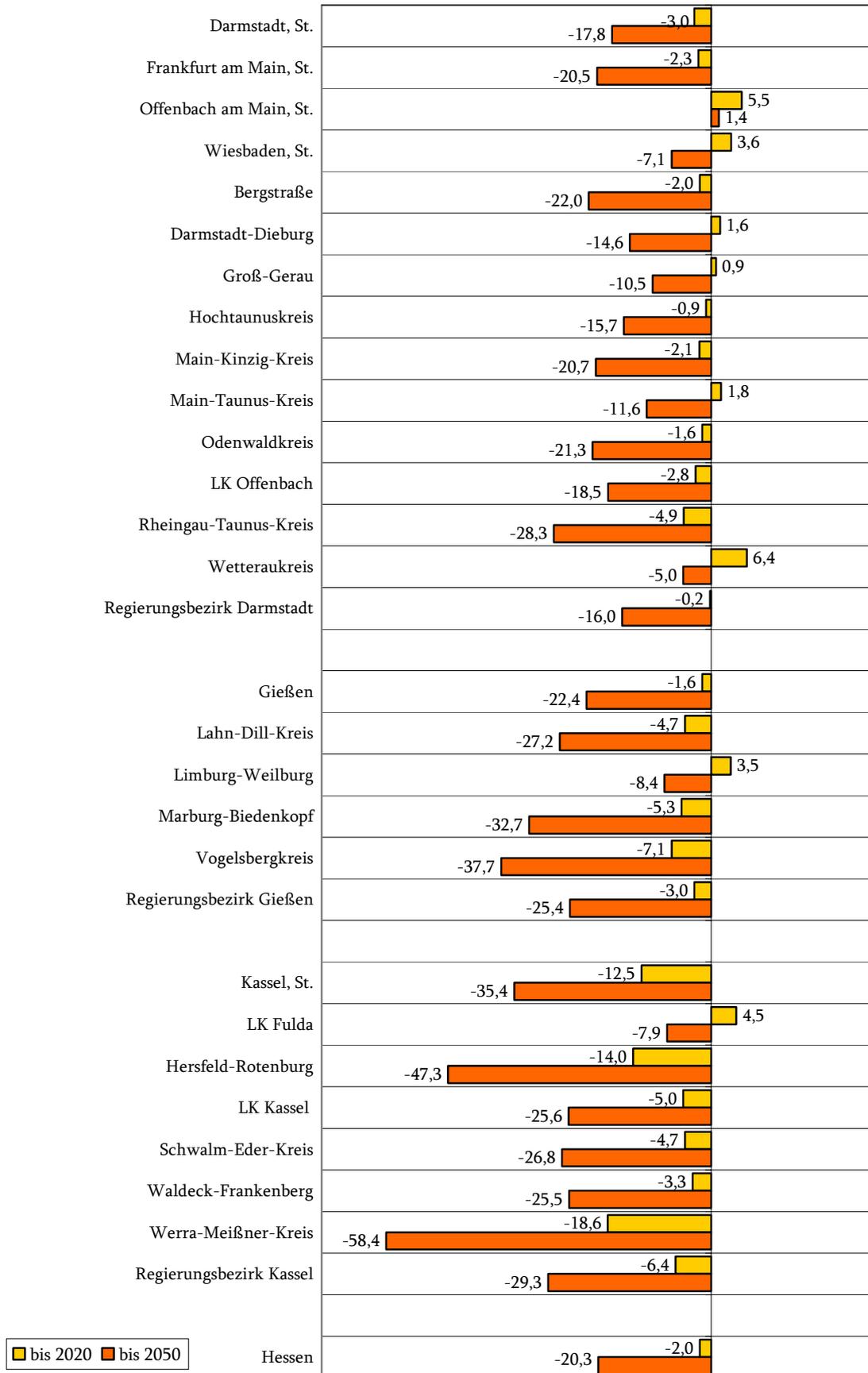
<sup>7</sup> Unter dem Begriff „Erwerbspersonen“ werden alle Personen mit Wohnsitz in Deutschland erfasst, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (vgl. Statistisches Bundesamt 2009: 79).

nung: Erst eine jährliche Nettozuwanderung von 500.000 Menschen würde den demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials langfristig ausgleichen. Dass diese Zahl utopisch anmutet, braucht nicht weiter erwähnt zu werden.

Wie wird sich die Lage am *hessischen* Arbeitsmarkt entwickeln? Berechnungen der Hessen-Agentur (2005) zeichnen zumindest in langer Frist ein ähnlich düsteres Bild. Bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 67 Jahre) mit 2 Prozent vergleichsweise moderat sinken. Diese Entwicklung nimmt erst danach an Fahrt auf und führt bis zum Jahr 2050 zu einem Rückgang um 20,3 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt: Gab es im Jahr 2003 in Hessen noch 4,25 Millionen Menschen im Alter zwischen 15 und 67, so wird diese Zahl bis 2050 auf 3,39 Millionen abnehmen. Schon bei den Trends zur Bevölkerungsentwicklung wurden erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen hessischen Regionen offenkundig. Dies gilt ebenso für die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials.

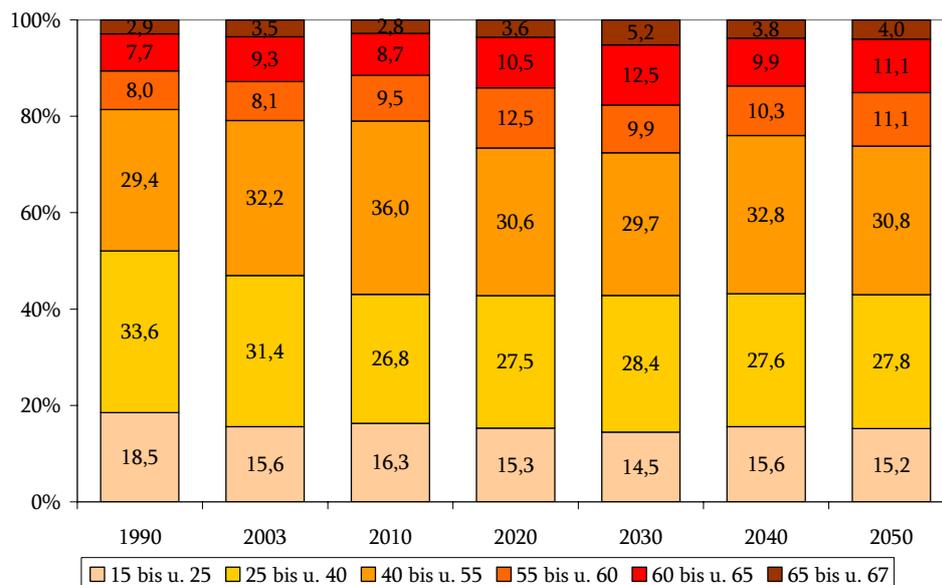
Der Regierungsbezirk Darmstadt ist demnach auf kurze Frist am wenigsten von der Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials betroffen. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bleibt hier bis 2020 nahezu konstant, wenngleich innerhalb des südlichen Regierungsbezirks eine heterogene Entwicklung zu verzeichnen ist. In den Regierungsbezirken Gießen und Kassel stehen die Zeichen schon in der kurzen Frist fast ausnahmslos auf Schrumpfung. Bis zum Jahr 2050 wird nur die Stadt Offenbach einen Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials erfahren, in allen übrigen Städten und Landkreisen sind zum Teil massive Schrumpfungstendenzen unverkennbar. Für die nordhessischen Landkreise Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg zeichnen sich gravierende Entwicklungen ab, in denen die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gegenüber 2003 um mehr bzw. annähernd die Hälfte sinken wird (HA Hessen-Agentur 2005: 20).

Abbildung 3: Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Hessen bis 2020 und 2050



Quelle: Bevölkerungsvorausberechnung der Hessen-Agentur (2005)

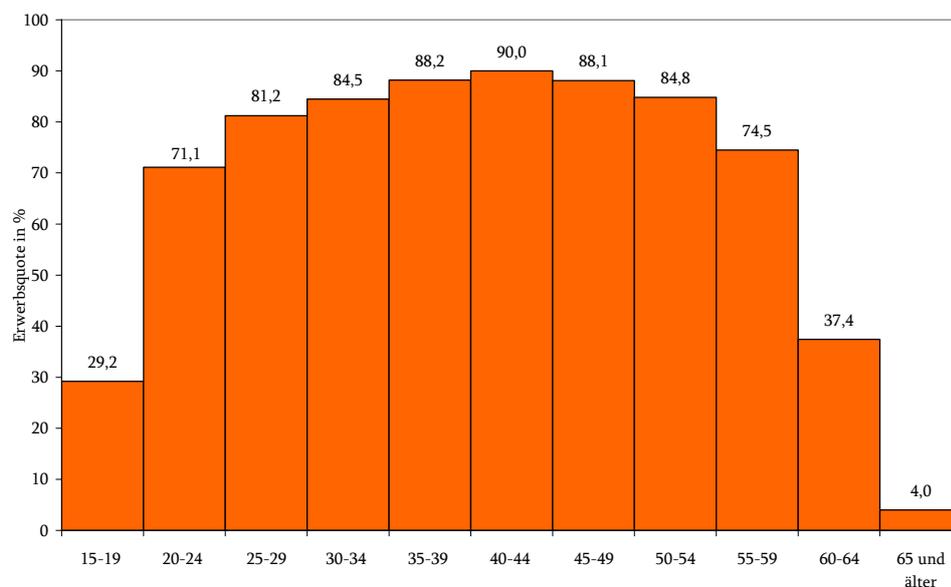
**Abbildung 4: Struktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Hessen von 1990 bis 2050**



Quelle: Hessen-Agentur (2005)

In Abbildung 4 geht es nun nicht mehr um die Entwicklung der Zahl an Erwerbspersonen, sondern vielmehr um deren Altersstruktur. Die Grafik verdeutlicht die Alterung des Erwerbspersonenpotenzials. Schon im Jahr 2020 wird mehr als jeder vierte Arbeitnehmer (26,6 Prozent) älter als 55 Jahre sein. Im Jahr 2003 betrug dieser Wert noch 20,9 Prozent. Nach 2020 wird sich an der Struktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nur wenig ändern. Der Arbeitsmarkt der Zukunft wird von älteren Arbeitnehmern dominiert. Mit dieser Entwicklung sind jedoch einige Probleme verbunden. Schon im Hinblick auf die altersspezifischen Erwerbsquoten in Hessen für das Jahr 2008 wird dies deutlich.

**Abbildung 5: Altersspezifische Erwerbsquoten in Hessen im Jahr 2008**



Quelle: www.statistik-hessen.de (Abrufdatum: 21.10.2009); eigene Darstellung

Die Erwerbstätigenquote älterer Menschen ist in Deutschland in den letzten Jahren zwar stetig gestiegen, im internationalen Vergleich aber allenfalls im Mittelfeld angesiedelt. Somit stellen ältere Arbeitnehmer ein bislang unzureichend genutztes Potenzial auf dem Arbeitsmarkt dar (Ber-

telsmann-Stiftung 2003: 13; Bellmann et al. 2005: 66). Gerade ältere Menschen, die infolge des demografischen Wandels verstärkt auf den Arbeitsmarkt der Zukunft drängen werden, bleiben bislang allzu häufig außen vor. Doch womit hängt dies zusammen? Und was kann dagegen getan werden?

#### 4.2 Gründe für die geringe Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer

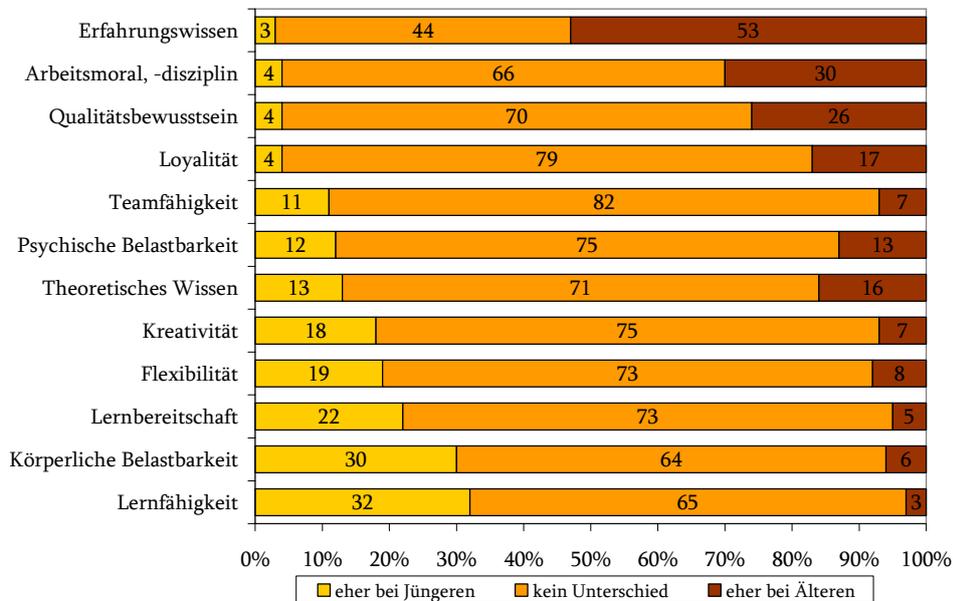
In der Literatur wird vielfach angeführt, in den Betrieben und bei Personalverantwortlichen dominiere ein negativer Altersstereotyp (Behrend 2002: 37). Ein berühmtes Schlagwort ist das „Defizitmodell des Alters“ (Allmendinger/Ebner 2006: 236). In ihm wird Altern mit Abbauprozessen, insbesondere körperlicher Art, verknüpft.

„Gängige Vorurteile unterstellen älteren Beschäftigten beispielsweise geringere Produktivität und Innovationsfähigkeit, eine nachlassende Bereitschaft für Qualifizierungsmaßnahmen oder Schwierigkeiten bei Veränderungen im Ablauf betrieblicher Prozesse“ (HA Hessen-Agentur 2005: 81).

Die Forschung dagegen widerspricht dem Defizitmodell des Alters. Es bestehe, so gerontologische Befunde, kein Determinismus zwischen Alter und Leistungsminderung, eine generelle Abnahme der körperlichen und geistigen Fähigkeiten fände nicht statt (Bellmann et al. 2005: 69; HA Hessen Agentur 2005: 81).

Aber was denken Unternehmer und Personalverantwortliche wirklich über ältere Arbeitnehmer? Das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, eine seit 1993 jährlich bei denselben Betrieben (ca. 16.000 aller Branchen und Größen) durchgeführte Befragung beinhaltet in seiner Erhebungswelle von 2002 Fragen zur Wichtigkeit einzelner Eigenschaften bzw. Leistungsparameter für die Arbeitsplätze in den Betrieben und fragte, ob die Personalverantwortlichen diese Eigenschaften eher bei Jüngeren oder Älteren ausgeprägt sehen.

Abbildung 6: Vergleich der Eigenschaften von jüngeren und älteren Arbeitnehmer/innen 2002



Quelle: IAB-Betriebspanel (2002); Bellmann et al. (2003: 31)

Interessant ist zum einen, dass den Personalchefs die klassischen Tugenden wie Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin, Qualitätsbewusstsein und Erfahrungswissen besonders am Herzen liegen. Und genau da können die älteren Arbeitnehmer punkten, wie Abbildung 6 verdeutlicht. In der Ge-

sambetrachtung wird jedenfalls deutlich, dass ältere Arbeitnehmer aus Sicht der Personalverantwortlichen gegenüber ihren jüngeren Kollegen keine Leistungsdefizite aufweisen. Zwar wird den Jüngeren eine höhere Lernfähigkeit, körperliche Belastbarkeit, Lernbereitschaft sowie Flexibilität und Kreativität attestiert, hinsichtlich der bedeutsamen klassischen Tugenden dominieren aber eindeutig die Älteren. Darüber hinaus erkennen die Befragten bei fast allen Eigenschaften zu mindestens zwei Dritteln keinen Unterschied zwischen Jüngeren und Älteren. Allerdings darf der Faktor soziale Erwünschtheit nicht unterschätzt werden. Unter sozialer Erwünschtheit versteht man ein Antwortverhalten von Befragten, das sich an subjektiv empfundenen sozialen Normen orientiert. Altersdiskriminierung stellt eine solche soziale Norm dar, die allerdings negativ besetzt ist: „Altersdiskriminierung gehört sich nicht!“. Im Wissen, dass Altersdiskriminierung in der Gesellschaft nicht akzeptiert ist, beantworten die Personalverantwortlichen womöglich die vorliegenden Fragen. Doch auch wenn man den Aspekt der sozialen Erwünschtheit berücksichtigt, so bleibt im Ergebnis ein durchaus positives Bild der Personalverantwortlichen gegenüber älteren Arbeitnehmern bestehen (vgl. Bellmann et al. 2003: 32). Umso erstaunlicher ist es daher, dass die personalpolitische Praxis der Betriebe von diesen positiven Einstellungsmustern häufig abweicht (ebda: 33). Zumal auch die konkreten Erfahrungen mit älteren Arbeitnehmern in den Betrieben offenbar keinen Grund für die zurückhaltende Einstellungsbereitschaft liefern. So weisen Bellmann und Leber (2002: 97) darauf hin, dass in Betrieben, die ältere Arbeitnehmer beschäftigen, positive Urteile zu deren Leistungsfähigkeit überwiegen. Handelt es sich auch hier um „geschönte“ Antworten? Oder spielen andere Faktoren eine bedeutende Rolle?

So können z.B. auch politökonomische Rahmenbedingungen Barrieren für die Einstellung älterer Arbeitnehmer darstellen. Umgekehrt ist es auch möglich, dass Rahmenbedingungen existieren, die es Unternehmen erleichtern, ältere Arbeitnehmer freizusetzen. Hier ist besonders an die sozialrechtlichen Möglichkeiten zur Frühverrentung zu denken, die „bislang als die sozial verträglichste Form betrieblicher Personalfreisetzung“ (Behrend 2002: 37) galt. Als politökonomische Hindernisse der Einstellung älterer Arbeitnehmer kommen zum einen unflexible arbeitsrechtliche Regelungen in Frage. Hierzu zählt der erweiterte Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer (Bertelsmann-Stiftung 2003: 17)<sup>8</sup>, der manchen Personalchef vor der Einstellung eines Älteren zurückschrecken lassen mag. Aber auch das so genannte Senioritätsprinzip, wonach ältere Arbeitnehmer höher entlohnt werden, kann, obgleich empirisch nicht unumstritten, (siehe Bertelsmann-Stiftung 2003: 18 f.) den Ausschlag zuungunsten eines Älteren geben.

Von politökonomischen Rahmenbedingungen können, ändert man die Perspektive von den Unternehmen hin zu den Arbeitnehmern, aber auch Anreize für Ältere ausgehen, aus dem Erwerbsleben auszuschneiden oder (wieder) eine Erwerbstätigkeit auf- bzw. anzunehmen. Neben den Regelungen zur Frühverrentung nennt die Bertelsmann-Stiftung (2003: 18) hier Anreize zum Marktaustritt durch die Regelungen zur Altersteilzeit, die Rente wegen Arbeitslosigkeit und die Erwerbsminderungs- bzw. Berufsunfähigkeitsrente. Lange Zeit stellte auch die auf 32 Monate verlängerte Zahlung von Arbeitslosengeld für einige Arbeitnehmer einen Anreiz dar, sich nicht aktiv um eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu bemühen. Ein weiterer Anreiz, aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, geht schließlich vom System der gesetzlichen Rentenversicherung aus. So hat die OECD ermittelt, dass es für einen Arbeitnehmer finanziell nicht mehr attraktiv ist, ab dem 63. Lebensjahr weiter zu arbeiten (Bertelsmann-Stiftung 2003: 18). All diese Aspekte sind einer hohen Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer prinzipiell abträglich.

---

<sup>8</sup> Siehe Kündigungsschutzgesetz § 1 Abs. 3.

Untersuchungen mit dem IAB-Betriebspanel haben darüber hinaus gezeigt, dass bestimmte betriebliche Merkmale einen Einfluss auf den Anteil älterer Arbeitnehmer ausüben. So beschäftigen Betriebe, die nach 1990 gegründet wurden, ebenso tendenziell weniger Ältere als Betriebe, deren Anlagen auf dem neuesten technischen Stand sind. Hingegen wirkt sich die Existenz eines Betriebsrates positiv auf den Beschäftigtenanteil Älterer aus (vgl. Zwick und Bookmann 2004). Auch die Betriebsgröße spielt offenbar eine Rolle: Kleinere und mittlere Betriebe mit bis zu 250 Mitarbeitern beschäftigen demnach überproportional viele Ältere (vgl. Bellmann et al. 2003: 32; Bellmann / Stegmaier 2007: 191).

Schließlich ist auch das Verhalten auf der Nachfrageseite von Bedeutung. Anders formuliert: Die geringe Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer ist nicht ausschließlich auf das Einstellungsverhalten der Unternehmen oder betriebliche Größen zurück zu führen, sondern hängt auch mit den Arbeitnehmern selbst zusammen. In der bereits zitierten Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lieferten die Personalverantwortlichen auch einen plausiblen Grund für das Faktum, dass sie die letzte freie Stelle nicht mit einem älteren Arbeitnehmer besetzt haben: In rund 75 Prozent der Fälle lag den Betrieben nach deren Angaben nämlich gar keine Bewerbung eines über 50-Jährigen vor (Bellmann / Stegmaier 2007: 191). Auch glaubt das IAB in seinen Untersuchungen Hinweise auf vorhandene Hemmschwellen bei älteren Arbeitnehmern entdeckt zu haben. Ansichten wie „Ich habe in meinem Alter von vornherein keine Chance“ könnten eine Erklärung für die geringe Bewerberzahl unter älteren Arbeitnehmern darstellen (Bellmann et al. 2005: 74).

Zwei weitere Argumente von Unternehmensseite, die der Präferenzierung älterer Arbeitnehmer entgegenstehen, sind bislang ganz bewusst nicht angesprochen worden. Es handelt sich dabei zum einen um die hohen Fehlzeiten Älterer: So sind bei den über 50-Jährigen fast doppelt so hohe Krankenstände zu verzeichnen wie bei den jüngeren Altersgruppen (HA Hessen Agentur 2005: 83 f.). Zum anderen geht es um die hohen Einarbeitungs- und Weiterbildungskosten, die den Unternehmen die Einstellung älterer Arbeitnehmer erschweren. Die Auseinandersetzung mit diesen beiden Argumenten markiert den Auftakt der Darstellung möglicher Handlungsoptionen. Auf welche Weise ist es möglich, gerade im Hinblick auf die demografische Herausforderung, die zu einer Alterung des Erwerbspersonenpotenzials führt, den Arbeitsmarkt der Zukunft positiv zu gestalten?

### **4.3 Handlungsoptionen**

Richten wir den Blick zunächst auf die betriebliche Weiterbildung. Defizite in der Qualifikation und hohe Einarbeitungs- und Weiterbildungskosten lassen die Unternehmen bisweilen vor der Einstellung älterer Arbeitnehmer zurückschrecken. Gerade mit Blick auf Einarbeitung und Weiterbildung mag mancher Unternehmer gemäß der Humankapitaltheorie kalkulieren: Ihr zufolge dürften die Betriebe einen nur geringen Anreiz haben, ältere Arbeitnehmer in Qualifizierungsmaßnahmen einzubeziehen, da die Älteren eine im Vergleich zu Jüngeren geringere restliche Verweildauer in den Betrieben haben. Anders ausgedrückt: Die Auszahlungsperiode der Weiterbildungserträge ist vergleichsweise kurz (vgl. Bellmann / Leber 2002: 96). Auch ein anderes Kalkül ist betrieblicher Weiterbildung eher abträglich: Gerade durch den allgemeinen Fachkräftemangel könnten andere Unternehmen versuchen, weitergebildete Mitarbeiter abzuwerben und sich somit eigene Aufwendungen für die Qualifizierung sparen. Ein knapper Personalbestand und Engpässe in der Leistungserstellung können schließlich ebenso dazu führen, dass Betriebe auf die Qualifizierung ihres Personals verzichten (Bellmann / Leber 2002: 94). All diese Aspekte lassen eine geringe Beteiligung älterer Arbeitnehmer an betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen erwarten.

Und genau dies lässt sich auch empirisch bestätigen (ebda: 97). Wie aber können Anreize geschaffen werden, um ältere Arbeitnehmer verstärkt in Weiterbildungen einzubinden?

Ein sinnvoller Weg ist bereits im Sozialgesetzbuch 3 implementiert. Denn älteren Arbeitnehmern werden die Kosten für die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen erstattet (SGB III § 417). Gleichzeitig erhält der Arbeitgeber eine Ausgleichszahlung für die weiterbildungsbedingten Ausfallzeiten. Diese Förderung wurde bislang jedoch kaum in Anspruch genommen (HA Hessen Agentur 2005: 111 f.). Darüber hinaus ist es denkbar, die Arbeitnehmer an den Weiterbildungskosten zu beteiligen. Bellmann / Leber (2005: 94) zeigen hierfür zwei Wege auf: Zum einen kann dies auf direkte Art geschehen, indem die Kosten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt werden. Zum anderen kann ein Betrieb aber auch Rückzahlungsklauseln verwenden, die z.B. dann greifen, wenn der weiterqualifizierte Arbeitnehmer den Betrieb wechselt. Da aber eine Kurzbefragung bei hessischen Weiterbildungsanbietern gezeigt hat, dass in den Unternehmen die Notwendigkeit, in die Qualifizierung von älteren Arbeitnehmern zu investieren, noch nicht gesehen wird (HA Hessen Agentur 2005: 98), ist es wohl zunächst in einem ersten Schritt erforderlich, die Unternehmen für die Dringlichkeit dieser Maßnahmen zu sensibilisieren.

Der im Vergleich zu jüngeren hohe Krankenstand älterer Arbeitnehmer stellt eine weitere Barriere für die Integration Älterer in den Arbeitsmarkt dar. Gerade vor dem Hintergrund einer steigenden Lebensarbeitszeit erscheint es notwendig, die Arbeitsfähigkeit der Arbeitnehmer zu fördern bzw. sicherzustellen. Bei der gesundheitlichen Prävention und der betrieblichen Gesundheitspolitik bestehen jedoch große Defizite (Schroeder / Kerschbaumer 2005: 7). Zwar sind in den letzten drei Jahrzehnten für die Menschen im Schnitt fünf gesunde Altersjahre hinzugekommen (Kruse 2002: 136), dennoch sind für die Vermeidung von altersspezifischen Berufsrisiken betriebliche Früherkennungssysteme wie Gesundheitszirkel erforderlich (Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 2003: 47). Die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit wird von entscheidender Bedeutung sein, wenn Maßnahmen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht ins Leere greifen sollen.

Betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen und verstärkte Bemühungen im Gesundheitswesen sind jedoch nur zwei Aspekte mit denen der Arbeitsmarkt der Zukunft der Herausforderung demografischer Wandel begegnen kann. Ganz allgemein gesprochen geht es um die Schaffung einer Unternehmenskultur, die sich nicht am Defizitmodell des Alters orientiert, sondern dem Altern mit entsprechender Wertschätzung gegenüber tritt (vgl. HA Hessen Agentur 2005: 91). Zudem sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl das Entlassungs- wie auch das Einstellungsverhalten der Unternehmen gegenüber älteren Arbeitnehmern beeinflussen (Bertelsmann-Stiftung 2003: 23). Aber wie könnten konkrete Maßnahmen aussehen? Mit Blick auf die Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung ist es geboten, die Anreizstrukturen so zu verändern, dass ein frühzeitiger Renteneintritt an Attraktivität einbüßt. Die Stärkung des Äquivalenzprinzips mit erhöhten Abschlägen bei vorzeitigem Renteneintritt wäre hier eine denkbare Option. Umgekehrt sollte die Weiterarbeit über die gesetzliche Altersgrenze hinaus mit Zuschlägen belohnt werden (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2003: 24; HA Hessen-Agentur 2005: 91). Regelungen, die älteren Arbeitnehmern Brücken in den Ruhestand bauen, sind nicht mehr zeitgemäß. Gleiches gilt für tarifvertragliche Senioritätsprivilegien. So wird u.a. vorgeschlagen, auf das Alter als Kriterium der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen zu verzichten (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2003: 26).

Die Politik versucht, der unzureichenden Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer auf verschiedenen Wegen zu begegnen. So z.B. mit der Initiative 50 plus, die von der Großen Koalition im Jahre 2007 ins Leben gerufen wurde. Demnach können Unternehmen Lohnkostenzuschüsse

erhalten, wenn sie einen Arbeitslosen einstellen, der älter als 50 Jahre ist. Zudem werden Arbeitgeber, die Arbeitslose ab 55 Jahren einstellen, von ihrem Anteil zur Arbeitslosenversicherung freigestellt. Weiterhin wird in kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten die Qualifizierung ab dem 50. Lebensjahr durch die Übernahme der Weiterbildungskosten von der Bundesagentur für Arbeit gefördert, wenn der Arbeitgeber das Arbeitsentgelt fortzahlt. Schließlich kann für Arbeitnehmer ab der Vollendung des 50. Lebensjahres die Differenz zwischen neuem und altem Lohn ausgeglichen werden, sofern diese eine Tätigkeit annehmen, die gegenüber ihrer vorherigen Arbeit schlechter entlohnt ist. Ob diese Schritte taugen, um den Arbeitsmarkt der Zukunft ein Stück weit demografiefest zu machen, bleibt abzuwarten. Ausreichen werden sie wohl nicht.

## 5. Kommunen im demografischen Wandel

Auch für die Kommunen stellt der demografische Wandel eine bedeutende Herausforderung dar. Allerdings sind die Städte und Gemeinden davon nicht in gleichem Ausmaß betroffen: Zwar ist auf der einen Seite der Trend einer schrumpfenden Bevölkerung unverkennbar. Am Beispiel Hessens konnte aber gezeigt werden, dass dieser Trend mitnichten einheitlich verläuft. In einzelnen Regionen sind gravierende Bevölkerungsrückgänge zu erwarten, während die Schrumpfung in anderen Regionen nur bescheiden ausfällt oder zumindest in der kurzen Frist gar noch von Wachstum ausgegangen werden kann. Es gibt folglich regional beträchtliche Unterschiede, die in erster Linie auf Binnenwanderungen zurück zu führen sind. Die knappe Formel von Schmidt / Starman (2006: 13): „Die Menschen folgen den Ausbildungs- und Arbeitsplätzen“ wurde bereits im Kontext der Arbeitsmarktentwicklung aufgegriffen. Doch es spielen auch andere Standortfaktoren für Richtung und Quantität von Binnenwanderungen eine Rolle. Zunächst soll aber ein allgemeiner Problemaufriss erfolgen.

Für die einzelne Kommune stellt ihre Einwohnerzahl eine besonders relevante Größe dar. Sie ist über einwohnerbezogene Finanzausweisungssysteme abhängig von „ihren Menschen“ (Bauer et al. 2006: 7) und versucht daher, im Rahmen ihrer Möglichkeiten über eine die Attraktivität der Kommune erhöhende Standortpolitik auf die Entwicklung ihrer Einwohnerzahl Einfluss zu nehmen. Hierzu bieten sich zahlreiche Optionen an: Falken (2006: 63) verweist z.B. auf die Schaffung finanzieller Anreize z.B. für Studenten, ihren Hauptwohnsitz in die Universitätsstadt zu verlegen (z.B. über die umstrittene Zweitwohnsitzsteuer), nennt aber an vorderster Stelle die Flächenerschließung und -ausweisung für Wohngebiete, Wohneigentumsförderung, Wohnumfeldverbesserung, attraktive Infrastrukturen, Grünflächen und große Sport- und Kulturevents. Diese Maßnahmen sprechen besonders junge Familien an, die eine umfangreiche Daseinsvorsorge (Strom, Wasser, Gas, Verkehr), Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Versorgung (Schulen, Kindergärten) und eine gute Ausstattung mit Einkaufs-, Dienstleistungs- und Freizeitangeboten bevorzugen (Hessischer Landtag 2007: 72).

Der Wettbewerb um Einwohner birgt allerdings eine große Gefahr: Beteiligen sich nämlich alle Kommunen am Standortwettbewerb und unternehmen hohe finanzielle Anstrengungen, um die Attraktivität der Kommune zu erhöhen, so kann die interkommunale Konkurrenz zu einem „ruinösen Wettbewerb“ führen, der „nicht als Nullsummenspiel ablaufen, sondern mehr Verlierer als Gewinner hervorbringen wird“ (Sarcinelli / Stopper 2006: 4; vgl. Falken 2006: 62 f.), denn: Die Einwohnerzahl einer Kommune steigt immer auf Kosten einer anderen (Falken 2006: 63). Zwar wird es Gewinner geben, die womöglich einen Wanderungsüberschuss erzielen. Sobald sich aber kein Wachstum der Einwohnerzahl einstellt, bleiben für die betreffenden Kommunen hohe Ausgabenlasten für ihre Standortpolitik übrig.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Kommunen lassen sich zusammenfassend wie folgt charakterisieren: Einerseits ist zu fragen, wie schrumpfende Kommunen auf den Bevölkerungsrückgang angemessen reagieren können. Gerade Kommunen im ländlichen Raum wird keine rosige Zukunft prognostiziert. Vielmehr besteht die Sorge, diese Gemeinden könnten in eine Abwärtsspirale aus Bevölkerungsrückgang, einer sinkenden öffentlichen Finanzausstattung und einem Abbau von Infrastruktur geraten (Sarcinelli / Stopper 2006: 7). Andererseits müssen alternative Wege zur interkommunalen Konkurrenz gefunden werden. Hier lautet das Stichwort Interkommunale Kooperation. Zunächst widmen wir uns aber den vielfältigen Problemen, mit denen sich schrumpfende Kommunen konfrontiert sehen.

### 5.1 Implikationen schrumpfender Kommunen

Der Rückgang der Geburtenrate führt zu einem deutlichen Rückgang der Kinder- und Schülerzahlen. Die Folge: Schulen müssen geschlossen und/oder zusammengelegt werden. Bis zum Jahr 2015 wird die Zahl der Kinder im Vorschulalter um 14 bis 17 Prozent zurückgehen. Je nach Annahme zu den Wanderungsbewegungen beläuft sich der Rückgang gegenüber 2002 bis zum Jahr 2050 sogar auf 27 bis 40 Prozent. Hiervon sind aller Voraussicht nach besonders kleinere Schulen im ländlichen Raum betroffen. Dies wiederum führt zu einem Attraktivitätsverlust für junge Familien, sich in den betreffenden Gemeinden anzusiedeln, da die Kinder größere Wege zur Schule zurücklegen müssen.

Auch die Wohn- und Siedlungsstruktur bleibt vom demografischen Wandel nicht unberührt. Gerade für den ländlichen Raum wird eine Entleerung von Ortskernen befürchtet; Wohnungen stehen leer, alte Bausubstanz verfällt (Sarcinelli / Stopper 2006: 7; Bose / Wirth 2006: 19). Doch die Siedlungstrends gestalten sich differenzierter, als es diese Prognosen nahe legen. Der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (2005: 2 f.) spricht von der Herausbildung eines neuen Siedlungstyps, der als „Zwischenstadt“ bezeichnet werden kann. „Die einstigen ‚Vororte‘ entwickeln eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber der Kernstadt, sie werden zu einem eigenen Aktionsraum.“ Insgesamt geht der Planungsverband davon aus, dass mit Blick auf die zukünftigen Trends der Siedlungsentwicklung in Frankfurt und der Rhein-Main-Region ein „Nebeneinander von zentrifugalen (vom Zentrum wegführenden) und zentripetalen (zum Zentrum führenden) Kräften“ (Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main 2005: 5) erkennbar sein wird.

Eine schrumpfende Bevölkerung führt, so könnte man meinen, zwangsläufig zu einer sinkenden Zahl an privaten Haushalten, was sich wiederum dämpfend auf die Wohnungsnachfrage auswirken sollte. Infolge der Pluralisierung von Lebensformen und Lebensstilen hat sich die Struktur der Haushalte jedoch enorm gewandelt. Lebten 1950 im damaligen Bundesgebiet noch 6,5 Prozent der Menschen alleine (in 19,4 Prozent aller Haushalte), so stieg dieser Anteil bis 1970 auf 9,3 (25,1 Prozent der Haushalte) und bis 1990 auf 14,8 Prozent (in 33,6 Prozent der Haushalte). Bereits im Jahr 2004 stellten die Ein-Personen-Haushalte die häufigste Haushaltsform in der Bundesrepublik dar (Statistisches Bundesamt 2006: 34). Modellrechnungen gehen davon aus, dass im Jahr 2040 jeder zweite Haushalt von nur einer Person bewohnt werden wird (Hullen 2004: 21 f.).

Auch in Hessen ist die Zahl der Ein-Personen-Haushalte zwischen 1993 und 2003 um 12,6 Prozent gestiegen. Noch stärkeren Zuwachs erfuhren die Zwei-Personen-Haushalte mit 16,7 Prozent, während die Zahl der Drei- und Vier-Personen-Haushalte um 5,2 bzw. knapp 6 Prozent gesunken ist. Gegenwärtig liegt die durchschnittliche Haushaltsgröße in Hessen bei 2,15 Personen und ist in Frankfurt am Main mit 1,8 Personen am niedrigsten (Hessischer Landtag 2007: 94). Während die Bevölkerungszahl in Hessen bis zum Jahr 2020 geringfügig sinkt, wird die Zahl der

Haushalte weiter steigen. Die Enquete-Kommission Demografischer Wandel des Hessischen Landtages (2007: 93) geht bis zum Jahr 2020 von einem Zuwachs von rund 200.000 Haushalten aus, wovon alleine 150.000 Haushalte auf den Regierungsbezirk Darmstadt entfallen. Die Entwicklungen der Bevölkerungszahl und der Haushaltsstruktur sind somit gegenläufig (vgl. Fuchs et al. 2004: 132).

Durch die Alterung der Bevölkerung und den Geburtenrückgang wird aber die Nachfrage nach alten- und pflegegerechtem Wohnraum steigen, während die Nachfrage nach Wohnraum für junge Familien zurückgehen wird (Hessischer Landtag 2007: 95). Da sich die erhöhte Nachfrage nach Wohnungen auf die Zentren und Vorstädte konzentriert und viele Menschen aus ländlichen Gebieten wegziehen, ist gerade in diesen Gegenden mit einem Preisverfall von Wohnraum und Immobilien zu rechnen. „[Dies] hat negative Folgen für Einzeleigentümer, die Immobilien zur Altersvorsorge erworben haben, aber auch für selbstnutzende Eigentümer, die (durch Wohnortwechsel, Arbeitsplatzverlust, Trennung) zum Verkauf von Haus oder Wohnung gezwungen sind (Hessischer Landtag 2007: 98).“

Für den schrumpfenden, ländlichen Raum sind zudem Engpässe in der Versorgung mit Dienstleistungen zu erwarten. „Der Anspruch an die Nahversorgung ist, alles in fußläufiger Entfernung zu haben, insbesondere Bäcker, Metzger und Kleinanbieter“ (Hessischer Landtag 2007: 75). Viele ländliche Regionen können aber schon heute diesem Anspruch nicht mehr gerecht werden. Filialisierte Einzelhändler von Lebensmitteln haben Standortanforderungen, die sich auf die Einwohnerzahl beziehen. Unterschreitet die Zahl der Einwohner im Einzugsgebiet diese Größe, wird die Kette den Standort gar nicht erst in Betracht ziehen bzw. schließen (vgl. Hessischer Landtag 2007: 76).

Auch mit Blick auf kommunale Ver- und Entsorgungsleistungen ergeben sich Probleme. Als Beispiel eignen sich die Trink- und Abwassernetze, die infolge eines Bevölkerungsrückgangs gleichsam einen Verbrauchsrückgang verzeichnen werden (Reichard 2006: 80). Da diese Netze aber auf eine bestimmte Nutzerzahl ausgelegt sind, gestaltet sich die Unterauslastung als problematisch: Während beim Trinkwasser die Gefahr einer Verkeimung besteht, wenn das Wasser zu lange in den Netzen verweilt, führt ein Rückgang des Abwassers zu Ablagerungen, Korrosion und Geruchsbelästigungen (ebda: 80). Für die Betreiber der Anlagen, die Kommunen, die ihre Gebühren nach dem Kostendeckungsprinzip kalkulieren, tut sich eine Zwickmühle auf: Der Rückbau der bestehenden Anlagen ist mit sehr hohen Kosten verbunden. Wird diese Option aber nicht in Betracht gezogen, bleiben die hohen Fixkosten der Anlagen bestehen, die dann auf weniger Nutzer zu verteilen sind (vgl. Reichard 2006: 81, Hessischer Landtag 2007: 74). Wie man es auch dreht und wendet: Die Gebührenlast für die Bürger wird steigen. Dies stellt aber wiederum einen Standortnachteil gegenüber jenen Regionen dar, die mit diesen demografisch bedingten Problemen nicht so stark zu kämpfen haben (vgl. Reichard 2006: 81).

Von Auslastungsproblemen ist auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) betroffen. Gerade die sinkenden Schülerzahlen dürften für die Streckenbetreiber mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden sein. In einigen ländlichen Gebieten nimmt nämlich der Anteil des Ausbildungsverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen des ÖPNV bis zu 90 Prozent ein. Als entlastend könnte sich hingegen die Zusammenlegung von Schulen erweisen, da dadurch längere Wege entstehen (Hessischer Landtag 2007: 80). Die Alterung der Bevölkerung ist für die Betreiber des ÖPNV zunächst positiv zu bewerten, da ältere Menschen im Vergleich zu Personen im erwerbsfähigen Alter wesentlich mehr Wege mit dem ÖPNV zurücklegen. Allerdings spielt in diesem Zusammenhang die Verfügbarkeit eines Führerscheins eine große Rolle: Personen, die sowohl eine Fahrerlaubnis als auch ein Auto besitzen, nutzen den ÖPNV nur in sehr geringem Umfang. Da

allerdings Führerscheinbesitz und Pkw-Verfügbarkeit gerade auch bei älteren Menschen zunehmen, führt dies wiederum zu einem Nachfrageausfall des ÖPNV, der, so schätzt die Enquete-Kommission Demografischer Wandel, „den demografiebedingten Anstieg in etwa ausgleichen dürfte“ (Hessischer Landtag 2007: 80).

## 5.2 Das Problembewusstsein der Betroffenen

Der Überblick über die Implikationen des demografischen Wandels für die Kommunen dürfte verdeutlicht haben, wie vielfältig sich die Herausforderungen für die Städte und Gemeinden darstellen. Doch sind das Thema demografischer Wandel und die daraus erwachsenden Konsequenzen auch „in den Köpfen“ der handelnden Akteure, genauer gesagt der kommunalen Entscheidungsträger, angekommen? Das Forschungsprojekt „Folgen des demographischen Wandels aus Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger“ der Universitäten Koblenz-Landau, Mainz und Trier hat sich diesen Fragen angenommen und 154 kommunale Entscheidungsträger aller kommunalpolitischen Ebenen aus sämtlichen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz in Leitfadenterviews befragt (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz o.J.). Auch in Hessen wurde im vierten Quartal 2004 vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung eine schriftliche Umfrage in hessischen Städten und Gemeinden mit dem Ziel durchgeführt, eine Übersicht über den Stand und die Perspektiven interkommunaler Zusammenarbeit in Hessen zu erhalten (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2006). Schließlich wird auf die Ergebnisse einer repräsentativen E-Mail-Befragung von Bürgermeistern westdeutscher Kommunen aller Größenklassen von Langhagen-Rohrbach und Gretschel (2005) zurückgegriffen. Die Autoren wollten insbesondere wissen, ob das Thema demografischer Wandel die Kommunen erreicht hat und bereits Überlegungen darüber angestellt wurden, „wie mit dieser Herausforderung in der Zukunft umgegangen werden soll“ (Langhagen-Rohrbach / Gretschel 2005: 224).

Die zuletzt genannte Erhebung förderte das Ergebnis zutage, dass sich gerade kleinere Kommunen aus ländlichen Regionen noch nicht umfassend mit dem demografischen Wandel auseinandergesetzt haben. Angesichts der Überlagerung negativer Einflüsse in Form von natürlichen Bevölkerungsbewegungen und Binnenwanderungen in diesen Regionen, wird deutlich, „dass die Auseinandersetzung gerade in diesen Kommunen am ehesten erforderlich wäre“ (Langhagen-Rohrbach / Gretschel 2005: 228). Die Autoren bilanzieren weiter: „[Es] zeigt sich insgesamt, dass in den Kommunalverwaltungen das Thema ‚Demographischer Wandel‘ bis dato noch nicht annähernd so häufig umsetzungsorientiert behandelt wird, wie es angesichts der zu erwartenden Herausforderungen zu erwarten wäre“ (ebda: 226). Mäding (2006: 34) sieht darin jedoch keinerlei Grund zur Verwunderung:

„Wo Veränderungsprozesse langsam, komplex und irritierend sind, ihre Effekte unklar, wo keiner zuständig ist und für vieles fachliche Lösungen noch nicht gefunden sind, wo politischer Druck von ‚oben‘ (Rat, Verwaltungsspitze) und ‚unten‘ (Bürger) fehlt, wäre es verwunderlicher, wenn die Verwaltung das Thema ‚von sich aus‘ in den Vordergrund brächte, vor allem dann, wenn quantitativ und qualitativ die Kapazitäten zur Problemanalyse, Folgenabschätzung und Konzeptentwicklung teils sehr beschränkt sind, teils völlig fehlen. Nur die dramatischen Schrumpfungsprozesse in vielen ostdeutschen Städten haben hinreichende, wenn auch nicht immer rechtzeitige Aufmerksamkeit gefunden und dies eher auf kommunaler als auf staatlicher Ebene.“

Sofern die Befragten eine Stellschraube zur demografischen Entwicklung ihrer Kommune ausfindig machen können, handelt es sich um die Binnenwanderung. „Durch gezielte, die Attraktivität herausstellende Standortpolitik hofft man vielerorts, die ortsansässige Bevölkerung halten und um junge Familien werben zu können“ (Sarcinelli / Stopper 2006: 6). Hierin liegt aber die bereits

angesprochene Gefahr eines ruinösen Wettbewerbs. Denn in der deutschen Finanzverfassung gibt es, so Sarcinelli und Stopper (2006: 8), „nichts ‚Teureres‘ als Einwohner zu verlieren, nichts wird höher ‚prämiert‘ als der Zuzug von Einwohnern“. Der Ausweg aus diesem Dilemma könnte interkommunale Kooperation lauten.

### 5.3 Handlungsoptionen

Aus den Umfragedaten ist erkennbar, dass in vielen Kommunen ein Umdenken stattfindet: Lokales „Kirchtumdenken“ verliert gegenüber Bestrebungen zur interkommunalen Zusammenarbeit immer mehr an Boden. Die Umfrage des hessischen Wirtschaftsministeriums bescheinigt den Gemeinden in Hessen eine große Aufgeschlossenheit gegenüber interkommunaler Kooperation:

„92 Prozent halten interkommunale Kooperation grundsätzlich für ein geeignetes Mittel zur Bewältigung kommunaler Aufgaben und Probleme. Die Befragten begründen diese Sichtweise vor allem mit der Möglichkeit, Sach- und Personalkosten einzusparen, Synergieeffekte zu nutzen und Fachwissen zu bündeln.“ (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2006: 24).

Die Kooperationsaktivitäten weisen dabei für Hessen ein klares Nord-Süd-Gefälle auf: In Nordhessen geben 98 Prozent aller Kommunen eine Kooperation an, während die Werte in Mittelhessen 86 und in Südhessen 77 Prozent betragen (vgl. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2006: 25). Hierin mag sich auch die Dringlichkeit der demografischen Herausforderung in den hessischen Regionen widerspiegeln, die im Norden am höchsten und im Süden vergleichsweise am geringsten ist. Gefragt nach dem konkreten Gegenstand der Kooperationsprojekte dominieren die Wasserver- und -entsorgung, gemeinsame Gefahrgut- und Ordnungsbehördenbezirke, die Abfallwirtschaft und Maßnahmen zur Tourismusförderung (ebda: 26).

Interkommunale Kooperation stellt neben einer Auflockerung der einwohnerzentrierten Verteilung von Zuwendungen die hoffnungsvollste Handlungsoption dar, um einem ruinösen Wettbewerb zwischen den Gemeinden zu entgehen und gleichzeitig vorhandene Potenziale besser zu nutzen. Zu denken ist hier beispielsweise an gemeinsame Organisations- und Trägermodelle, die „die Wirtschaftlichkeit und somit die langfristige Finanzierbarkeit öffentlicher Infrastruktur- und Verwaltungseinrichtungen sichern“ (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2006: 13). Die Studie des Ministeriums hat aber auch gezeigt, dass von den Befragten eine ganze Reihe von Hemmnissen für die Durchführung interkommunaler Kooperationsprojekte angeführt wurden. Hierzu zählen u.a. die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von möglichen Kooperationspartnern, die Befürchtung, eigene Gestaltungsfreiheiten und Bürgernähe zu opfern, eine unterschiedliche Leistungsbereitschaft der Kooperationspartner sowie rechtliche Unsicherheiten (vgl. ebda: 28).

Mit Blick auf Probleme, die sich im Bereich der technischen Infrastruktur ergeben, ist eine vorausschauende Planung notwendig, die zu einer angemessenen Dimensionierung der Anlagen führt (vgl. Mäding 2006: 36). Auch muss in schrumpfenden Regionen der Rückbau von Anlagen gefördert werden, um hohe Folgekosten zu vermeiden (vgl. Falken 2006: 68). Generell sind die demografiebedingten Veränderungen verstärkt zu berücksichtigen. Bauer (2006: 20) fordert „bei allen wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen und kommunalen Maßnahmen“ einen „Demografiecheck bzw. eine Art ‚Demografieverträglichkeitsprüfung‘“, Mäding (2006: 36 f.) wünscht sich „schonungsloses Monitoring, langfristige Prognosen, konzeptionelle Politikentwürfe“ und fordert „klare Zuständigkeiten zu schaffen“ z.B. in Form eines Amtes oder Beauftragten

für Demografie und organisatorischen Veränderungen in den Kommunen. Bose und Wirth (2006: 22) bringen schließlich den Ansatz des „Regional Governance“ ins Spiel: So beruhe der klassische deutsche Ansatz regionaler Kooperation auf dem Territorialprinzip, während Regional Governance aus netzwerkartigen Kooperationsstrukturen besteht, „die auf funktionale Verflechtungen gerichtet und in die neben Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik auch zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden sind (Unternehmer, Interessenvertreter, Vereine).“ Das Ziel besteht darin, die Handlungspotenziale von Akteuren aus unterschiedlichen Handlungskontexten zu nutzen, um regionale Projekte zu realisieren (ebda: 22). Abseits der Bemühungen um eine gute Standortpolitik existieren für die Kommunen folglich auch andere Wege, der demografischen Herausforderung zu begegnen.

## 6. Soziale Sicherungssysteme und das Verhältnis der Generationen

Mediale Aufmerksamkeit erfährt der demografische Wandel zumeist in Verbindung mit seinen Implikationen für die sozialen Sicherungssysteme. Denn neben der Arbeitslosigkeit stellen das Geburtendefizit und die Alterung der Gesellschaft echte Problemfälle für die Sozialversicherung dar. Konzentriert man sich auf die gesetzliche Rentenversicherung<sup>9</sup>, so ist die Rechnung schnell präsentiert: Da die laufenden Renten von den gegenwärtig Erwerbstätigen erwirtschaftet werden, sind mit dem demografischen Wandel gleich zwei Herausforderungen verbunden. Zum einen führen Geburtendefizit und Alterung zu einer Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials. Folglich gibt es in der Zukunft immer weniger Menschen, die ihre Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichten. Zum anderen steigt infolge der Alterung der Gesellschaft die Zahl der Leistungsempfänger in den kommenden Jahrzehnten deutlich an. Im Ergebnis führen weniger Beitragszahler und mehr Rentner zwangsläufig zu einer Schieflage der Rentenkassen. Eine zusätzliche Verschärfung der Schieflage könnte dann eintreten, wenn es nicht gelingt, die steigende Zahl älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Denn für die gesetzliche Rentenversicherung bedeutet Arbeitslosigkeit kürzere Beitragszeiten und, besonders bei älteren Erwerbspersonen, längere Rentenlaufzeiten, wenn ältere Arbeitslose direkt in die Rente überwechseln.

Die sozialen Sicherungssysteme sind nach dem so genannten Umlageverfahren konzipiert. Dieses sieht vor, dass die Versorgung der nicht (mehr) arbeitsfähigen Bevölkerung durch Transfers der jeweils erwerbstätigen Generation sichergestellt wird. Gleichzeitig bedeutet dies, dass der Träger des Systems über eine geringe Liquiditätsreserve hinaus, die in den letzten Jahren stets gedrosselt wurde, zu keinem Zeitpunkt über nennenswertes Vermögen verfügt (vgl. Breyer 2000: 385). Schmid (2006: 40) spricht davon, dass sich das Geben und Nehmen zeitverschoben über den Lebensverlauf verteilt und nennt die jungen Menschen, insbesondere junge Familien, die „Lastesel des Systems“ (ebda: 41), da die ihr übertragenen Aufgaben kaum zu schultern seien: Die jungen Menschen bzw. Familien müssen für die Alterssicherung aufkommen, die Familienbildung und die Erziehung der nachwachsenden Generation übernehmen und gleichzeitig das Not leidende Umlageverfahren durch kapitalgedeckte Eigeninitiative ergänzen. Dabei stellt alleine die Sicherung der laufenden Renten eine heroische Aufgabe dar, die in Zukunft noch schwieriger zu bewältigen sein wird. Denn die Erwerbstätigen der Gegenwart haben nicht nur für die heutigen Rentner zu sorgen, sondern auch für die zweite Gruppe Abhängiger: Die Kinder und Jugendlichen, die sich noch nicht im erwerbsfähigen Alter befinden. Zwar wird diese Gruppe in den kommenden Jahren und Jahrzehnten infolge des Geburtendefizits eher ab- als zunehmen. Der

---

<sup>9</sup> Zwar wird in diesem Abschnitt auf die Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung fokussiert – die Ausführungen treffen aber im Wesentlichen auch auf die Situation der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu.

Anteil der über 65-Jährigen aber wird kräftig steigen, so dass die Erwerbstätigen eine immer größer werdende Zahl an Abhängigen „versorgen“ müssen.

Der so genannte Gesamtlastquotient gibt das Verhältnis von diesen abhängigen, nicht im Erwerbsalter befindlichen Personen (unter 20 oder über 65 Jahre) zu allen Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre) an. So kommen auf der Grundlage der Variante 1 – W1, die eine annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, einen positiven Wanderungssaldo von 100.000 Menschen ab 2014 und eine weiter steigende, in ihrer Dynamik aber abgeschwächte Zunahme der Lebenserwartung unterstellt, derzeit rund 65 Abhängige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Bis zum Jahr 2050 wird sich dieser Quotient auf 94,3 erhöhen: Eine Person im Erwerbsalter wird folglich annähernd eine sich nicht im erwerbsfähigen Alter befindliche Person versorgen müssen. Selbst bei einer Zuwanderung von 200.000 Menschen ab 2020 würde der Gesamtquotient noch immer 90,2 betragen.

### 6.1 Reformoptionen für die gesetzliche Rentenversicherung

Soll der bereits gegenwärtig vorhandenen und sich künftig noch um ein Vielfaches verschärfenden Schiefelage der sozialen Sicherungssysteme Abhilfe geschaffen werden, sind Reformen unumgänglich. Und gerade im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, die bislang jedoch ohne durchschlagenden Erfolg blieben. Vielmehr trugen die Reformen meist den Charakter von „Notoperationen“ am System. Die Schwankungsreserve, auch als Notgroschen der Rentenkasse bezeichnet, wurde verringert oder zusätzliche Steuereinnahmen (z.B. durch die Ökosteuern) den Rentenkassen zugeführt, um den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung stabil halten zu können. Auch die Umstellung der Anpassung der Rentenhöhe von der Brutto- an die Nettolohnentwicklung und einige Nullrunden, also das vollständige Ausbleiben von Rentenerhöhungen, gehören zu dieser Kategorie. All diese Maßnahmen, da in ihrem Charakter meist kurzfristig angelegt, erscheinen jedoch nur bedingt geeignet, der demografischen Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme zu begegnen. Darüber hinaus haben die immer neuen Reformen dazu geführt, dass das Rentensystem „bei vielen Bürgern ins Gerede gekommen ist“ (Voss 2007: 8). Jeder Dritte habe laut einer Allensbach-Umfrage kein Vertrauen mehr in das System, jeder Sechste rechnet damit, im Alter zu verarmen.

Nimmt man denkbare Reformoptionen für die gesetzliche Rentenversicherung in den Blick, so können zunächst vier grundlegende Richtungen unterschieden werden: Reformvorschläge können erstens eine generelle oder partielle Abkehr vom Umlagesystem beinhalten. Hat man aber nicht die Absicht, am Umlageverfahren zu rütteln, so können zweitens Reformvorschläge innerhalb des Systems darauf abzielen, die Einnahmen zu erhöhen oder drittens die Ausgaben zu reduzieren. Viertens ist schließlich an eine Verlängerung der Beitragspflicht zu denken (vgl. Stadtmüller 2004). Zu Reformoptionen, die eine Ergänzung oder gar Abkehr vom Umlagesystem postulieren, zählen die steuerfinanzierte Grundrente, die vorsieht, jedem Bürger ab einer bestimmten Altersgrenze eine in der Höhe festgeschriebene Rente zukommen zu lassen, und das Kapitaldeckungsverfahren. Letzteres hat in Form der privaten Altersvorsorge (auch als „Riester-Rente“ bekannt) zunehmend an Bedeutung gewonnen. Während des Erwerbslebens, so die Idee, soll ein Kapitalstock aufgebaut werden, der dann im Alter aufgezehrt wird. Es wäre allerdings naiv zu glauben, ein Rentensystem, das auf Kapitaldeckung basiert, sei vor der demografischen Entwicklung gefeit. Da der Kapitalstock in Form von Aktien und Anleihen aufgebaut wird, muss es in Zukunft auch genügend Personen geben, die das Kapital übernehmen bzw. auslösen. Andernfalls fallen die Kurse und das Gesparte verliert an Wert (vgl. von Heusinger 2007: 39; Krupp 2007: 44).

Zu Reformoptionen, die innerhalb des Umlageverfahrens eine Erhöhung der Einnahmen anstreben, zählt, neben der aufgrund der hohen Bedeutung der Lohnnebenkosten politisch unerwünschten Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, die so genannte Bürgerversicherung. Sie beinhaltet eine Erweiterung der Beitragsbasis, da sie auf eine Integration von Beamten und Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung abzielt. Schließlich verbreitert eine Erhöhung der Erwerbsquoten in einzelnen Gruppen die Einnahmebasis der Rentenkassen, da auf diese Weise die Anzahl der Beitragspflichtigen steigt. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen gesetzt. Ausgaben begrenzende Maßnahmen stellen dagegen z.B. eine Differenzierung der Rente nach der Kinderzahl oder eben eine Senkung des Rentenniveaus dar. Die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters gehört zu einer Reformoption der vierten Kategorie und wurde bereits vom Gesetzgeber beschlossen (schrittweise Rente mit 67). Sie hat sowohl eine die Einnahmen steigernde als auch eine die Ausgaben begrenzende Wirkung: Durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit werden für eine längere Zeit Beiträge an die Rentenkasse gezahlt und gleichzeitig für eine kürzere Zeitspanne Leistungen in Anspruch genommen.<sup>10</sup> Die Wirksamkeit dieser Maßnahme, die mit der Anpassung an die gestiegene Lebenserwartung begründet wird, lässt sich anhand von Projektionen des Statistischen Bundesamtes (2006b) verdeutlichen. Wie bereits erwähnt steigt der Gesamtlastquotient bis zum Jahr 2050 auf 94,3 an, sofern die Altersgrenze der Erwerbstätigkeit bei 65 Jahren liegt. Wird sie jedoch auf 67 Jahre angehoben, so sinkt der Quotient auf 84,8 – ein Effekt, der sich nicht einmal mit einer um 200.000 Menschen höheren Zuwanderung erreichen ließe.

Doch auch diese Reformoption stößt an ihre Grenzen, wenn gesetzliches und *tatsächliches* Renteneintrittsalter weiter stark divergieren, was u.a. auf Frühverrentungen zurück zu führen ist. Hier könnte die Schaffung von Anreizen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer dafür sorgen, dass sich beide Größen einander annähern. Neben den bereits im Kapitel Arbeitsmarkt dargelegten Handlungsoptionen wird in diesem Zusammenhang auch über eine Erhöhung der Abschläge bei frühzeitigem Renteneintritt diskutiert. So müssen Personen für jeden Monat, den sie vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter in Rente gehen, einen Rentenabschlag von 0,3 Prozent hinnehmen. Erst ein Niveau von 0,6 Prozent wird von Experten als anreizneutral erachtet (vgl. Stadtmüller 2004: 393).

## 6.2 Einstellungen der Bürger zu verschiedenen Reformmaßnahmen

Wie die vorherigen Ausführungen verdeutlicht haben dürften, mangelt es an Reformoptionen für die gesetzliche Rentenversicherung nicht. Doch wie ist es um ihre Akzeptanz in der Bevölkerung bestellt? Einige der bereits diskutierten Optionen wurden den Befragten der Zukunftswerkstatt Deutschland, einer Befragung des Forschungszentrums Demografischer Wandel der Fachhochschule Frankfurt (Näheres zu dieser Befragung in Kapitel 8) vorgelegt. Dabei ging es einmal um Reformoptionen bezüglich des Themas „Arbeiten im Alter“ und zum anderen um Alternativen mit Blick auf „Reformen des Rentensystems“.

Im Zuge der ersten Frage zum Themenkomplex „Arbeiten im Alter“ mussten sich die Befragten entscheiden, welche der folgenden drei Alternativen sie vor dem Hintergrund der Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung am besten bewerten. Die Alternativen lauten:

---

<sup>10</sup> Allerdings besteht auch nach der neuen Regelung die Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren ohne Abschläge mit 65 Jahren in Rente gehen zu können (vgl. Sirleschtov 2007: 3).

- Wir werden alle immer älter, daher können wir alle auch länger arbeiten
- Wir werden alle immer älter, daher können prinzipiell auch alle länger arbeiten. Allerdings muss es Ausnahmen geben, da nicht jeder aus gesundheitlichen Gründen dazu in der Lage ist
- Wir werden alle immer älter aber niemand sollte deshalb länger arbeiten müssen.

Insgesamt konnten sieben von zehn Befragten der Argumentation folgen, mit einer höheren Lebenserwartung solle auch eine verlängerte Lebensarbeitszeit einhergehen. Allerdings waren nur 7,6 Prozent der Meinung, dies solle pauschal für alle Beschäftigten gelten. 62,4 Prozent sprachen sich zwar für eine längere Lebensarbeitszeit aus, diese müsse jedoch Ausnahmefälle berücksichtigen. 30 Prozent wiesen schließlich die Idee einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit generell zurück.

Hinsichtlich der Reformoptionen in der gesetzlichen Rentenversicherung konnten die Befragten zwischen vier Alternativen wählen:

- Die Menschen sollten ihre Altersvorsorge komplett selbst in die Hand nehmen und nicht dem Staat überlassen
- Jeder sollte vom Staat eine monatliche Grundrente in Höhe von 400 Euro erhalten. Wer sich im Alter mehr leisten möchte, muss hierfür selbst frühzeitig vorsorgen
- Alle Menschen, also auch Beamte und Selbständige, sollten in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und später auch aus ihr eine Rente erhalten
- Am bestehenden System der gesetzlichen Rentenversicherung sollte nichts verändert werden.

Hier zeigte sich ein klares mehrheitliches Votum für die so genannte Bürgerversicherung: Fast sieben von zehn Befragten (69,3 Prozent) sprachen sich für diese Reformoption aus, weitere 14,1 Prozent bevorzugten die monatliche Grundrente. Dagegen sprachen sich nur 6 Prozent dafür aus, dass die Menschen ihre Altersvorsorge gänzlich selbst in die Hand nehmen sollten. Schließlich waren 10,6 Prozent der insgesamt 699 Befragungspersonen der Auffassung, am bestehenden System der gesetzlichen Rentenversicherung müsse nichts verändert werden.

Im Rahmen einer Befragung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung aus dem Jahre 2003 sollten die Respondenten für die folgenden sechs Vorschläge jeweils ihre erste und zweite Präferenz angeben:

- Anhebung den Rentenalters
- Erhöhung der Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge vom monatlichen Einkommen
- Verringerung der Höhe der monatlichen Renten
- Die Kinder zwingen, ihre alten Eltern finanziell zu unterstützen
- Frühverrentungsprogramme abschaffen
- Die Rentenhöhe von der Anzahl der Kinder abhängig machen: Je mehr Kinder, desto höher die Rente

Es stellte sich heraus, dass die Frühverrentungen der Bevölkerung offenbar ein Dorn im Auge sind, da diese sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten Präferenz die am häufigsten genannte Reformoption darstellten. Auch der Vorschlag einer Differenzierung der Rente nach der Kinder-

zahl wurde, zusammengerechnet, von mehr als jedem Dritten (36,4 Prozent) befürwortet. Nur knapp 30 Prozent sprachen sich für eine Anhebung des Rentenalters aus, während die Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, die Senkung des Rentenniveaus und besonders die finanzielle Unterstützung der Kinder für ihre Eltern auf eine nur geringe Akzeptanz in der Bevölkerung stießen. Immerhin fast jeder Fünfte hielt keinen der sechs Vorschläge für akzeptabel.

Aus der Gesamtbetrachtung der beiden Befragungen lässt sich eine Präferenz für die Eindämmung der Frühverrentungen, für eine mit Ausnahmen versehene Verlängerung der Lebensarbeitszeit und für die Etablierung einer Bürgerversicherung erkennen, mithin Aspekte, die den Gerechtigkeitsaspekt besonders betonen. In welche Richtung die Reformierung der sozialen Sicherungssysteme letztlich gehen wird ist bislang offen. Aber zumindest scheint der Boden für weitere Reformen bereitet, da auch die Bevölkerung ein simples „Weiter so!“ mehrheitlich ablehnt.

### 6.3 Das Verhältnis der Generationen

Vor dem Hintergrund der bereits skizzierten steigenden Last für die junge Bevölkerung wurden in den vergangenen Jahren Stimmen, die einen Generationenkonflikt oder gar einen „Krieg der Generationen“ (Schirrmacher 2004: 54 ff.) prophezeien, lauter.<sup>11</sup> Doch besitzen diese Äußerungen ein solides empirisches Fundament? Mit den Daten der Population Policy Acceptance Study (PPAS), einem von der EU-Kommission geförderten Projekt zur Erfragung von Meinungen und Einstellungen zum demografischen Wandel kann diesen Fragen nachgegangen werden. Diese Studie enthält nämlich einige Fragen zum Generationenverhältnis und zu Einstellungen gegenüber älteren Menschen.<sup>12</sup>

In der folgenden Tabelle 6 sind nun die Ergebnisse der PPA-Studie getrennt nach vier Altersgruppen abzulesen. Hierbei geht es zunächst um verschiedene Ansichten über die ältere Generation. Sollte die These eines Generationenkonflikts zutreffen, so müssten sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen erkennen lassen. Ausgewiesen sind in der Tabelle stets die kumulierten Anteilswerte derjenigen Befragten, die der entsprechenden Aussage voll und ganz oder zumindest tendenziell zustimmten.

---

<sup>11</sup> Neben dem Alten- oder Gesamtlastquotienten liefert auch die so genannte Nachhaltigkeitslücke Nahrung für die These eines möglichen Generationenkonflikts. Sie wird jährlich vom Freiburger Ökonom Bernd Raffelhüschen ermittelt und zeigt wie groß die Rücklagenbildung sein muss, damit das heutige Leistungsniveau auch in Zukunft finanzierbar bleibt: Derzeit beträgt die Nachhaltigkeitslücke 275,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (vgl. Haacke 2007: 5). Das BIP belief sich in Deutschland in 2006 auf ca. 2300 Milliarden Euro.

<sup>12</sup> Für die Bereitstellung der Daten durch das Statistische Bundesamt und das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung möchten wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken.

**Tabelle 6: Einstellungen zu älteren Menschen in Abhängigkeit vom Lebensalter der Befragten**

Aussage	20-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-65 Jahre
Dank ihrer großen Erfahrung sind ältere Menschen ein wertvoller Bestandteil für die Gesellschaft.	82,5%	87,8%	89,9%	94,6%
Ältere Menschen sind ein Hindernis für Veränderungen.	22,6%	15,7%	13,6%	11,5%
Die jüngeren Generationen können von der Anwesenheit, dem Wissen und der Erfahrung älterer Menschen profitieren.	86,4%	88,9%	91,8%	94,4%
Ältere Menschen sind eine Last für die Gesellschaft.	12,2%	10,7%	9,3%	10,6%
Ältere gewährleisten die Aufrechterhaltung traditioneller Werte in der Gesellschaft.	66,8%	72,1%	76,4%	84,7%
Ältere Menschen sind eine wichtige Quelle für emotionale Unterstützung.	63,0%	68,9%	75,1%	80,2%
Die ältere Generation ist nicht mehr produktiv und stellt eine ökonomische Belastung für die Gesellschaft dar.	24,2%	21,5%	21,3%	17,0%
Die Gesellschaft sollte die Rechte der älteren Menschen berücksichtigen.	89,4%	90,8%	93,0%	95,5%
Die Gesellschaft sollte die Probleme der älteren Menschen berücksichtigen.	90,1%	92,2%	94,3%	95,7%

Ausgewiesen sind die kumulierten Anteile derjenigen Befragten, die der entsprechenden Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmten.

Zwei Dinge werden besonders deutlich: Einerseits ist erkennbar, dass die positiven Einstellungen zu älteren Menschen mit steigendem Lebensalter der Befragten zunehmen. Dies mag jedoch nicht weiter überraschen und spricht per se nicht für eine Kluft oder gar einen Konflikt zwischen den Generationen. Denn zweitens ist auch ersichtlich, dass die Einstellungen gegenüber der älteren Generation insgesamt sehr positiv ausgeprägt sind. Beispielhaft stehen hierfür die hohen Zustimmungswerte bezüglich des „Wertes“ der älteren Menschen (Aussagen 1, 3 und 6), der Konsens im Hinblick auf eine stärkere Berücksichtigung der Rechte und Probleme Älterer (Aussagen 8 und 9) und die insgesamt sehr niedrigen Zustimmungswerte in Bezug auf jene Aussagen, die in älteren Menschen eine Last für die Gesellschaft unterstellen (Aussagen 4 und 7). Das Altersbild der „Jungen“ im Alter zwischen 20 und 39 Jahren ist somit positiv, altersdiskriminierende Antworten bilden die Ausnahme. Von einem Generationenkonflikt kann angesichts dieser Daten nicht die Rede sein. Dies bestätigt auch die folgende Tabelle, die Einstellungen zum Thema Pflege von älteren Menschen darstellen.

**Tabelle 7: Einstellungen zur Pflege von älteren Menschen in Abhängigkeit vom Lebensalter der Befragten**

Aussage	20-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-65 Jahre
Die Kinder sollten sich um die älteren Menschen kümmern.	67,5%	72,1%	76,6%	78,8%
Wenn meine Eltern alt sind und sich die Notwendigkeit ergibt, würde ich sie bitten, bei mir zu wohnen.	51,6%	52,9%	49,2%	48,0%
Alte Menschen sollten in Seniorenleben leben.	17,4%	15,4%	15,9%	16,3%
Es ist nicht die Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern.	16,0%	13,5%	13,5%	14,5%

Ausgewiesen sind die kumulierten Anteile derjenigen Befragten, die der entsprechenden Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmten.

Auch hinsichtlich des Themas Pflege von älteren Menschen zeigt sich das bereits bekannte Bild: Zwar befürworten die Jüngeren die Aussage „Die Kinder sollten sich um die älteren Menschen kümmern“ in der Gesamtbetrachtung etwas weniger als Ältere. Die breite Mehrheit zieht aber die Pflege älterer Menschen innerhalb der Familie der Pflege in Seniorenheimen vor und widerspricht der Aussage, die Pflege der Eltern sei nicht die Aufgabe der Kinder.

Die Befunde liefern in der Zusammenschau keine Indizien für einen gegenwärtigen Konflikt zwischen den Generationen. Ob dieser auch für die Zukunft ausgeschlossen werden kann, bleibt ungewiss. Zwei Dinge sprechen jedoch gegen die Konfliktthese: Erstens fehlt auf der Grundlage dieser Daten eine „attitudinale Basis“, die für die Entstehung eines solchen Konfliktes notwendig ist. Anders ausgedrückt: Personen, die einem Generationenkonflikt das Wort reden, fallen mit ihren Äußerungen aktuell auf keinen fruchtbaren Boden. Zweitens dienen seit jeher intergenerationale Kontakte in der eigenen Familie als „Puffer“ für Konflikte zwischen den Altersgruppen insgesamt. Zwar werden diese Kontakte im Zuge der demografischen Entwicklung und des Wandels der Familienformen quantitativ (weiter) abnehmen. Dass dies jedoch auch für die Qualität dieser Beziehungen gelten wird, ist bislang nicht erkennbar.

## 7. Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt haben Konjunktur. Erst im Frühjahr 2009 widmete die ARD ihre Themenwoche unter dem Motto „Ist doch Ehrensache! Wie Menschen sich für die Gesellschaft engagieren“ diesem Gegenstand. Die Popularität dieses Themas ist auf die demografische Entwicklung und weitere aktuelle Gesellschaftsentwicklungen zurückzuführen; hierzu zählen „zunehmende Individualisierung, soziale Desintegration, Verlust sozialer Bindungen, geringer werdendes Interesse an Politik und das Schwinden der Leistungsfähigkeit traditioneller Sozialsysteme“ (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2009: 7).

Die folgenden Ausführungen sollen Anhaltspunkte mit Blick auf die Frage liefern, welches Potenzial bürgerschaftlichem Engagement im Zuge der demografischen Entwicklung tatsächlich zugeschrieben werden kann. Zunächst geht es darum zu zeigen, welche Rolle für die so genannte Generation der „Babyboomer“ bürgerschaftliches Engagement bereits heute spielt und inwieweit sich diese Gruppe die Übernahme eines Ehrenamts vorstellen kann. Diese Analysen erfolgen vor dem Hintergrund gleich mehrerer Überlegungen: Erstens bilden die Babyboomer eine besonders

stark besetzte Alterskohorte, die, durch ihren sukzessiven Übergang in den Ruhestand und in das höhere Alter, eine wesentliche Triebfeder des demografischen Alterungsprozesses und der künftig zu erwartenden finanziellen Schieflage der sozialen Sicherungssysteme darstellen wird. Zweitens werden in dieser Kohorte im Zuge des Übergangs in den Ruhestand zeitliche Ressourcen frei, die für ein bürgerschaftliches Engagement genutzt werden könnten. Gelingt es folglich, einen hohen Anteil dieser stark besetzten Kohorte für ein Engagement zu gewinnen, so hat dies positive Effekte auf das künftige Potenzial bürgerschaftlichen Engagements. Drittens erfolgt die Analyse der gegenwärtigen Engagementquote der Babyboomer vor dem Hintergrund des bekannten Befundes, wonach bürgerschaftliches Engagement ein Verhalten darstellt, das im Zuge seiner Ausführung internalisiert wird, mit anderen Worten: für Personen, die bürgerschaftlich aktiv sind, ist es höchst wahrscheinlich, dass dieses Engagement auch beibehalten wird.

Der zweite Analyseschwerpunkt beschäftigt sich mit der Zielgruppe bürgerschaftlichen Engagements. Hier geht es darum zu untersuchen, inwieweit bereits heute ältere Menschen als Empfänger von bürgerschaftlichen Aktivitäten profitieren und welche Faktoren die Ausrichtung eines Engagements an älteren Menschen beeinflussen. Vor diesem Hintergrund soll ebenfalls abgeschätzt werden, wie es um das künftige Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement für Ältere bestellt ist. Durch ihre in den nächsten Jahren und Jahrzehnten rasant steigende Zahl dürfte der Unterstützungsbedarf in dieser Gruppe in Zukunft mit am höchsten sein, zumal vielfach die Hilfe- und Betreuungsmöglichkeiten im familiären Umfeld nachlassen oder gar gänzlich wegfallen und der Rückgriff auf private Anbieter in manchen Fällen nicht gewünscht oder auch nicht finanzierbar ist.

Bevor die Analyse dieser beiden Aspekte erfolgt ist es notwendig, in einem ersten Schritt die Begriffe bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt genauer zu definieren und das den Analysen zugrunde liegende Datenmaterial vorzustellen.

### **7.1 Begriffsbestimmung und Datenmaterial<sup>13</sup>**

Das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland wird, je nach Studie, zwischen 10% und über 40% der Bevölkerung geschätzt. Diese enormen Schwankungen mögen z.T. mit dem unterschiedlichen Studien- und Stichprobendesign erklärt werden können, sie spiegeln aber auch die Schwierigkeiten in der begrifflichen Abgrenzung des bürgerschaftlichen Engagements selbst wider. Die Eckpfeiler des bürgerschaftlichen Engagementbegriffs: Freiwilligkeit, Öffentlichkeit und Organisationsbindung schließen bei enger Auslegung einen Teil des bürgerschaftlichen Engagements aus. So werden viele fluide Formen der Nachbarschaftshilfe nicht gezählt, obwohl sie für die betroffenen Familien bzw. Menschen verlässliche und womöglich auch langfristige Formen der Unterstützung darstellen. Bei sehr weiter Auslegung des bürgerschaftlichen Engagements werden hingegen Tätigkeitsformen erfasst, die nur formal den Charakter der Freiwilligkeit tragen, für den Einzelnen jedoch Erwerbscharakter haben. Mancher Trainer im Sportverein oder einige Lehrbeauftragte an Hochschulen „leben“ in erheblichem Umfang von den Aufwandsentschädigungen bzw. Anerkennungszahlungen (vgl. hierzu auch Corsten/Kaupert 2007: 347f.).

Die folgenden Auswertungen zum bürgerschaftlichen Engagement basieren auf der zweiten Erhebungswelle des Freiwilligensurveys aus dem Jahre 2004. Diese Studie, vom Bundesministeri-

---

<sup>13</sup> Die Ausführungen dieses Kapitels zu Begriffsbestimmung und Datenmaterial stellen Auszüge aus einer Expertise mit dem Titel „Wandel der Familienformen in Deutschland und die Bedeutsamkeit des bürgerschaftlichen Engagements für das Familienleben“ (Klocke/Stadtmüller 2009) dar.

um für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Auftrag gegeben und von TNS Infratest durchgeführt, enthält Informationen von 15.000 Personen über die Ausübung sowie die Art und den Umfang von Freiwilligenarbeit, ehrenamtlichen Tätigkeiten und bürgerschaftlichem Engagement. Die zufällige Auswahl der Haushalte und, auf der untersten Ebene, der Befragungspersonen stellt sicher, dass die Erhebung für die Wohnbevölkerung Deutschlands ab 14 Jahren repräsentativ ist. Die Befragung erfolgte per Telefon (CATI) und anhand eines vornehmlich standardisierten Fragebogens. Schließlich ist zu beachten, dass es sich beim Freiwilligensurvey um eine disproportional geschichtete Stichprobe handelt: So sind z.B. kleinere Bundesländer über-, größere Bundesländer, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund dagegen unterrepräsentiert. Dieser Umstand kann z.T. durch die Verwendung von im Datensatz vorhandenen GewichtungsvARIABLEN aufgefangen werden (näheres zur Methodik des Freiwilligensurveys siehe Gensicke et al. 2006: 357 ff.).

Der Freiwilligensurvey 2004 grenzt „freiwilliges Engagement“ zunächst von „Gemeinschaftsaktivität“ ab, eine aktive Teilnahme (z.B. im Sportverein) ohne besonderes Engagement, um dann sowohl „formelle“ wie „informelle“ Formen des bürgerschaftlichen Engagements zu betrachten (Gensicke 2005: 33f.). Hierbei bleiben die informellen Formen des bürgerschaftlichen Engagements auf Aktivitäten innerhalb von Organisationen, Gruppen oder Einrichtungen bezogen, in denen kein Amt (Vorstand, Kassenwart o.ä.) ausgeübt wird. Informelle Formen des bürgerschaftlichen Engagements außerhalb solcher Einrichtungen, z.B. Nachbarschaftshilfe, werden jedoch nicht erfasst.

Im Rahmen des Freiwilligensurveys gilt eine Person als bürgerschaftlich aktiv, sofern sie angibt „außerhalb von Familie und Beruf irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe“. Im Anschluss wird der Bereich des Engagements eingegrenzt, ehe schließlich der Formalitätsgrad abgefragt wird: „Uns interessiert nun, ob Sie in den Bereichen, in denen Sie aktiv sind, auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben oder in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen engagiert sind. Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung ausübt.“ Demnach gilt im Folgenden eine Person als bürgerschaftlich engagiert, sofern sie eine derartige Aufgabe ausübt.

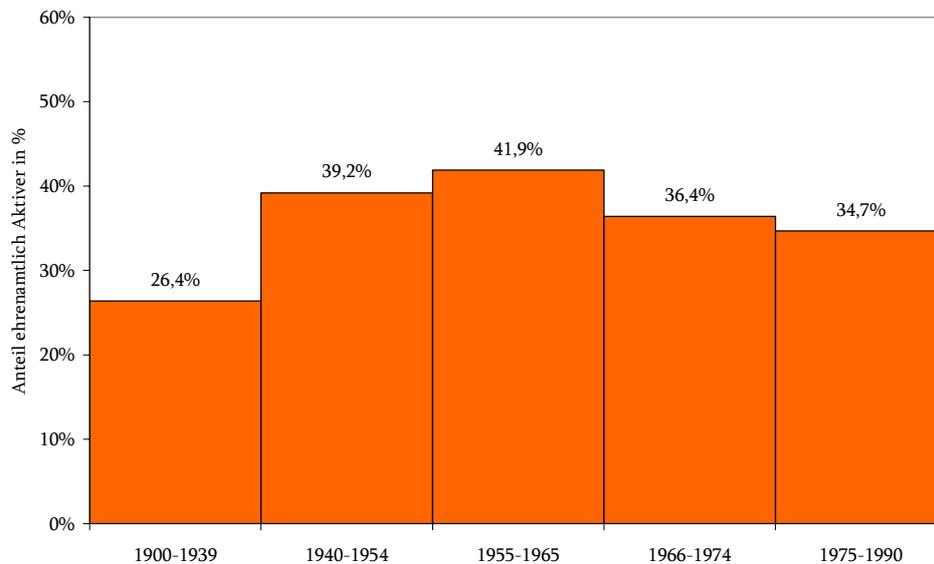
Um darüber hinaus das zusätzliche Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement abzuschätzen, wurde an die Nicht-Engagierten die folgende Frage gerichtet: „Wären Sie heute oder zukünftig interessiert, sich in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen zu engagieren und dort Aufgaben oder Arbeiten zu übernehmen, die man freiwillig oder ehrenamtlich ausübt?“. Antwortet die Befragungsperson auf diese Frage mit „ja“ so gilt sie im Folgenden als „potenziell engagiert“.

Schließlich spielt im Rahmen des zweiten Analyseaspekts die Zielgruppe des ehrenamtlichen Engagements, und hier besonders die Zielgruppe der älteren Menschen, eine Rolle. Um Personen ausfindig zu machen, die ihr Engagement älteren Menschen zukommen lassen, wurde auf die folgende Frage zurückgegriffen: „Geht es bei dieser Tätigkeit speziell um einen der folgenden Personengruppen?“. Neben älteren Menschen werden der Befragungsperson einige weitere Personengruppen, so z.B. Kinder und Jugendliche, Frauen, Behinderte oder Ausländer, als Antwortmöglichkeiten genannt.

## 7.2 Bürgerschaftliches Engagement der „Babyboomer“

Als die Generation der „Babyboomer“, auch als die geburtenstarken Jahrgänge bekannt, werden im Folgenden jene Personen verstanden, die zwischen 1955 und 1965 geboren wurden. In einem ersten Schritt wird nun analysiert, welche Rolle bürgerschaftliches Engagement für diese Alterskohorte spielt. Aus den Ergebnissen lassen sich dann erste Ableitungen hinsichtlich des künftig erwartbaren Potenzials an bürgerschaftlichem Engagement durch diese Geburtsjahrgänge treffen.

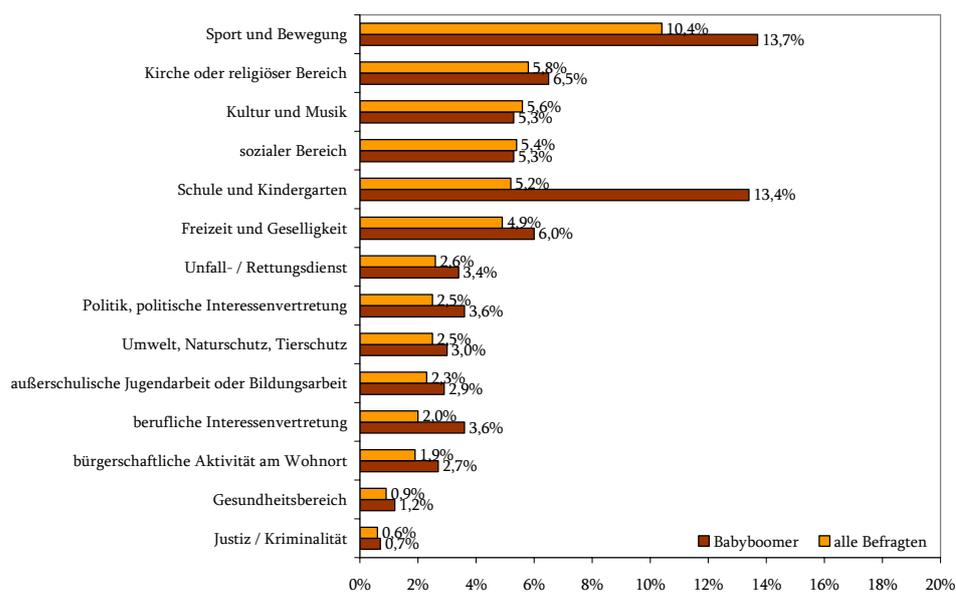
**Abbildung 7: Der Anteil der bürgerschaftlich Aktiven in einzelnen Geburtskohorten**



Wie aus Abbildung 7 zu entnehmen ist, weisen die Babyboomer im Kohortenvergleich die höchste Engagementquote auf. Mehr als vier von zehn Befragte, die zwischen 1955 und 1965 geboren wurden, üben mindestens eine ehrenamtliche Tätigkeit aus. Nur die Vorgängerkohorte erreicht ein annähernd hohes Niveau, während die nachfolgenden Kohorten Werte aufweisen, die bereits um 5 bzw. 7 Prozentpunkte darunter liegen. Erwartungsgemäß fällt die Engagementquote bei der ältesten Befragtengruppe mit 26,4 Prozent am geringsten aus.

Richtet man in der Folge den Blick auf die Engagementbereiche der Babyboomer im Vergleich zu den übrigen Befragten, so zeigt sich das in Abbildung 8 dargelegte Bild. Aufgrund ihres allgemein größeren Engagements übertreffen die bereichsspezifischen Engagementquoten der Babyboomer mit Ausnahme des sozialen Bereichs und des Sektors Kultur und Musik stets jene der restlichen Befragungspersonen. In zwei Sektoren sind diese Unterschiede jedoch besonders markant: Dies gilt zuvorderst für den Bereich Schule und Kindergarten, in dem 13,4 Prozent aller zwischen 1955 und 1965 Geborenen mindestens eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben, während dies auf nur 5,2 Prozent der übrigen Befragungspersonen zutrifft. Und auch im Sektor Sport und Bewegung sind die Babyboomer überdurchschnittlich engagiert. Gleiches gilt im Übrigen auch für Aktivitäten, die generell einen politischen Charakter aufweisen.

**Abbildung 8: Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements der Babyboomer im Vergleich zu den übrigen Geburtskohorten**



Da es sich bei Tätigkeiten in Schule und Kindergarten um Aktivitäten handelt, die in aller Regel mit dem Austritt des eigenen Kindes aus diesen Institutionen endet, wäre es eine viel versprechende Strategie, diese Personen, die fraglos eine Disposition zu bürgerschaftlichem Engagement aufweisen, für andere Tätigkeiten zu gewinnen.

Zum Abschluss dieses ersten Analyseschritts rücken nun die bislang noch nicht Engagierten in den Blickpunkt. Diese wurden gefragt, ob sie sich prinzipiell die Übernahme eines Ehrenamts vorstellen können. Hier zeigt sich, dass der Anteil der Befragten, die diese Frage mit „ja“ beantworten, mit zunehmendem Lebensalter abnimmt. So kann sich knapp ein Drittel der nach 1975 geborenen Befragten (30,4 Prozent) dies vorstellen, in der Babyboomer-Generation ist es dagegen nur noch rund jeder Fünfte (20,3 Prozent). Allerdings schließen umgekehrt nur knapp vier von zehn Nicht-Engagierten der Jahrgänge zwischen 1955 und 1965 die Übernahme eines bürgerschaftlichen Engagements (38,7 Prozent) kategorisch aus. Weitere 39,9 Prozent können sich unter Umständen vorstellen, aktiv zu werden.

Somit kann bilanziert werden, dass die geburtenstarken Jahrgänge über eine hohe Disposition in Bezug auf bürgerschaftliches Engagement verfügen – sowohl was die gegenwärtige Ausübung als auch eine mögliche Übernahme einer bürgerschaftlichen Aktivität betreffen. Das künftige Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement ist vor diesem Hintergrund als hoch einzuschätzen.

### 7.3 Bürgerschaftliches Engagement für ältere Menschen

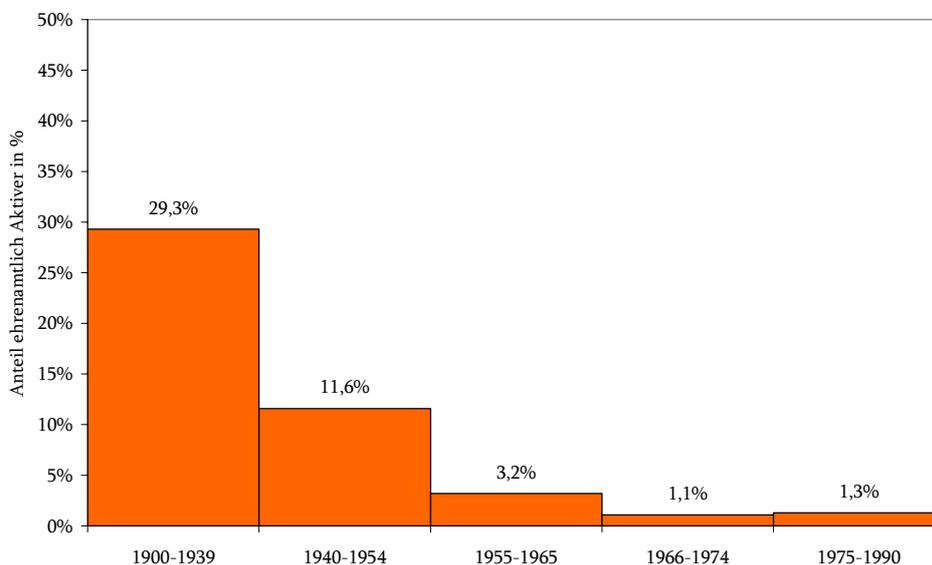
In diesem Kapitel soll nun dargestellt werden, inwieweit ältere Menschen von bürgerschaftlichem Engagement profitieren. Die konkrete Form des Engagements kann dabei sehr vielfältig sein: Zu denken ist beispielsweise an Betreuungs- und Beratungsangebote, aber auch an Engagierte, die sich um Kultur-, Freizeit- oder Sportangebote für ältere Menschen kümmern.

Den Antworten der ehrenamtlich Aktiven ist zu entnehmen, dass rund vier von zehn Befragten keinen speziellen Personenkreis ausmachen können, an den sich ihr Engagement richtet. Ähnlich hoch ist der Wert für Kinder und Jugendliche: 36,2 Prozent aller Aktivitäten orientieren sich an dieser Zielgruppe – der mit Abstand höchste Wert, sofern ein spezieller Personenkreis als Zielgruppe des Engagements von den Befragten ausgemacht werden konnte. Dahinter folgen aber

schon die Senioren: 7,1 Prozent aller bürgerschaftlich Aktiven richten ihr Angebot an ihnen aus. Somit sind Senioren als Zielgruppe bürgerschaftlichen Engagements prominenter vertreten als beispielsweise Familien, Frauen, Migranten oder Behinderte. Im Folgenden geht es darum zu zeigen, welche sozialstrukturellen Merkmale ein bürgerschaftliches Engagement für ältere Menschen begünstigen. Untersucht werden dabei die Merkmale Alter, Geschlecht und formales Bildungsniveau. Auf dieser Grundlage kann versucht werden abzuschätzen, wie es um das Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement für ältere Menschen in Zukunft bestellt sein wird.

Blickt man zunächst auf das Geschlecht, so beträgt der Anteil der Männer, die ihr Engagement an Senioren ausrichten, 4,4 Prozent. Bei Frauen liegt er dagegen mit 9,6 Prozent mehr als doppelt so hoch. Folglich sind Frauen in weitaus stärkerem Maße als Männer für Senioren engagiert. Hinsichtlich des Alters wird, in Anlehnung an die Ausführungen im vorherigen Kapitel, auf die dort verwendete Einteilung in Generationen zurückgegriffen.

**Abbildung 9: Bürgerschaftliches Engagement für Senioren in Abhängigkeit von der Generationenzugehörigkeit**



Es ist klar ersichtlich, dass Ältere ihr Engagement wiederum verstärkt an älteren Menschen ausrichten. So stellen für die Geburtsjahrgänge 1900 bis 1939 die Senioren eine sehr beliebte Zielgruppe ihrer Aktivität dar (zu 29,3 Prozent). Auch in der zweitältesten Kohorte ist ehrenamtliches Engagement für Senioren mit 11,6 Prozent noch überproportional ausgeprägt, da sich insgesamt, wie eingangs erwähnt, 7,1 Prozent aller ehrenamtlich Aktiven für diese Gruppe engagieren. Je jünger die Befragten sind, desto geringer wird jedoch die Orientierung an Senioren im Rahmen eines Engagements. Unter den Babyboomern finden sich nur 3,2 Prozent, die für ältere Menschen aktiv sind, in den beiden jüngsten Alterskohorten sind es sogar nur 1,1 bzw. 1,3 Prozent. Bedeutet dies nun, dass sich die künftigen Generationen nicht mehr für Senioren engagieren werden? Nicht unbedingt – denn offenbar scheint bürgerschaftliches Engagement für Senioren ein Phänomen zu sein, dass sehr stark dem Lebenszyklus unterworfen ist. Mit anderen Worten: Je älter man wird, umso stärker ist die Neigung, sein Engagement älteren Menschen zugute kommen zu lassen. Nichtsdestotrotz erscheint es viel versprechend, auch bei Jüngeren verstärkt für ein seniorenbezogenes bürgerschaftliches Engagement zu werben, da sich auf diese Weise ein solches Verhalten frühzeitig etablieren könnte.

Die Berücksichtigung des Bildungsabschlusses fördert schließlich ein wenig überraschendes Ergebnis zutage: Demnach sind es die Absolventen der Volks- bzw. Hauptschule, die sich am stärksten (zu 14,7 Prozent) für Senioren engagieren. Dahinter folgen Befragte mit Fachhochschulreife (zu 8,8 Prozent), Befragte mit Mittlerer Reife (zu 6,9 Prozent) und Personen mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium (zu 5,9 Prozent). Deutlich unterproportional verhält es sich hinsichtlich bürgerschaftlichen Engagements für Ältere bei den Befragten mit Abitur, die kein abgeschlossenes Studium vorweisen (zu 3,9 Prozent). Diese Ergebnisse dürften jedoch ein Resultat der Alterseinflüsse darstellen, da ältere Personen (die sich verstärkt für Ältere einsetzen) zu größeren Anteilen über einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss verfügen. Ähnlich könnte das Ergebnis zu interpretieren sein, wonach die Bindung an die Kirche einen positiven Einfluss auf bürgerschaftliches Engagement für Senioren ausübt.

In einem abschließenden Schritt wurden daher einige Merkmale der Befragten simultan in ein Erklärungsmodell für bürgerschaftliches Engagement für Senioren integriert, um herauszufinden, welche Einflussgrößen ein solches, an älteren Menschen ausgerichtetes Engagement, am stärksten begünstigen.<sup>14</sup> In Tabelle 8 sind die berücksichtigten Merkmale und ihre Ausprägungen enthalten:

**Tabelle 8: Berücksichtigte Merkmale für die Analyse der Einflussgrößen hinsichtlich eines bürgerschaftlichen Engagements für ältere Menschen**

<b>Merkmal</b>	<b>Ausprägungen</b>
Generationszugehörigkeit	1900-1939 1940-1954 1955-1965 1966-1974 1974-1990
Geschlecht	männlich weiblich
Region	alte Bundesländer neue Bundesländer
formales Bildungsniveau	Haupt-/Volksschulabschluss Realschulabschluss / Mittlere Reife Fachhochschulreife / Fachabitur Hochschulreife / Abitur Hochschulabschluss
Erwerbsstatus	erwerbstätig (Voll- oder Teilzeit) nicht erwerbstätig (sämtliche Formen)
Personen im Haushalt	allein lebend mit mehreren Personen im Haushalt
Verwurzelung am Heimatort	lebe dort seit meiner Geburt lebe dort seit mindestens 10 Jahren lebe dort zwischen 3 und 10 Jahren lebe dort seit weniger als 3 Jahren
Kirchenbindung	gehöre keiner Kirche an Kirchenmitglied mit geringer Kirchenbindung Kirchenmitglied mit mittlerer Kirchenbindung Kirchenmitglied mit starker Kirchenbindung

<sup>14</sup> Das hierzu angewendete Verfahren ist die logistische Regression (siehe z.B. Backhaus 2008). Diese ermöglicht es, den eigenständigen Erklärungsbeitrag bzgl. eines bürgerschaftlichen Engagements für Senioren für alle in Tabelle 8 aufgeführten Merkmale zu ermitteln.

Als einflussreichstes Merkmal erweist sich, wie bereits vermutet, die Generationszugehörigkeit bzw. das Alter: So gehen die Geburtsjahrgänge 1900 bis 1939 und 1940 bis 1954 im Vergleich zu den übrigen Alterskohorten zu signifikant höheren Anteilen einem bürgerschaftlichen Engagement nach, das sich an Senioren richtet, wobei das seniorenbezogene Engagement der ältesten Kohorte am stärksten ausgeprägt ist. Ebenfalls sehr einflussreich ist der Erwerbsstatus: Demnach ist das seniorenbezogene bürgerschaftliche Engagement bei Erwerbstätigen signifikant geringer als bei Nichterwerbstätigen. Auch das Geschlecht weist einen hohen eigenständigen Einfluss auf: So ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen ihr bürgerschaftliches Engagement an Senioren ausrichten, mehr als 2,5 mal höher als bei Männern. Weiterhin spielt die Bildung eine Rolle, auch wenn deren Einfluss vergleichsweise gering ist. Insbesondere Personen mit Hochschulabschluss sind signifikant seltener für Senioren aktiv als Absolventen der Haupt- bzw. Volksschule. Schließlich geht auch von der Haushaltsgröße ein Effekt aus: Alleinlebende engagieren sich demnach signifikant stärker für Senioren als Personen, die mit anderen zusammen in einem Haushalt leben. Die Kirchenbindung, die Verwurzelung im Wohnort und die Region spielen mit Blick auf bürgerschaftliches Engagement für Senioren dagegen keine Rolle.

Was folgt aus diesen Befunden in Bezug auf das künftige Potenzial bürgerschaftlichen Engagements für Senioren? Die hohe Abhängigkeit von der Generationszugehörigkeit ist sicherlich positiv zu bewerten, entspricht sie doch einer vielfach vorhandenen Idealvorstellung, dass sich einige der „jungen Alten“ den alten Menschen und den Hochbetagten annehmen. Gelänge es gleichzeitig, junge Menschen, aber auch Männer stärker für ein seniorenbezogenes bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen, so würde sich dies ebenfalls sehr positiv auf das künftige Potenzial auswirken. Die Ergebnisse, die mit Blick auf Bildung und Erwerbstätigkeit zutage treten, lassen vermuten, dass gerade für hoch Qualifizierte oftmals nicht die (zeitliche) Möglichkeit besteht, ein bürgerschaftliches Engagement zu übernehmen. Angesichts der stetig steigenden Anforderungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt sind hier keine entlastenden Effekte zu erwarten. Schließlich könnte, so paradox es klingen mag, in der Vereinzelung der Gesellschaft, die sich z.B. an sinkenden Haushaltsgrößen und steigenden Scheidungsraten ablesen lässt, weiteres Potenzial für bürgerschaftliches Engagement für Senioren stecken: Es zeigt sich nämlich, dass Alleinlebende sich signifikant stärker für Senioren engagieren als Personen, die mit mehreren Personen zusammen in einem Haushalt wohnen.

## **8. Der demografische Wandel aus der Sicht der Bevölkerung**

In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat der Begriff demografischer Wandel in den Medien an Popularität gewonnen. Den Höhepunkt der medialen Berichterstattung markierte im Frühjahr 2008 die ARD-Themenwoche „Mehr Zeit zu leben – Chancen einer alternden Gesellschaft“, die sich im Rahmen von zahlreichen Sendungen in Fernsehen und Hörfunk der demografischen Entwicklung annahm. Gleichzeitig spiegelte die Themenwoche auch eine neue Form des Diskurses über eine alternde und schrumpfende Bevölkerung wider. Der „Krisendiskurs“, der den demografischen Wandel stets als Schreckensszenario darstellte, wurde abgelöst durch eine Berichterstattung, die sich an den Chancen und Potenzialen der demografischen Entwicklung orientierte.

Auch in der Wissenschaft stellt der demografische Wandel einen populären Forschungsgegenstand dar. Längst beschäftigen sich nicht nur Ökonomen und Sozialwissenschaftler damit – vielmehr hat die Diskussion um eine alternde und schrumpfende Bevölkerung auch Stadt- und Raumplaner, Architekten und Ingenieure erfasst. Dies trägt dem Fassettenreichtum des demografischen Wandels und seinen vielfältigen, Disziplinen übergreifenden Implikationen Rechnung.

Die politischen Entscheidungsträger hingegen, die bereits frühzeitig mit den zu erwartenden Entwicklungen konfrontiert wurden (vgl. Schmid 2006: 31), haben noch immer ein wenig Schwierigkeiten mit dem demografischen Wandel. Der Grund hierfür ist in der Handlungslogik der Politik zu finden: Politiker verhalten sich als rationale Akteure und streben folglich danach, bei der nächsten Wahl die Zahl an Wählerstimmen zu maximieren. Für sie zählen daher besonders kurzfristige Erfolge. Der demografische Wandel ist dagegen ein schleichend verlaufender Prozess, der, gerade mit Blick auf die bereits beschriebenen künftig erwartbaren Herausforderungen in den Kommunen und den sozialen Sicherungssystemen, im Prinzip nach Maßnahmen verlangt, die besser heute als morgen getroffen werden, jedoch mit einigen Einschnitten und unpopulären Entscheidungen einhergehen dürften. Es ist unmittelbar ersichtlich, dass sich diese beiden Logiken diametral gegenüberstehen.

Dennoch wurden in der Vergangenheit von den politischen Akteuren Entscheidungen getroffen, die unmittelbar mit der demografischen Entwicklung in Zusammenhang stehen und zum Teil auch mit demografischen Notwendigkeiten begründet wurden (Schimany 2004: 51; siehe dazu kritisch: Butterwegge 2006, 2007). Zu denken ist hier z.B. an die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung, aber auch an die Einführung der so genannten Riester-Rente und die schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit (Rente mit 67). Das mehrheitliche Echo in der Bevölkerung auf diese Reformen ist bekannt und auch bisweilen nachvollziehbar: Schließlich finden sich auch in der Bevölkerung rationale Akteure mit eigenen Interessen, die mit derlei Maßnahmen nicht immer einverstanden sind – selbst wenn diese Reformen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels unumgänglich sind. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass diese Reformen, gerade weil sie mit Einschnitten verbunden sind, den politischen Verdruss fördern, insbesondere dann, wenn die (demografische) Begründung der Maßnahmen nicht nachvollzogen werden kann.

Umgekehrt ist es jedoch auch denkbar, dass selbst umfangreiche und einschneidende Reformen Unterstützung von Seiten der Bevölkerung erfahren, sofern die Gründe hierfür nachvollziehbar sind. Hierfür ist es jedoch notwendig, dass die demografischen Prozesse und ihre Implikationen weiten Teilen der Bevölkerung bekannt sind und auch in bestimmten Aspekten als Problem wahrgenommen werden. Den Fragen, wie es um die Bekanntheit des Begriffs demografischer Wandel bestellt ist, welche Aspekte mit diesem Begriff assoziiert werden und wie die Bevölkerung die demografische Entwicklung insgesamt und einzelne demografische Trends bewertet, widmet sich dieses Kapitel. Gleichzeitig geht es darum zu prüfen, ob ein hoher Kenntnisstand und eine ausgeprägte Problemwahrnehmung bezüglich der demografischen Entwicklung mit einer größeren Aufgeschlossenheit gegenüber Reformen in demografisch relevanten Politikfeldern einhergehen.

## 8.1 Datengrundlage

In den Herbst- und Wintermonaten des Jahres 2008 führte das Forschungszentrum Demografischer Wandel an der Fachhochschule Frankfurt unter dem Titel „Zukunftswerkstatt Deutschland – Wie sehen die Hessen die Zukunft ihres Landes?“ eine postalische Befragung von 2.000 Haushalten bzw. Personen in Hessen durch, die per Zufallsauswahl aus dem öffentlichen Telefonbuch gezogen wurden. Dabei konzentrierte sich die Stichprobenziehung auf drei Landkreise (Marburg-Biedenkopf, Hochtaunuskreis und Landkreis Fulda) sowie auf eine kreisfreie Stadt (Frankfurt am Main), die zuvor ebenfalls im Rahmen eines Zufallsprozesses ermittelt wurden. In allen vier Gebietseinheiten wurden jeweils 500 Haushalte angeschrieben, wobei auch in den Haushalten eine zufällige Auswahl der Befragungspersonen vorgenommen wurde. Dies wurde dadurch umgesetzt,

dass die Haushalte gebeten wurden, den Fragebogen an diejenige Person im Haushalt weiterzuleiten, die über 18 Jahre alt ist und zuletzt Geburtstag hatte.

In Anlehnung an die Vorgaben der so genannten „Total Design Method“ von Don A. Dillman (1978), einer Art Leitfaden für die Durchführung von postalischen Befragungen, wurden die Haushalte, sofern sie nicht gleich nach dem ersten Anschreiben den Fragebogen retournierten, insgesamt drei Mal kontaktiert, wobei ihnen stets ein frankierter Rückumschlag zur Verfügung gestellt wurde. Auch wurden weitere Maßnahmen implementiert, die dazu dienen sollten, einen hohen Rücklauf zu erzielen: hierzu zählten ein optisch ansprechend gestalteter Fragebogen, ein zur Teilnahme motivierendes Anschreiben, die Möglichkeit, einen Ergebnisbericht der Befragung zu erhalten und, für einen Teil der Stichprobe, die Vergabe eines monetären Anreizes als symbolisches Dankeschön für die Teilnahme an der Befragung.

Von den insgesamt 2.000 angeschriebenen Haushalten bzw. Personen antworteten 699, was einer Rücklaufquote von 35 Prozent entspricht. Dabei verringerte sich die Nettostichprobe um 96 so genannte „neutrale Ausfälle“. Bei diesen handelte es sich vornehmlich um veraltete Telefonbucheinträge (unbekannt verzogen), Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder um Befragte mit sprachlichen Barrieren, die sich aus diesen Gründen nicht an der Befragung beteiligen konnten. Somit betrug die Nettorücklaufquote letztlich 37 Prozent, ein Wert, der für postalische Befragungen in Verbindung mit einem sehr komplexen Thema als außerordentlich gut betrachtet werden kann.

## **8.2 Kenntnisse, Assoziationen und Bewertungen des demografischen Wandels**

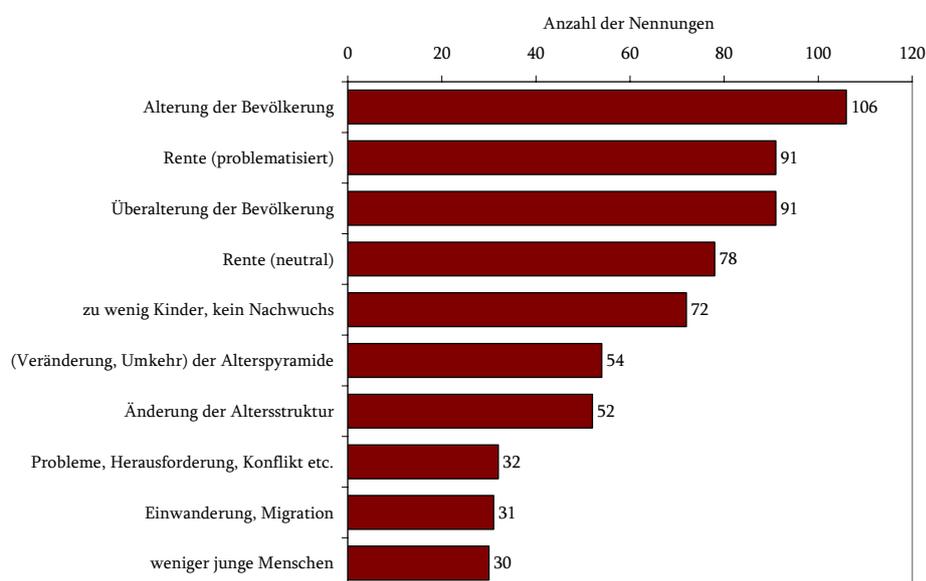
Im Rahmen der Zukunftswerkstatt wurde u.a. konkret danach gefragt, was die Menschen mit dem demografischen Wandel verbinden. Dies, so lautete die Anweisung an die Befragungspersonen, sollte in Form von Stichworten oder ganzen Sätzen notiert werden. Ein Abbruch dieses Frageblocks, der insgesamt die Nennung von drei Assoziationen beinhaltet, war möglich, sofern die befragte Person angab, den Begriff nicht zu kennen oder aber im Zuge der Abfrage der zweiten oder dritten Assoziation äußerte, ihr fiel nichts mehr zu dem Begriff ein. Der Begriff demografischer Wandel gilt demnach in der Folge als bekannt, sofern die Befragungsperson mindestens eine Assoziation nennen konnte, die deutlich werden lässt, dass der Begriff „richtig“ verstanden wurde.

Ogleich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der realisierten Stichprobe verdeutlicht, dass Personen mit Hochschulabschluss in der Befragung deutlich überrepräsentiert sind (nahezu ein Drittel aller Teilnehmer wies einen derartigen Abschluss auf), kann für nur 379 Befragungspersonen mit Sicherheit angenommen werden, dass sie den Begriff demografischer Wandel kennen. Dies entspricht einem Anteil von 54,2 Prozent. Dabei lassen sich immense Unterschiede erkennen, die mit dem formalen Bildungsniveau zusammenhängen: Während nämlich 85,8 Prozent der Befragten mit abgeschlossenem Hochschulstudium der Begriff geläufig ist, gilt dies nur für 28,1 Prozent der Befragungspersonen mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss. Festzuhalten ist also: Ogleich der Begriff demografischer Wandel in Politik und Medien ständig benutzt (und als bekannt vorausgesetzt) wird, kann nur gut die Hälfte der Menschen damit auch wirklich etwas anfangen. Und da sich im Rahmen von Befragungen – und speziell im Rahmen der Zukunftswerkstatt Deutschland – vorrangig die höher Gebildeten beteiligen, ist zudem zu erwarten, dass die tatsächliche Bekanntheit des Begriffs noch niedriger liegt als es hier ausgewiesen ist.

Als nächstes stellt sich die Frage, was die Menschen konkret mit dem demografischen Wandel verbinden. Eine Auswertung macht hier selbstredend nur in jener Gruppe Sinn, die mit dem Begriff überhaupt etwas anfangen kann. Sämtliche Nennungen wurden dabei einer Kategorie zuge-

ordnet (Kodierung offener Antworten). So zählen z.B. Äußerungen wie „Rentenlücke“, „Rentenproblem“, „wer soll die Renten bezahlen“ zu *einer* Kategorie, da sie sich alle mit dem Thema Rentenversicherung beschäftigen und dieses in einen problematischen Kontext einbetten. Die Abbildung 10 weist die 10 häufigsten Nennungen der Befragten auf.

**Abbildung 10: Die 10 häufigsten Assoziationen der Befragten mit dem demografischen Wandel**



Die genannten Assoziationen lassen sich grob in drei Kategorien einteilen, während die detaillierte Analyse die Bildung von rund 60 Kategorien erforderte. Zieht man die Dreierlösung zurate, so finden sich Nennungen, die den Begriff demografischer Wandel *definieren*: So nannten insgesamt 106 Befragte die Alterung der Bevölkerung/Gesellschaft (oder auch: „mehr alte Menschen“) als eine Assoziation.<sup>15</sup> Ebenfalls hoch im Kurs standen die eher definitorischen Aspekte wie „zu wenig Kinder / niedrige Geburtenrate“ (72 Nennungen), „(Veränderung, Umkehr) der Alters- (oder Bevölkerung-)pyramide“ (54 Nennungen), „Änderung der Alters- (oder Bevölkerung-)struktur / Verhältnis von Jungen und Alten verändert sich“ (52 Nennungen) oder „weniger junge Menschen / weniger Junge“ (30 Nennungen).

Eine zweite Gruppe der Assoziationen umfasst primär *Konsequenzen* der demografischen Entwicklung, die aber keine Wertung implizieren. Hierzu zählen die Assoziationen „Rente / Altersversorgung / Rentenpolitik...“ (78 Nennungen) und „Einwanderung / Zuwanderung / Migration“ (31 Nennungen). Schließlich können Assoziationen identifiziert werden, die *Wertungen* enthalten. Besonders häufig wird von den Befragten der Zukunftswerkstatt hier die Rentenproblematik genannt (91 Mal). Einen ebenso wertenden Charakter weist das Schlagwort von der „Überalterung (oder Vergreisung) der Gesellschaft (oder Bevölkerung)“ auf, das ebenfalls sehr weit verbreitet ist (91 Nennungen). Schließlich nennen 32 Befragte Assoziationen wie „Problem / Herausforderung /

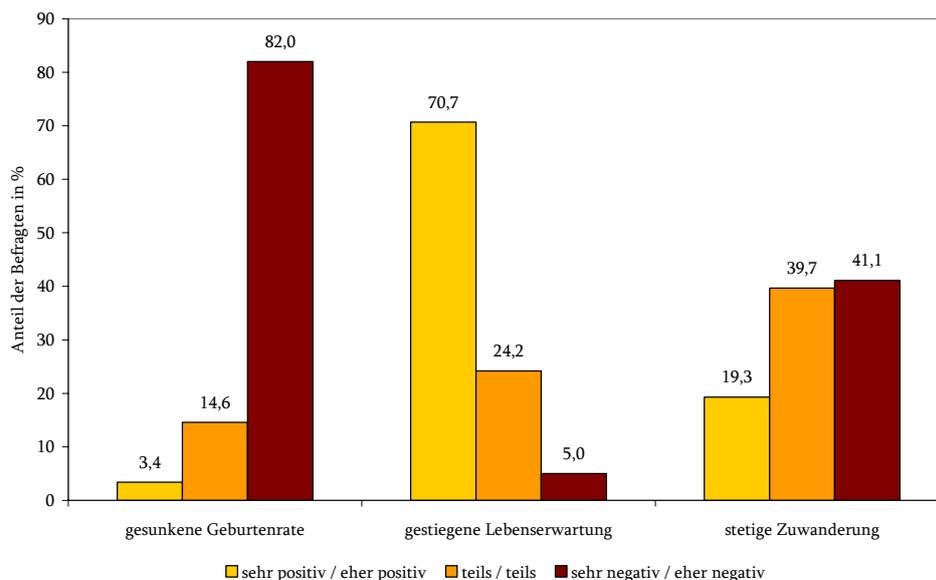
<sup>15</sup> Auch wenn im Fragebogen nur nach drei Assoziationen gefragt wurde, so ist es dennoch möglich, dass bei nur einem Befragten von den insgesamt 60 Kategorien wesentlich mehr als 3 (im höchsten Falle sind es deren 7) als zutreffend/genannt kodiert wurden. Häufig wurden nämlich von den Befragten mehrere Stichworte unter einer Assoziation geführt. Im Rahmen dieser Auswertungen spielt es darüber hinaus keine Rolle, an welcher Stelle die entsprechende Assoziation vom Befragten genannt wurde.

Konflikt / Schwierigkeiten ...“ ohne diese wertenden Begriffe in einen konkreten Kontext zu stellen.

Viele dieser Assoziationen lassen bereits erahnen, dass die Bewertung des demografischen Wandels durch die Bevölkerung nicht besonders positiv ausfällt. Zusammen genommen ist es mehr als die Hälfte der Befragten, die den demografischen Wandel eher negativ (44,9 Prozent) oder sehr negativ bewertet (9,5 Prozent). Während etwas mehr als jeder Dritte (35,9 Prozent) in dieser Frage unentschieden ist, stellen die Befragten mit einer positiven Sicht auf die demografische Entwicklung die Ausnahme dar: nur 8,4 Prozent bewerten den demografischen Wandel eher positiv, gar nur 1,4 Prozent schätzen ihn sehr positiv ein.

Neben dieser allgemeinen Bewertung der demografischen Entwicklung wurden die Befragten gebeten, ihre Meinung zu einigen demografischen Trends zu äußern. Hierzu zählen die gesunkene Geburtenrate, die gestiegene Lebenserwartung und die Tatsache, dass Deutschland in den vergangenen Jahren stets ein Einwanderungsland darstellte. Diese Fragen wurden nun auch wieder jenen Personen gestellt, die zuvor keine Assoziation zum demografischen Wandel nennen konnten, da die zu bewertenden Statements so allgemein gehalten waren, dass man ihre Bedeutung auch dann verstehen konnte, wenn der Fachbegriff nicht bekannt war. Die Einschätzung der demografischen Trends fiel recht unterschiedlich aus, wie Abbildung 11 darlegt:

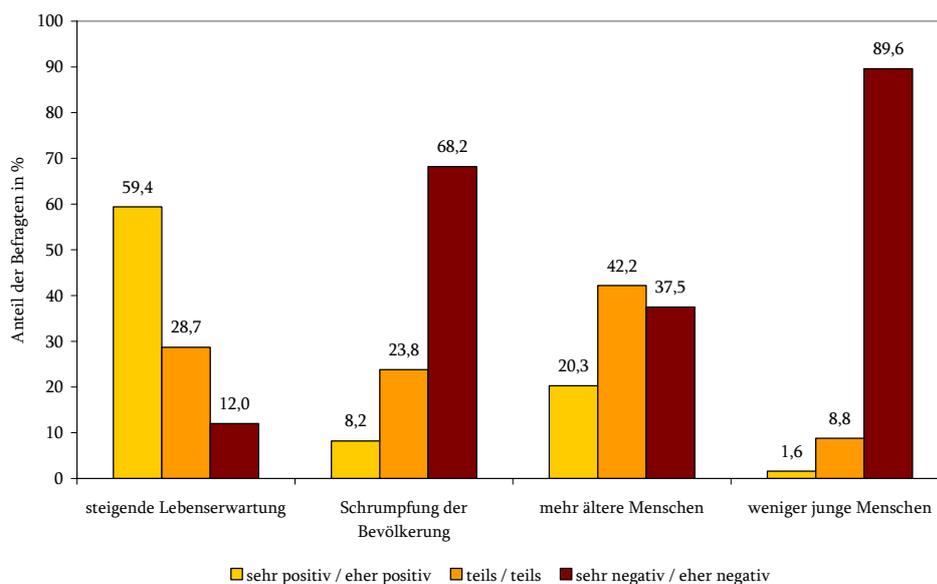
**Abbildung 11: Die Bewertung demografischer Trends in der Vergangenheit**



Das Absinken der Geburtenrate wird von der Bevölkerung – dies mag nicht sonderlich überraschen – sehr kritisch betrachtet. 82,0 Prozent der Befragten schätzen diese Entwicklung als negativ oder sehr negativ ein. Wesentlich positiver ist der Blick auf die gestiegene Lebenserwartung: 70,7 Prozent positiven, stehen nur 5,0 Prozent an negativen Stimmen gegenüber. Eher kritisch wird schließlich der Status Deutschlands als Zuwanderungsland bewertet. Auch wenn hier der Anteil der Unentschiedenen mit annähernd 40 Prozent einen sehr hohen Wert einnimmt, so existieren doch mehr kritische (41,1 Prozent) als positive Stimmen (19,3 Prozent).

Die weiter ansteigende Lebenserwartung, die Schrumpfung der Bevölkerung sowie der steigende Anteil älterer und der sinkende Anteil jüngerer Menschen werden in naher Zukunft die vier prägenden demografischen Trends in Deutschland sein. Wie schätzt die Bevölkerung nun diese Entwicklungen ein? Auch diese Fragen wurden erneut allen Befragten gestellt, unabhängig davon, ob der Person der Begriff demografischer Wandel geläufig war oder nicht.

**Abbildung 12: Die Bewertung von künftigen demografischen Trends in Deutschland**



Zwar wird die künftig weiter steigende Lebenserwartung nicht mehr ganz so positiv eingeschätzt wie der Anstieg der Lebenserwartung in der Vergangenheit. Dennoch ist das positive Echo in dieser Frage offenkundig. Die Schrumpfung der Bevölkerung löst dagegen mehrheitlich Befürchtungen aus: Insgesamt bewerten mehr als zwei Drittel (68,2 Prozent) dieses Szenario als negativ oder sehr negativ. Diese deutlichen Werte überraschen und werfen die Frage auf, ob eine schrumpfende Bevölkerung tatsächlich ein solches Unheil darstellt oder ob sich in diesem Ergebnis nicht vielmehr die Angst widerspiegelt, dass urplötzlich der Normalzustand (im Deutschland vergangener Jahre und im weiten Rest der Welt) – Bevölkerungswachstum – nicht mehr gegeben sein wird.

Während schließlich rund 20 Prozent einer steigenden Zahl an älteren Menschen in der Bevölkerung etwas Positives abgewinnen können, bewerten neun von zehn Befragten die rückläufige Zahl und den rückläufigen Anteil an jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung negativ oder sehr negativ. Schrumpfung und das Fehlen an Nachwuchs stellen somit, mehr noch als der Anstieg der Zahl älterer Menschen, diejenigen demografischen Trends dar, die in der Bevölkerung mit der größten Skepsis betrachtet werden, während der Anstieg der Lebenserwartung auf eine positive Resonanz stößt.

### 8.3 Die Rolle von Wissen und Problembewusstsein für Einstellungen zu Reformen

Wie bereits eingangs des Kapitels angedeutet so wird im Folgenden davon ausgegangen, dass sich ein fundiertes Wissen und ein ausgeprägtes Problembewusstsein im Hinblick auf die demografische Entwicklung in einer vergleichsweise positiven Einstellung gegenüber Reformen niederschlagen sollte, die Politikfelder berühren, die mit dem demografischen Wandel in Verbindung stehen und gleichzeitig auf eine Gestaltung der demografischen Herausforderungen abzielen. Daher werden für die folgenden Analysen drei Gruppen gebildet: Die erste Gruppe (202 Personen) weiß, worum es sich beim demografischen Wandel handelt und bewertet ihn gleichzeitig negativ oder sehr negativ. Dies ist exakt jene Gruppe, für die die größte Aufgeschlossenheit gegenüber „demografiebezogenen“ Reformen erwartet wird. Die zweite Gruppe (170 Personen) ist ebenfalls bezüglich der demografischen Entwicklung informiert, bewertet ihn aber sehr positiv, positiv oder unentschieden. Die dritte Gruppe (320 Personen) umfasst schließlich jene Personen, die mit dem Begriff demografischer Wandel gar nichts anfangen können.

Die Meinungen und Einstellungen dieser drei Gruppen werden nun bezüglich dreier Politikfelder verglichen. Erstens werden Einstellungen zu Reformen in der Sozialpolitik und dabei ganz konkret Einstellungen zur Agenda 2010 analysiert.<sup>16</sup> Zweitens werden Einstellungen zur Zuwanderung bzw. Präferenzen in der Ausgestaltung der Zuwanderungspolitik untersucht und drittens wird, wie bereits in Kapitel 6.2, auf Einstellungen zu Reformoptionen in der gesetzlichen Rentenversicherung eingegangen. In der Gruppe mit einer hohen Kenntnis bei gleichzeitig starker Problemwahrnehmung des demografischen Wandels sollten sich positivere Einstellungen zur Agenda 2010 ebenso finden lassen wie eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber Zuwanderung. Schließlich wird vermutet, dass die interessierende Gruppe im Vergleich zu den Residualgruppen zu deutlich geringeren Anteilen der Meinung ist, am System der gesetzlichen Rentenversicherung müsse nichts verändert werden.

**Tabelle 9: Die Bewertung der Agenda 2010 in Abhängigkeit von Kenntnis und Problemwahrnehmung bezüglich des demografischen Wandels**

Aussage	Gruppe 1			Gruppe 2			Gruppe 3		
	+	0	-	+	0	-	+	0	-
Die Agenda 2010 war notwendig, um Deutschland fit für die Zukunft zu machen.	57	29	14	56	27	17	42	46	12
Die Agenda 2010 ist einzig und allein ein Programm zur Kürzung der Sozialausgaben.	20	33	47	23	30	47	26	45	29
Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist vor allem der Agenda 2010 zu verdanken.	30	38	32	24	39	37	27	38	35
Die Verlierer der Agenda 2010 sind die sozial schwachen Menschen in Deutschland.	45	32	23	51	28	21	45	35	20

Legende: + (trifft voll und ganz zu / trifft eher zu), 0 (teils / teils), - (trifft eher nicht zu / trifft überhaupt nicht zu); Gruppe 1 (hohe Kenntnis und hohe Problemwahrnehmung), Gruppe 2 (hohe Kenntnis, geringe Problemwahrnehmung), Gruppe 3 (keine Kenntnis des Begriffs demografischer Wandel)

Mit Blick auf Einstellungen zur Agenda 2010 sind besonders hinsichtlich der ersten beiden Aussagen Gruppenunterschiede ersichtlich, jedoch dergestalt, dass sich die ersten beiden Gruppen in ihren Einstellungen weitgehend ähneln, sich aber von der dritten Gruppe zum Teil recht deutlich unterscheiden. Demnach geht die Kenntnis des Begriffs demografischer Wandel mit einer positiveren Einschätzung der Agenda 2010 einher<sup>17</sup>: Personen, denen der Begriff geläufig ist, sind zu höheren Anteilen der Meinung, die Agenda sei notwendig, um Deutschland fit für die Zukunft zu machen und widersprechen deutlicher der Aussage, die Agenda stelle einzig ein Programm zur

<sup>16</sup> Dabei ist zu beachten, dass sich die Fallzahlen leicht verringern, da unmittelbar vor der Bewertung der Aussagen erfragt wurde, ob der Begriff „Agenda 2010“ überhaupt geläufig ist. Dies stellte die Voraussetzung für die Beantwortung dieser Fragen durch die Interviewten dar.

<sup>17</sup> Bei diesen, wie auch bei den folgenden Analysen ist zu beachten, dass es sich hier nur um eine bivariate Betrachtung handelt. Folglich könnte man einwenden, dass andere Merkmale existieren (z.B. Bildung, rechtsextreme oder ausländerfeindliche Einstellungen, Alter), die diese Zusammenhänge hervorbringen und selbst wiederum mit der Kenntnis des Begriffs demografischer Wandel korreliert sind. Tatsächlich reduziert sich der Einfluss der Bekanntheit des Begriffs demografischer Wandel und dessen Problemwahrnehmung, sofern man diese Merkmale zusätzlich berücksichtigt. Dennoch bleiben stets auch eigenständige Effekte erkennbar.

Kürzung der Sozialausgaben dar. Sehr geringe Differenzen ergeben sich dagegen nur hinsichtlich der übrigen beiden Aussagen.

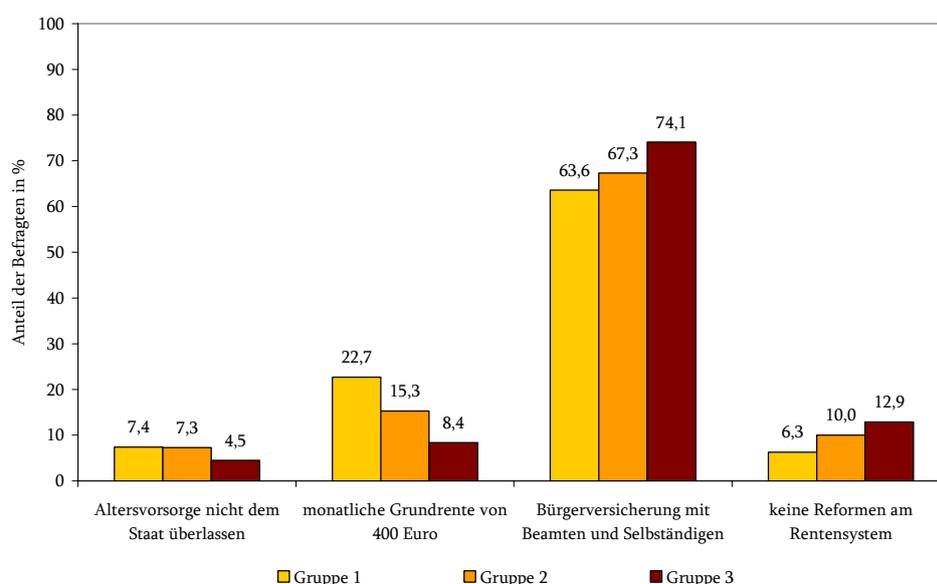
**Tabelle 10: Die Bewertung von Aussagen zur Zuwanderung in Abhängigkeit von Kenntnis und Problemwahrnehmung bezüglich des demografischen Wandels**

Aussage	Gruppe 1			Gruppe 2			Gruppe 3		
	+	0	-	+	0	-	+	0	-
Gut ausgebildeten Menschen aus anderen Ländern sollte die Einwanderung erleichtert werden.	70	21	9	76	16	8	54	33	13
Jeder sollte die Möglichkeit haben, nach Deutschland einzuwandern.	16	22	62	14	22	64	8	23	69
Die Zuwanderung nach Deutschland sollte gestoppt werden.	14	29	57	13	30	57	29	34	37
Die Zuwanderung nach Deutschland sollte sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren.	50	23	27	52	32	16	59	24	17

Legende: + (trifft voll und ganz zu / trifft eher zu), 0 (teils / teils), - (trifft eher nicht zu / trifft überhaupt nicht zu); Gruppe 1 (hohe Kenntnis und hohe Problemwahrnehmung), Gruppe 2 (hohe Kenntnis, geringe Problemwahrnehmung), Gruppe 3 (keine Kenntnis des Begriffs demografischer Wandel)

Auch hinsichtlich der Zuwanderung verläuft die Trennlinie am deutlichsten zwischen den ersten beiden und der dritten Gruppe. Demzufolge offenbaren jene Personen, die den Begriff demografischer Wandel kennen, die liberalsten Einstellungen bezüglich der Zuwanderung, weisen jedoch, im Vergleich zur dritten Gruppe wesentlich häufiger den Vorschlag zurück, die Zuwanderung solle sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts orientieren bzw. gänzlich gestoppt werden.

**Abbildung 13: Die Bewertung von Reformoptionen des Rentensystems in Abhängigkeit von Kenntnis und Problemwahrnehmung bezüglich des demografischen Wandels**



Legende: Gruppe 1 (hohe Kenntnis und hohe Problemwahrnehmung), Gruppe 2 (hohe Kenntnis, geringe Problemwahrnehmung), Gruppe 3 (keine Kenntnis des Begriffs demografischer Wandel)

In Abbildung 13 ist schließlich, in Bezug auf Reformen des Rentensystems, zu erkennen, dass sich die eingangs formulierte Vermutung bestätigt: die Kenntnis um die demografische Entwicklung führt zu einer höheren Offenheit bezüglich Reformen oder anders ausgedrückt: Personen, die sich den demografischen Wandlungstendenzen bewusst sind, sprechen sich eher gegen ein „Weiter so!“ in der Rentenpolitik aus als Befragte, denen der Terminus nicht geläufig ist. Zudem spielt nun auch die Problemwahrnehmung hinsichtlich des demografischen Wandels eine Rolle. Denn zum einen ist die Reformbereitschaft in der Gruppe mit hoher Problemwahrnehmung nochmals ein wenig höher als in der Gruppe mit hoher Kenntnis aber vergleichsweise geringer Problemwahrnehmung. Und zum anderen unterscheiden sich beide Gruppen in ihren konkreten Reformpräferenzen: So ist in Gruppe 1 die monatliche Grundrente deutlich stärker erwünscht als in Gruppe 2. Umgekehrt schneidet in dieser Gruppe die Bürgerversicherung, die ansonsten vor allem von jenen Befragten favorisiert wird, die den Begriff demografischer Wandel gar nicht erst kennen, besser ab.

Die im Rahmen dieses Kapitels untersuchten Zusammenhänge zwischen Kenntnis und Problemwahrnehmung bezüglich der demografischen Entwicklung einerseits und der Zustimmung zu Reformen in demografierelevanten Politikfeldern andererseits sind in der Zusammenschau nicht allzu stark ausgeprägt. Dies gilt auch deshalb, da die eigenständigen Effekte des Wissens und der Problemwahrnehmung nochmals schwächer ausfallen (gleichwohl aber vorhanden sind), wenn andere relevanten Größen wie Alter und vor allem Bildung berücksichtigt werden. Die Resultate lassen sich auf (mindestens) zweierlei Weise interpretieren: Entweder stellt der demografische Wandel ein Themenfeld dar, das, selbst wenn der Bürger über entsprechende Informationen verfügt und die bedeutenden Herausforderungen erkennt, doch zu abstrakt ist, als dass es große und womöglich einschneidende Reformmaßnahmen aus Sicht der Bürger rechtfertige. Oder aber der informierte Teil der Bevölkerung ist mit den bisherigen Reformbemühungen, die auf eine positive Gestaltung der demografischen Entwicklung abzielen und zum Teil mit demografischen Notwendigkeiten begründet wurden, in dieser Form nicht einverstanden bzw. hält diese für unzureichend. Die Wahrheit dürfte, wie so oft im Leben, irgendwo dazwischen liegen.

## 9. Fazit

Die vorliegenden Ausführungen dürften Folgendes verdeutlicht haben: Zum einen stellt der demografische Wandel ein überaus komplexes Phänomen dar. Aus dem Zusammenspiel von Geburtendefizit, steigender Lebenserwartung und Ab- bzw. Zuwanderungen resultieren Bevölkerungsrückgang, Alterung und Heterogenisierung der Gesellschaft. Doch der demografische Wandel verläuft nicht einheitlich: Stark schrumpfenden Regionen stehen Gebiete gegenüber, die auch in langfristiger Perspektive eine weitgehend konstante oder gar steigende Bevölkerungszahl verbuchen können – obgleich diese die Minderheit bilden. Hessen stellt mit einem tendenziell schrumpfenden Norden, einer schrumpfenden bis stagnierenden Mitte und einem stagnierenden bis wachsenden Süden das Paradebeispiel einer heterogenen Entwicklung dar.

Nicht minder komplex gestalten sich die Folgen des demografischen Wandels. Dieser Bericht hat sich exemplarisch drei zentralen von der demografischen Entwicklung besonders betroffenen Bereichen angenommen: Dem Arbeitsmarkt, den Kommunen und den sozialen Sicherungssystemen. Zudem wurde die Rolle bürgerschaftlichen Engagements in den Blick genommen und Einstellungen der Bevölkerung zur demografischen Entwicklung thematisiert.

Der Arbeitsmarkt der Zukunft ist gekennzeichnet durch eine Schrumpfung und Alterung des Erwerbspersonenpotenzials. Die Schrumpfung lässt Einbußen in der Wirtschaftsleistung der Un-

ternehmen befürchten, sofern sich die Produktivität der Belegschaften nicht erhöht. Sie stellt aber entgegen der verbreiteten Meinung keine Lösung für das Problem der Arbeitslosigkeit dar. Die Alterung des Erwerbspersonenpotenzials könnte vielmehr zu steigenden Arbeitslosenzahlen führen, wenn die Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt nicht gelingt. Qualifizierung und Gesundheitsförderung, eine neue Unternehmenskultur, die ältere Arbeitnehmer als Chance und Bereicherung und nicht als Last empfindet, sowie gesetzliche Rahmenbedingungen, die sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern Anreize schaffen, zusammen zu kommen und möglichst lange zusammen zu arbeiten, stellen Möglichkeiten dar, der demografischen Herausforderung zu begegnen.

Für Kommunen ist Bevölkerungsrückgang u.a. gleichbedeutend mit sinkenden Steuereinnahmen, rückläufigen Schülerzahlen und zu schließenden Schulen, einer Unterauslastung der Infrastruktur und dem Wegfall von Dienstleistungen. Auch besteht die Gefahr, dass sich die Kommunen in ihren jeweiligen Anstrengungen um eine hohe Standortqualität in einen ruinösen Wettbewerb begeben. Interkommunale Kooperation kann helfen, dieser Entwicklung frühzeitig Einhalt zu gebieten. Auf der Basis von Umfragen wurde deutlich, dass in manchen, gerade ländlichen Kommunen, das Thema demografischer Wandel und die damit verbundenen Implikationen noch nicht richtig „angekommen“ ist. Für deutlich mehr Kommunen gilt, dass es an Analysen, Konzepten und Zuständigkeiten mangelt. Mit Blick auf Hessen zeigte sich aber auch, dass zahlreiche Kommunen interkommunale Kooperation als Chance begreifen, den demografischen Herausforderungen zu begegnen. Hierfür ist es aber notwendig, Hemmnisse einer Zusammenarbeit von Gemeinden zu reduzieren.

Ist in den Medien vom demografischen Wandel die Rede, so wird zumeist auf seine Implikationen für die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung, abgestellt. Während sich die Zahl der Leistungsempfänger bzw. Rentner in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich erhöhen wird, sinkt dagegen die Zahl derer, die für die laufenden Renten aufkommen, nämlich die Personen im erwerbsfähigen Alter. Eine Schiefelage der Rentenkasse stellt die logische Konsequenz dar. Aufgrund der beträchtlichen Last, die von den Jüngeren zu schultern ist und künftig noch schwerer wird, wird ein Konflikt der Generationen befürchtet. Die Daten der Population Policy Acceptance Study von 2004 liefern indes keinerlei Hinweise hierfür. Vielmehr erscheint das Verhältnis der Generationen zumindest aus Sicht der Jüngeren intakt zu sein.

Um die Probleme der sozialen Sicherungssysteme zu lösen, existieren zahlreiche Reformoptionen, die sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der gegenwärtigen Struktur, dem Umlageverfahren, bewegen. Kapitaldeckung und steuerfinanzierte Grundrente sind Strukturmodelle, die nur wenig mit dem Umlageverfahren gemein haben. Innerhalb des Umlagesystems bestehen auch zahlreiche Möglichkeiten der Reformierung: angefangen von einer Verbreiterung der Einnahmehasis (Bürgerversicherung), über eine Verlängerung der Beitragspflicht, die Anhebung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung als Maßnahme zur Einnahmenerhöhung und die Kürzung der Ausgaben, z.B. über ein Absenken des Rentenniveaus. In der Bevölkerung wird die Eindämmung der Frühverrentungen präferiert und die Notwendigkeit einer, allerdings mit Ausnahmen versehenen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, von den meisten anerkannt. Auch die Bürgerversicherung steht bei den Befragten hoch im Kurs. Dass es indes in den nächsten Jahren zu weiteren Reformen am System der gesetzlichen Rentenversicherung kommen wird, ist unumgänglich.

Viele Hoffnungen ruhen im Zuge des demografischen Wandels auf bürgerschaftlichem Engagement. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Haushalte und leerer Sozialkassen existiert bisweilen die Erwartung, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliche Aktivi-

täten könnten diese Missstände zumindest partiell auffangen. Zudem verfüge die Generation der Babyboomer mit ihrem sukzessiven Eintritt in den Ruhestand über ausreichende zeitliche Ressourcen, um bürgerschaftlich aktiv zu werden. Tatsächlich ist mit Blick auf die Babyboomer ein großes Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement zu erwarten, stellen sie doch schon heute jene Alterskohorte dar, die die höchste Engagementquote aufweist. Insbesondere die Sportvereine, aber auch Schule und Kindergarten profitieren hiervon. Diese Disposition der Babyboomer zu bürgerschaftlicher Aktivität zu erhalten, z.B. wenn deren Nachwuchs diese Institutionen verlässt, stellt eine wichtige Aufgabe für die Zukunft dar. Hinsichtlich eines bürgerschaftlichen Engagements für Senioren hat sich gezeigt, dass bestimmte sozialstrukturelle Gruppen, insbesondere Ältere, Frauen, Alleinstehende und Nichterwerbstätige, ihre Aktivitäten in besonders hohem Maße älteren Menschen zugute kommen lassen. Insgesamt lässt sich daraus ein großes Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement für ältere Menschen, die zukünftig sicherlich einen wachsenden Bedarf verzeichnen werden, ableiten.

Schließlich haben die Ergebnisse aus der Befragung Zukunftswerkstatt Deutschland gezeigt, dass noch viel Aufklärungsarbeit bezüglich des demografischen Wandels zu leisten ist. Der Begriff ist nur rund der Hälfte der Befragten bekannt und löst dort, wo er auf Bekanntheit trifft, große Skepsis und zahlreiche Befürchtungen aus. Dennoch ist selbst bei jenen Befragten, die um die künftigen Probleme wissen, die mit der demografischen Entwicklung einhergehen, die Bereitschaft zu Reformen nicht allzu stark ausgeprägt. Fast scheint es so, als würden Politiker und Bevölkerung die Gestaltungserfordernisse des demografischen Wandels gleichermaßen verdrängen. Die Politik, da ihre Handlungslogik kurzfristigen Erfolgen folgt, um die Zahl der Wählerstimmen bei der kommenden Wahl zu maximieren. Die Bevölkerung, da sie offenbar in weiten Teilen nicht bereit ist, schon heute finanzielle Einschnitte hinzunehmen, um die morgigen Herausforderungen bewältigen zu können. Vielleicht greift dieser Ansatz aber auch zu kurz und es fehlt der Bevölkerung an einer klaren Linie, einem in sich schlüssigen Konzept zur Gestaltung der Folgen der demografischen Entwicklung. Hierfür besteht, fraglos, eine große Notwendigkeit.

Auch wenn im Rahmen dieses Berichts nur einige Aspekte exemplarisch behandelt wurden, so stellt der demografische Wandel eine Herausforderung für nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche dar. Jetzt gilt es, da noch etwas Zeit verbleibt, die mit ihm verbundenen Konsequenzen positiv zu gestalten.

**Literatur:**

Allmendinger, Jutta / Ebner, Christian (2006): Arbeitsmarkt und demografischer Wandel. Die Zukunft der Beschäftigung in Deutschland, in: Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie, Jg. 50, Nr. 4, S. 227-239.

Appel, Clemens (2006): Demografischer Wandel. Herausforderungen für Politik und Verwaltung, in: Bauer, Hartmut / Büchner, Christiane / Gründel, Olaf: Demographie im Wandel. Herausforderungen für die Kommunen. KWI-Arbeitshefte 13. Potsdam, S. 39-44.

Backhaus, Klaus (2008): Multivariate Analysemethoden: eine anwendungsorientierte Einführung. 12. Auflage. Berlin: Springer.

Barrenstein, Peter (2006): Auswirkungen des demografischen Wandels aus Unternehmenssicht, in: Fahrenschon, Georg / Hildmann, Philipp W.: Globalisierung und demografischer Wandel. Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends. München, S. 59-62.

Bauer, Hartmut (2006): Demografische Herausforderungen für die Kommunen. Einführende Problemskizze, in: ders. / Büchner, Christiane / Gründel, Olaf: Demographie im Wandel. Herausforderungen für die Kommunen. KWI-Arbeitshefte 13. Potsdam, S. 11-20.

Bauer, Hartmut / Büchner, Christiane / Gründel, Olaf (2006): Editorial, in: dies.: Demographie im Wandel. Herausforderungen für die Kommunen. KWI-Arbeitshefte 13. Potsdam, S. 7-10.

Behrend, Christoph (2002): Demografischer Wandel – eine Chance für ältere Arbeitnehmer?, in: Personalführung 6/2002, S. 34-39.

Bellmann, Lutz (2002): Das IAB-Betriebspanel. Konzeption und Anwendungsbereiche, in: Allgemeines Statistisches Archiv 86, S. 177-188.

Bellmann, Lutz / Dahms, Vera / Wahse, Jürgen (2005): IAB-Betriebspanel Ost: Ergebnisse der neunten Welle 2004 – Teil 2: Personalpolitik, betriebliche Flexibilität, betriebliche Arbeitszeiten, ältere Arbeitnehmer. IAB-Forschungsbericht Nr. 21/2005. Nürnberg.

Bellmann, Lutz / Kistler, Ernst / Wahse, Jürgen (2003): Betriebliche Sicht- und Verhaltensweisen gegenüber älteren Arbeitnehmern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/2003, S. 26-34.

Bellmann, Lutz / Leber Ute (2002): Weiterbildung und Zuwanderung als mögliche Strategien zur Überwindung des Fachkräftebedarfs, in: Politische Studien. Sonderheft 2/2002. Antworten auf die demografische Herausforderung. München, S. 87-105.

Bellmann, Lutz / Stegmaier, Jens (2007): IAB-Befragung zu älteren Arbeitnehmern in Deutschland: Ältere werden bei Einstellungen erheblich benachteiligt. Wenig betriebliche Aktivitäten zum Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit, in: Soziale Sicherheit Nr. 5/2007, S. 189-193.

Bertelsmann-Stiftung / Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (2003): Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmer – Internationaler Vergleich und Handlungsempfehlungen. Gütersloh.

Birg, Herwig (2006): Bevölkerungsvorausrechnungen für Deutschland, in: Bauer, Hartmut / Büchner, Christiane / Gründel, Olaf: Demographie im Wandel. Herausforderungen für die Kommunen. KWI-Arbeitshefte 13. Potsdam, S. 21-28.

Bose, Marc / Wirth, Peter (2006): Gesundshrumpfen oder Ausbluten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2006, S. 18-24.

Breyer, Friedrich (2000): Kapitaldeckungs- versus Umlageverfahren, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 1 (4), S. 383-405.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung / Robert Bosch Stiftung (2005): The Demographic Future of Europe – Facts, Figures, Policies. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (PPAS). Zum Download abrufbar unter: [www.bib-demographie.de](http://www.bib-demographie.de) (Abrufdatum: 21.09.2007).

Butterwegge, Christoph (2006): Demographie als Ideologie? Zur Diskussion über Bevölkerungs- und Sozialpolitik in Deutschland, in: Berger, Peter A. / Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt/New York: Campus, S. 53-80.

Butterwegge, Christoph (2007): Legendenbildung zur Bevölkerungsentwicklung. Wie die Demografie den Um- bzw. Abbau des Wohlfahrtsstaates und die Privatisierung sozialer Risiken rechtfertigt, in: Bohnet, Matthias / Hopf, Henning (Hg.): Wohin steuert die Bundesrepublik? Einige Entwicklungslinien in Wirtschaft und Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Lang, S. 43-68.

Corsten, Michael / Kauppert, Michael (2007): Wir-Sinn und fokussierte Motive. Zur biografischen Genese bürgerschaftlichen Engagements, in: Zeitschrift für Soziologie 36 (5), S. 346-363.

Dillman, Don A. (1978): Mail and Telephone Surveys. New York: Wiley.

Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2003): Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Eine Dokumentation in Auszügen aus dem Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/2003, S. 43-54.

eurostat (2009): Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2009. Zum Download abrufbar unter: [www.eds-destatis.de](http://www.eds-destatis.de) (Abrufdatum: 21.10.2009).

Falken, Christine (2006): Demografischer Wandel und der Bereich Finanzen, in: Bauer, Hartmut / Büchner, Christiane / Gründel, Olaf: Demographie im Wandel. Herausforderungen für die Kommunen. KWI-Arbeitshefte 13. Potsdam, S. 59-69.

Fuchs, Johann / Söhnlein, Doris / Weber, Brigitte (2004): Konsequenzen des demographischen Wandels für den Arbeitsmarkt der Zukunft, in: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel. Wiesbaden, S. 122-138.

Gensicke, Thomas (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004 – Kurzfassung. München: TNS Infratest Sozialforschung.

Gensicke, Thomas / Picot, Sibylle / Geiss, Sabine (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

HA Hessen Agentur GmbH (2005): Demografischer Wandel und Erwerbstätigkeit von Älteren. Zukünftiges Arbeitsangebot und gegenwärtige Beschäftigungssituation. Wiesbaden. Zum Download abrufbar unter: [www.hessen-agentur.de](http://www.hessen-agentur.de) (Abrufdatum: 18.09.2007).

Hessischer Landtag (2007): Abschlussbericht der Enquetekommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ Drucksache 16/7500 vom 20. Juni 2007. Zum Download abrufbar unter: [www.hessischer-landtag.de](http://www.hessischer-landtag.de) (Abrufdatum: 18.09.2007).

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2006): Gemeinschaftsinitiative Stadtumbau in Hessen. Interkommunale Kooperation. Wiesbaden. Zum Download abrufbar unter: [www.stadtumbau-hessen.de](http://www.stadtumbau-hessen.de) (Abrufdatum: 18.09.2007).

Hullen, Gert (2004): Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Die Bevölkerung schrumpft, altert und wird heterogener, in: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel. Wiesbaden, S. 15-25.

Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Bonn.

Krupp, Hans Jürgen (2007): „Ich wollte nur Ihre Illusion zerstören“, in: Die Zeit Nr. 31 vom 16. Mai 2007, S. 44.

Kruse, Andreas (2002): Demografische Umgestaltung der Gesundheitsversorgung, in: Politische Studien. Sonderheft 2/2002. Antworten auf die demografische Herausforderung. München, S. 135-154.

Langhagen-Rohrbach, Christian / Gretschel, Sandra (2005): Westdeutsche Kommunen und der demographische Wandel, in: Raumforschung und Raumordnung 3/2005, S. 223-231.

Mädig, Heinrich (2006): Herausforderungen und Konsequenzen des demografischen Wandels für Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, in: Bauer, Hartmut / Büchner, Christiane / Gründel, Olaf: Demographie im Wandel. Herausforderungen für die Kommunen. KWI-Arbeitshefte 13. Potsdam, S. 29-38.

Miegel, Meinhard (2007): „Das dicke Ende kommt“, in: Das Parlament. Jg. 57, Nr. 31 vom 30. Juli 2007, S. 2.

Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (2005): Zukunftstrends. Siedlungsstruktur Frankfurt/Rhein-Main.

Reichard, Christoph (2006): Demografischer Wandel und die Bereiche Ver- und Entsorgung, in: Bauer, Hartmut / Büchner, Christiane / Gründel, Olaf: Demographie im Wandel. Herausforderungen für die Kommunen. KWI-Arbeitshefte 13. Potsdam, S. 81-84.

Sarcinelli, Ulrich / Stopper, Jochen (2006): Demographischer Wandel und Kommunalpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2006, S. 3-10.

Schimany, Peter (2004): Einstellungen zur Alterspolitik. Ergebnisse des Population Policy Acceptance Survey in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 29, S. 49-70.

Schirmacher, Frank (2004): Das Methusalem-Komplott. München.

Schmid, Josef (2006): Daten, Fakten, Prognosen – Demografische Probleme des 21. Jahrhunderts aus deutscher Sicht, in: Fahrenschon, Georg / Hildmann, Philipp W.: Globalisierung und demografischer Wandel. Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends. München, S. 31-48.

Schmidt, Kerstin / Starmann, Carsten Große (2006): Kommunen im demographischen Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2006, S. 10-17.

Schroeder, Wolfgang / Kerschbaumer, Judith (2005): Alte und Junge nicht gegeneinander hetzen, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 269 vom 18. November 2005, S. 7.

Sirleschtov, Antje (2007): So sicher wie bei Blüm, in: Das Parlament. Jg. 57, Nr. 31 vom 30. Juli 2007, S. 3.

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (o.J.): Folgen des demographischen Wandels aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger. Zusammenfassung der Ergebnisse der Regionalstudien Mainz, Landau, Trier. Zum Download abrufbar unter: [www.stk.rlp.de](http://www.stk.rlp.de) (Abrufdatum: 18.09.2007).

Stadtmüller, Sven (2004): Wege aus der Rentenkrise: Reformoptionen im Vergleich, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Jg. 53, Heft 3, S. 381-400.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007): Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Zum Download abrufbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Abrufdatum: 08.07.2009).

Statistisches Landesamt Hessen (1995-2008): Hessische Gemeindestatistik. Wiesbaden.

Statistisches Landesamt Hessen (2008): Bevölkerung in Hessen 2050. Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2025 auf der Basis 01.01.2007. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Statistisches Bundesamt (2007): Entwicklung der Privathaushalte bis 2025. Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2007. Zum Download abrufbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Abrufdatum: 08.07.2009).

Statistisches Bundesamt (2007b): Statistisches Jahrbuch 2007 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009): Statistisches Jahrbuch 2009 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden. Zum Download abrufbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Abrufdatum: 21.10.2009).

Statistisches Bundesamt (2009b): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden. Zum Download abrufbar unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de) (Abrufdatum: 20.11.2009)

Von Heusinger, Robert (2007): Mehr Gelassenheit, bitte!, in: Die Zeit Nr. 31 vom 16. Mai 2007, S. 39.

Voss, Günther (2007): Kein Grund zum Jammern, in: Das Parlament. Jg. 57, Nr. 31 vom 30. Juli 2007, S. 8.

Werding, Martin (2006): Demografischer Wandel: Konsequenzen und Handlungsbedarf, in: Fahrnschon, Georg / Hildmann, Philipp W.: Globalisierung und demografischer Wandel. Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends. München, S. 49-52.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland.

Zwick, Thomas / Bookmann, Bernhard (2004): Beschäftigung älterer Arbeitnehmer – Harte Fakten zählen mehr als weiche Einschätzungen. Pressemitteilung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) vom 24. November 2004. Zum Download abrufbar unter: [www.zew.de](http://www.zew.de) (Abrufdatum: 18.09.2007).

